



Plenarprotokoll (neu)

10. Sitzung

Mittwoch, 11. Oktober 2017

Regierungserklärung zum Arbeitspaket der Landesregierung für die ersten 100 Tage der 19. Legislaturperiode

540

Drucksache 19/254

Daniel Günther, Ministerpräsident	540
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	545
Tobias Koch [CDU].....	550
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	556
Wolfgang Kubicki [FDP].....	559
Jörg Nobis [AfD].....	566
Lars Harms [SSW].....	569

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein - Verbot der Pferdesteuer

575

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/215

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	575
Stephan Holowaty [FDP].....	576
Beate Raudies [SPD].....	577
Ole-Christopher Plambeck [CDU]	578

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	579	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	600
Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD].....	580	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	601
Lars Harms [SSW].....	581	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	602
Heiner Rickers [CDU].....	582	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	603
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	582		
Sportentwicklungsplanung für Schleswig-Holstein	583	Beschluss: 1. Überweisung des Alternativantrags Drucksache 19/273 an den Sozialausschuss	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		2. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 19/267	
Drucksache 19/255		3. Annahme des Antrags Drucksache 19/224 in der durch den Änderungsantrag Drucksache 19/267 geänderten Fassung.....	604
Barbara Ostmeier [CDU].....	583, 591		
Kathrin Wagner-Bockey [SPD].....	584	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes	604
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	585	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/231 (neu)	
Kay Richert [FDP].....	587	Petra Nicolaisen [CDU].....	604
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	588	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	605, 613
Lars Harms [SSW].....	589	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	607
Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	590	Anita Klahn [FDP].....	609
Beschluss: Annahme.....	592	Claus Schaffer [AfD].....	610
Zukunftslabor soziale Sicherung	592	Lars Harms [SSW].....	610
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Dr. Kai Dolgner [SPD].....	611
Drucksache 19/224		Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	613
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	614
Drucksache 19/267			
Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme ausbauen	592	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wasserabgabengesetzes - Verwendung des Aufkommens aus der Wasserabgabe gemäß § 6 LWAG	614
Alternativantrag der Fraktion der SPD		Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/239	
Drucksache 19/273		Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD].....	614
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	592, 602	Heiner Rickers [CDU].....	615
Wolfgang Baasch [SPD].....	593		
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	595		
Dennys Bornhöft [FDP].....	596		
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	597		
Flemming Meyer [SSW].....	598		
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	599		

Beate Raudies [SPD].....	616
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	616
Annabell Krämer [FDP].....	617
Flemming Meyer [SSW].....	617
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	618
Beschluss: Überweisung an den Fi- nanzausschuss.....	619

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Monika Heinold, Finanzministerin

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist der Herr Kollege Martin Habersaat. Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist seitens der Landesregierung Frau Ministerin Prien ab 15 Uhr beurlaubt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Zu Tagesordnungspunkt 16 „Zustimmung zur Veräußerung einer Liegenschaft in Wentorf“ hat die Fraktion der AfD im Nachgang darum gebeten, das Wort zu einem Redebeitrag zu erhalten. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführungen, sich über die Redezeiten zu diesem Punkt zu verständigen, und schlage Ihnen vor, den Punkt vor der Abstimmung über die Sammeldrucksache aufzurufen.

Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 5, 7, 12 bis 15, 23 sowie 31 bis 34 ist eine Aussprache nicht geplant.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 24 und 25, Anträge zur Rechtssicherheit für Bürgerinnen, Bürger und der Polizei sowie zur Gewalt gegen Polizeibeamte.

Anträge zu einer Aktuellen Stunde oder einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 5. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Landesberufsschule Bad Malente mit angehenden Immobilienkaufleuten und Schülerinnen und Schüler des Eric-Kandel-Gymnasiums Ah-

(Präsident Klaus Schlie)

rensburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung zum Arbeitspaket der Landesregierung für die ersten 100 Tage der 19. Legislaturperiode

Drucksache 19/254

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist unsere Heimat. Die Welt dreht sich schnell, und manche Menschen fühlen sich im Moment entwurzelt. Aus dem Verbundenheitsgefühl mit der Heimat schöpfen viele Menschen Kraft. Wir merken miteinander, dass ein Teil der Menschen sich unzufrieden fühlt und dass sich das im Moment auch politisch entlädt. Das zeigt sich teilweise auch durch die Ablehnung von etablierten Parteien und die Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen.

Ich halte es für sehr wichtig, dass dann, wenn sich Menschen Fragen nach der Heimat stellen, die Politik nicht sprachlos ist, dass gerade die etablierten Parteien nicht sprachlos sind und dass wir die Antworten nicht denjenigen überlassen, die es nicht gut mit den Menschen in unserem Land meinen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen müssen wir Antworten gegen Verdrossenheit und Radikalisierung geben. Wir müssen Sicherheit geben, wir müssen Ängste nehmen, wir müssen wirtschaftliche Dynamik entfachen, und wir müssen persönliche Entwicklung fördern. Die Jamaika-Koalition hier in Schleswig-Holstein hat die Kraft, Konflikte auch aufzulösen, indem wir eben nicht vermeintlich Konservativ und vermeintlich Progressiv gegeneinander ausspielen, sondern indem wir Ökonomie und Ökologie gemeinsam und nicht als Gegensatz denken und indem wir uns für gute Bildung für alle Menschen in unserem Land einsetzen.

Unsere Koalition der Brückenbauer schafft eine breite gesellschaftliche Bandbreite, und wir Partner arbeiten ernsthaft, seriös und sachorientiert und bilden damit ein Gegenbild gegen das Geschrei von

vielen Radikalen in unserem Land. Wir machen seriöse Politik, und das ist das Beste gegen Politikverdrossenheit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch deswegen habe ich persönlich so sehr dafür geworben, dass das Gleiche auf Bundesebene auch möglichst schnell kommt. Ich fand zwei Wochen nach der Bundestagswahl schon fast zu lange, denn auch hier gilt für mich: Wenn man wirklich Extremisten, Radikale und Populisten bekämpfen will, dann schafft man auch das nur, wenn man schnell in Verantwortung kommt, wenn man sich schnell um die drängenden Probleme in unserem Land kümmert. Dazu gehört im Übrigen nicht die Diskussion über eine Obergrenze, sondern wir haben weit wichtigere Probleme zu lösen, und ich bin froh, dass wir uns jetzt endlich auch im Bund darauf konzentrieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir sind ein Bündnis aus drei Parteien, aber wir sind keine eineiigen Drillinge. Wir haben eigenständige Positionen. Für mich ist das Entscheidende: Packen diejenigen, die jetzt in Regierungsverantwortung sind, es an? - Und da sage ich Ihnen voller Stolz: Unsere 100-Tage-Bilanz kann sich wahrlich sehen lassen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

- Herr Stegner, Sie lachen. Ich habe aufmerksam gelesen, dass Sie uns eine sechs gegeben haben. Nachdem Herr Koch uns eine zwei gegeben hat, ist der Durchschnittswert eine vier. Als bekennender Fan von Notenzeugnissen bin ich jetzt doch sehr froh darüber, dass es eben nicht nur Notenzeugnisse gibt, sondern dass Sie auch einen Bericht abgeben mussten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Zu dem, was Ihnen dazu eingefallen ist, muss ich sagen: Ein Pädagoge, der eine sechs gibt und dem dann so wenig dazu einfällt, warum er eine solche Note vergibt, der hat seinen Job definitiv verfehlt.

(Beifall CDU und FDP)

Deshalb zähle ich jetzt auf, was Ihnen dazu eingefallen ist. Sie haben ja noch ein bisschen Zeit, sich auf die Replik vorzubereiten.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Heiterkeit CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Punkt eins ist: Einige Kabinettsmitglieder haben frevelhafterweise im Sommer Urlaub gemacht. Das ist also Ihr größtes Problem. - Herr Buchholz übrigens nicht, er widerspricht gerade.

(Beifall CDU)

Sie loben ja, die letzte Regierung hätte keinen Urlaub gemacht. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Was hat das Land dadurch besser gemacht, dass auf den Urlaub verzichtet wurde? Ich bin stolz darauf, dass einige Urlaub gemacht haben und dann mit neuer Kraft und Dynamik an die Dinge herangegangen sind. Ich würde umgekehrt einmal überlegen und sagen: Sie könnten ruhig auch einmal einen Tag Pause machen!

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Armes Schleswig-Holstein!)

Sie werden sich darüber wundern, Herr Kollege Stegner: Schleswig-Holstein würde weiter existieren, auch wenn morgens kein Post von Ihnen auf Facebook zu lesen wäre. Die Menschen in Schleswig-Holstein werden trotzdem Musik hören, auch ohne einen Titelvorschlag von Ihnen, Herr Kollege Stegner.

(Beifall CDU und FDP)

Das Zweite, was Sie aufgepickt haben, ist: In dieser Regierung gibt es tatsächlich manchmal Unterschiede in den Auffassungen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wann reden Sie über das, was Sie getan haben?)

Daran haben Sie sich aufgehängt. Der Kollege Buchholz hat etwas zum Thema Mindestlohn und zum Thema Grunderwerbsteuer gesagt. Monika Heinold hat sich zum Thema von Beamten und Krankenversicherung geäußert. Sie mögen sich noch so sehr darüber aufregen und sagen: Es ist ja ein riesiger Skandal, dass es unterschiedliche Auffassungen in dieser Regierung gibt! - Ich verspreche Ihnen: Das wird auch weiterhin so sein. Wir sind drei verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Vorstellungen und Ideen. Aber selbstverständlich laufen wir dann, wenn es um das Wohl der Menschen in Schleswig-Holstein geht, alle gemeinsam in die richtige Richtung. In Wahrheit ärgert es Sie, dass das genau so ist! Deswegen werden wir uns davon auch nicht abhalten lassen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das Dritte ist: Ich habe gelesen, dass Sie sich darüber beschwerten, dass wir jetzt G 9 machen, was wieder Unruhe in die Schulen hineintrage. Ich sage Ihnen: Ich habe die Drucksache gelesen. Die SPD selbst hat doch in diesen Landtag einen Antrag mit einem Gesetzentwurf eingebracht, dass zum gleichen Zeitpunkt G 9 in den Schulen in Schleswig-Holstein umgesetzt wird, auch 2019/2020. Deswegen frage ich mich, worüber Sie sich aufregen. Was ist denn Ihr Kritikpunkt daran?

Sie sagen immer „versprochen - gehalten“ und werfen uns vor, wir hätten Wahlversprechen gebrochen. Wir haben den Menschen in Schleswig-Holstein vor der Wahl gesagt, dass wir G 9 in Schleswig-Holstein machen wollen. Sie haben das Gegenteil erklärt. Jetzt bringen Sie plötzlich Gesetzentwürfe ein und sagen: Wir wollen jetzt auch G 9 in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Das ist wenig glaubwürdig. Ich bin wirklich gespannt, wie Sie es mir gleich erklären.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der letzte Punkt - vielleicht habe ich einen Punkt übersehen, dann können Sie es ja gleich noch nachholen - war: Robert Habeck und Wolfgang Kubicki seien zu oft in Berlin. Das habe ich jetzt auch gelesen. Sie kümmern sich zu viel um Bundespolitik. Ich sage Ihnen: Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass diese Regierung den Anspruch hat, die Interessen Schleswig-Holsteins endlich auch in Berlin glaubhaft zu vertreten. Ich will, dass sie dort sind, sonst können wir doch unsere Probleme in Schleswig-Holstein überhaupt nicht lösen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Fragen Sie sich doch einmal, wie wir es denn hinkommen haben, dass die Rader Hochbrücke jetzt sechsspurig ausgebaut wird. Doch nicht dadurch, dass Bernd Buchholz an seinem Schreibtisch Briefe geschrieben hat, sondern weil wir in Berlin im Verkehrsministerium gewesen sind, weil wir Gespräche geführt und gesagt haben: Wir wollen die Interessen Schleswig-Holsteins vertreten. Das tut man nicht, indem man immer nur herumtwittert und meint, das komme in Berlin an, sondern man muss persönlich dort vor Ort sein. Das wird diese Landesregierung in den nächsten fünf Jahren immer wieder tun - im Interesse Schleswig-Holsteins, meine Damen und Herren.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir nehmen die Menschen bei den Veränderungen mit. Wir sind gemeinsam in Friedrichskoog gewesen, der Ministerpräsident, der Umweltminister und der Wirtschaftsminister, weil wir die Menschen nicht allein lassen und ein Zeichen setzen wollen, wie wichtig uns diese Region ist. Es ist uns auch dann nicht unwichtig, wenn es eine kleinere Gemeinde ist, sondern wir wollen ihnen eine Zukunftsperspektive geben, das, was Sie in den letzten fünf Jahren nicht auf die Reihe bekommen haben. Wir haben uns schon in den ersten 100 Tagen zusammengesetzt und realistische Perspektiven aufgezeigt. Wir haben ihnen nicht irgendetwas vom Himmel herunterversprochen, was man am Ende nicht einhalten kann, sondern wir haben ihnen gesagt: Wir helfen euch touristisch. Den Hafen können wir nicht wieder eröffnen.

(Zuruf SPD: Aha!)

Das haben wir den Leuten vor Ort auch gesagt. Die Menschen in Schleswig-Holstein wollen auch, dass man ihnen keinen Sand in die Augen streut. Aber wir kümmern uns und ringen um Lösungen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Wir werden die Menschen besser vor Kriminalität schützen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wir werden Polizeiwachen erhalten und Präventionsmittel gegen Einbrüche einsetzen. Wir haben entschieden, dass den Kommunen wieder mehr Verantwortung zugemutet wird, indem sie selbst entscheiden können, ob sie in Schleswig-Holstein Straßenausbaubeiträge nehmen wollen. Wir wollen nicht, dass im Reiterland Schleswig-Holstein eine Pferdesteuer erhoben wird. Deswegen werden wir das in Schleswig-Holstein ausschließen.

(Beifall CDU, FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir kümmern uns auch um die vermeintlich kleinen Dinge. Wie lange wartet Hamberge darauf, dass sie dort endlich eine Lärmschutzwand bekommen? - 28 Jahre! Jetzt haben Robert Habeck und Bernd Buchholz das zusammen hinbekommen. Die Lärmschutzwand kommt in Schleswig-Holstein. Endlich wird wieder gehandelt!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Deswegen gibt es jetzt auch einen E-Highway. Das mag sie stören, aber das bekommen wir endlich hin.

Wir sorgen für Akzeptanz der Windenergie in Schleswig-Holstein. Ich weiß, dass Sie sagen, wir verzögerten das alles. Das Moratorium haben Sie gesetzt und bis in den Herbst 2018 verzögert. Wissen Sie, wie viele Einsprüche und Stellungnahmen zu Ihren Regionalplänen gekommen sind? - 6.500! Man muss sich doch nicht wundern, dass man die jetzt abarbeiten muss. Deswegen setzen wir seriöse Zeitpläne und sagen den Menschen offen: Wir brauchen bis zum Ende des Jahres, um sie abzuarbeiten. Wir brauchen bis Mitte 2018, um dort neue Planungen vorzulegen. Aber das ist auch notwendig, weil wir die Energiewende wollen. Das will diese Koalition. Aber das geht nur mit den Menschen. Deswegen macht es doch Sinn, sich noch einmal darum zu kümmern, ob es nicht klüger ist, an der Westküste, wo die Windenergie gewünscht ist und wohin Robert Habeck Netze gelegt hat,

(Serpil Midyatli [SPD]: Ganz persönlich!)

zu gehen. Dort kann diese Energie abtransportiert werden. Ja, das hat die letzte Regierung gemacht. Das sollten Sie vielleicht auch einmal mit loben. Das ist ein Lob für die alte Regierung, dass man dabei so weit vorangekommen ist. Da können Sie vielleicht auch einmal mitklatschen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Aber wir kümmern uns auch um Ungerechtigkeiten in unserem Land. Deswegen bin ich stolz darauf, dass diese Regierung schon in den ersten 100 Tagen im Bundesrat vorstellig geworden ist und gesagt hat: Wir wollen Änderungen bei der Grunderwerbsteuer. Denn es ist doch eine schreiende Ungerechtigkeit, dass bestimmte Firmenkonstruktionen keine Grunderwerbsteuer zahlen müssen, aber Familien dadurch belastet werden. Wir wollen das ändern und haben einen gemeinsamen Antrag auf den Weg gebracht. Es ist gut für Schleswig-Holstein, dass wir das getan haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben ein Zukunftslabor und kümmern uns um die sozialen Sicherungssysteme, weil es uns darum geht, auch über den Tellerrand hinauszublicken, weil wir uns auch in bundespolitische Themen einmischen wollen - im Interesse unseres Landes.

Wir wollen uns auch über die Folgen der Digitalisierung auseinandersetzen, weil Menschen sich Sorgen darum machen. Digitalisierung ist ein Spit-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

zenwort, wenn man beim Unternehmerfrühstück redet. Dann sagen sie alle: Super, dass sich die Regierung darum kümmert! - Aber in Wahrheit machen sich viele Menschen Sorgen darum und fragen: Was wird mit meinem Arbeitsplatz, wenn die Digitalisierung kommt? - Diesen Menschen müssen wir eine Hoffnung, eine Perspektive geben. Auch das ist ein klares Konjunkturprogramm gegen Radikalismus, dass wir langfristig denken und auch solche Themen miteinander diskutieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Schleswig-Holstein besteht nicht nur aus Digital Natives, sondern wir wissen, die Hälfte der Unternehmen fühlt sich nicht ausreichend darauf vorbereitet. Deshalb brauchen wir eine neue Dynamik, neue Formen der Mobilität, eine bessere Gesundheitsversorgung, eine familienfreundlichere Arbeitswelt. Wir haben im Digitalisierungskabinett zusammengesessen. Robert Habeck hat das als Digitalisierungsminister vorbereitet. Natürlich hat man nicht in der ersten Sitzung gleich die Welt neu erfunden. Aber wir brauchen Gründermut und Pioniergeist in den Bereichen. Wir waren bei der „Digitalen Woche“ in Kiel. Ich war dabei, als Kiel die Allianz mit San Francisco geschmiedet hat. Ich habe gesagt, das Land bringt sich auch ein. Das sind die Vorreiter der Digitalisierung, das müssen wir nach Schleswig-Holstein holen, und deshalb werden wir diese innovativen Konzepte unterstützen.

Wir wollen, dass sich die Verwaltung diesen neuen Trends anpasst. Die Justiz soll digital werden: Verwaltungsservice - wir wollen nicht mehr, dass die Menschen Nummern ziehen müssen, sondern dass sie ihre Dienstleistung per Mausklick hinbekommen. Deshalb brauchen wir eine E-Government-Strategie. Aber wir wissen auch, wenn wir in der Verwaltung immer mehr digital werden wollen, kostet das am Ende auch Strom. Deshalb achten wir darauf, dass das effizient gemacht wird. Deshalb haben wir eine Green-IT-Strategie, um uns auf die Zukunft vorzubereiten, meine Damen und Herren.

Wir haben in Schleswig-Holstein eine Menge Sanierungsbedarf. Deshalb hatten wir miteinander verabredet, dass wir zukünftig IMPULS nicht mehr begrenzen, sondern dass wir IMPULS aufstocken, weil wir bei den Investitionen in unserem Land Tempo machen wollen. Das werden wir in neue Formen der Mobilität investieren, in Schulen, in Frauenhäuser. Wir haben in diesem Jahr bereits 15 Millionen € in die Sanierung von Sportstätten gegeben.

In die Straßen in Schleswig-Holstein werden jedes Jahr 90 Millionen € investiert. Worüber viele vorher nur geredet haben, werden wir umsetzen. Der Nord-Ostsee-Kanal wird ertüchtigt. Die Bahn wird ins Schienennetz in Schleswig-Holstein und in der Metropolregion in den nächsten Jahren 4 Milliarden € investieren.

Ja, wir bekennen uns zum zügigen Ausbau der A 20. Ich weiß, dass Sie darüber feixen, dass meine Ankündigung, das in fünf Jahren zu schaffen, vielleicht ein Stück zu ehrgeizig war.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich weiß nicht, was es darüber zu lachen gibt, wenn ein Teil der Wahrheit darin liegt, dass die vorherige Regierung Ihnen, Herr Stegner, auch nicht die Wahrheit über die Planungsstände sagte, und dass das aufgedeckt wird. Bernd Buchholz legt jetzt vor, in welchen Schritten es überhaupt möglich ist, die A 20 zu bauen. Aber wir müssen hier schnell hinterher sein. Deshalb kümmern wir uns darum, dass wir in Schleswig-Holstein wieder Planer und Ingenieure haben, dass wir sie ausbilden. Deshalb hat Bernd Buchholz entschieden, dass die Planfeststellungsbehörde wieder direkt ins Wirtschaftsministerium geht, damit das schneller geht. Deshalb spricht er mit der DEGES, um schnelle Unterstützung zu bekommen. Deshalb gibt es auch Gespräche mit den Umweltverbänden, weil wir immer gesagt haben, Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein schafft man nicht im Gegeneinander, sondern das geht nur, wenn man auch die Naturschutzinteressen in Schleswig-Holstein vertritt, und mit dem Weg werden wir die A 20 bauen. Das ist unser festes Ziel, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Wir wollen das mittelstandsfreundlichste Bundesland in Deutschland werden. Deshalb gibt es einen Mittelstandsbeirat.

(Zuruf SPD: Ohne Arbeitnehmer!)

Er wurde gestern bei dem Gespräch mit den Unternehmensverbänden sehr gelobt.

(Zurufe SPD)

Es ist wichtig, dass wir uns über die Bekämpfung des Fachkräftemangels unterhalten, über Unternehmensnachfolgen - darüber machen sich viele Betriebe in Schleswig-Holstein Gedanken - und über das Thema Bürokratieabbau.

Im Moment wird viel über Stickstoffdioxidbelastung in den Innenstädten gesprochen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in Schleswig-Holstein

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Landstromversorgung möglich gemacht wird, dass das EEG verändert wird, damit solche innovativen Techniken genutzt werden. Gleichzeitig brauchen wir endlich LNG-Technik in Deutschland. Es ist schlimm, dass die Strategie im Bund immer noch darauf ausgerichtet ist, sich immer mehr von Erdöl aus Russland abhängig zu machen. Nein, wir brauchen eigene Möglichkeiten. Wir haben in Schleswig-Holstein die Chance, dass LNG-Technik in unser Land - nach Brunsbüttel - kommt. Deshalb sind Bernd Buchholz und ich sofort in die Gespräche mit den Investoren eingestiegen, haben dafür Werbung gemacht, dass sie nach Schleswig-Holstein kommt. Das ist eine tolle Wertschöpfung für unser Land. Das ist Ansiedlungspolitik, wie wir sie uns vorstellen, und wir werden das in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ersten Gespräche, die ich als Ministerpräsident geführt habe, waren natürlich mit unseren Nachbarn, mit dem Bürgermeister von Hamburg, weil wir nur mit einer guten Kooperation mit Hamburg vorankommen. Natürlich war ich auch in Kopenhagen bei unseren nördlichen Nachbarn. Lars Harms war dabei. Wir haben auch über das Thema Minderheitenpolitik gesprochen. Ich habe deutlich gemacht, dass die Minderheitenpolitik konsequent fortgesetzt wird. Wir brauchen unsere Partner in Dänemark. Dieses Zeichen habe ich sofort ausgesendet und gesagt, dass das Jahr 2020 - 100 Jahre Grenzziehung - ein Jahr ist, das uns miteinander stolz macht. Wir haben das friedlich gelöst. Deshalb wollen wir, dass Deutsche und Dänen dieses Jubiläum gemeinsam feiern. Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, das entsprechend im Bund zu verankern, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind die Koalition der Möglichmacher. Das merken wir auch im Bildungsbereich. Wir werden es schaffen, dass Wald-Kitas in Schleswig-Holstein ihre wichtige pädagogische Arbeit wieder aufnehmen können.

(Zurufe SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass G 9 ab dem Schuljahr 2019/2020 Regelfall wird. In 15 Gymnasien ist das erprobt. Es läuft. Da muss nichts vorbereitet werden. Die Schulen sind darauf vorbereitet. Wir werden für digitalen Unterricht sorgen, und wir werden in den kommunalen Schulbau investieren,

weil wir wissen, dass es dort Nachholbedarf in unserem Land gibt.

Ja, wir sind für ein Ende des Kooperationsverbotes in der Bildungspolitik. Wir brauchen viel mehr Möglichkeiten, den Schulwechsel auch zwischen den Ländern einfach zu machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich, wir werden uns auf Bundesebene in den Verhandlungen dafür einsetzen, dass dieses Kooperationsverbot aufgehoben wird, damit eine bessere Kooperation und mehr Investitionen des Bundes möglich sind. Das ist wichtig für Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir kümmern uns auch um die Schwachen der Gesellschaft. Deshalb haben wir ein Teilhabestärkungsgesetz auf den Weg gebracht. Wir halten die UN-Behindertenrechtskonvention ein. Wir werden endlich das anpacken, was die alte Regierung liegen gelassen hat. Das Rettungsdienstgesetz in Schleswig-Holstein und das Institut für berufliche Bildung werden wir bis 2020 auf den Weg bringen, weil uns Studium und Ausbildung in Schleswig-Holstein wichtig sind.

Genauso kümmern wir uns um die neu hinzugekommenen Menschen, die Flüchtlinge, Schulabgänger mit Startschwierigkeiten. Die wollen wir jetzt fit machen in Schleswig-Holstein. Ich sage es auch als Vertreter einer christlichen Partei: Für uns ist wichtig, dass wir den Familiennachzug einfacher machen. Wir wollen, dass der Wohnortwechsel bei Bleibeperspektive in Schleswig-Holstein einfacher wird. Ich bin stolz darauf, dass wir in Schleswig-Holstein einen anderen Weg gehen, dass wir Menschen willkommen heißen, und dass wir ihnen sagen, wir wollen sie durch ein besseres Integrationsgesetz integrieren.

(Zurufe SPD)

- Wir sind hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ich spreche für diese Koalition, auch für meine Partei. Wir sind stolz darauf, dass wir diesen Weg gehen, und wir stehen dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Koalition löst tradierte Grenzen auf. Wir überwinden in Teilen auch das Lagerdenken. Wir finden pragmatische Antworten. Ich glaube, der

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Schlüssel - auch wenn Sie manchmal kritisiert haben, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt - ist, dass bei uns alle Partner Lust auf das Regieren haben, weil jeder Projekte hat, die er für Schleswig-Holstein umsetzen will. Durch diesen Ausgleich finden wir Lösungen, die in die Zukunft weisen.

Diese Koalition steht für Ernsthaftigkeit, für Mut zur Verantwortung. Den senden wir zum Wohle aller Menschen in Schleswig-Holstein aus. Ich weiß, dass wir in den ersten 100 Tagen noch nicht alle Probleme lösen konnten. Sie werden immer Punkte finden, von denen Sie sagen: Aber im Koalitionsvertrag steht das doch, das haben Sie machen wollen! Warum haben Sie es in den ersten 100 Tagen nicht gemacht?

Wir haben fünf Jahre Zeit für Schleswig-Holstein. Wir haben schon verdammt viel in den ersten 100 Tagen angeschoben, auf das wir gemeinsam stolz sind.

(Zuruf SPD)

- Lesen Sie sich das Arbeitspaket durch. Wir werden in den nächsten Jahren Schleswig-Holstein zum Wohle der Menschen in Schleswig-Holstein erfolgreich regieren. Dafür steht diese Landesregierung. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie gemeinsam mit mir den Vorsitzenden des DGB Nord, Herrn Uwe Polkaehn. - Herzlich willkommen, Herr Polkaehn!

(Beifall)

Das Wort hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie sind ein wahrer Verpackungskünstler. Was von Ihnen seit Regierungsanfang alles verpackt, verschönert, versteckt worden ist, das ist schon erstaunlich. Das gelingt Ihnen sogar mit dem Thema des heutigen Vormittags. Angemeldet war eine Regierungserklärung zum Arbeitspaket der Landesregierung für die ersten 100 Tage der 19. Legislaturperiode. In Ihrer Rede nahm das allerdings keinen besonders großen Raum ein.

(Beifall SPD - Zuruf CDU: Haben Sie nicht zugehört?)

Wenn Sie sich in einem großen Teil der ersten Regierungserklärung nicht mit den eigenen Leistungen befassen, sondern mit uns als Opposition, dann scheinen wir mit unserer Arbeit mehr wahrgenommen worden zu sein als Sie selbst mit dem, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall SPD)

Aber man muss Ihnen das schon lassen: Was Sie nicht so alles schaffen! Sie verbinden die Getrennten, Sie schlagen Bögen, Sie gleichen die Unausgeglichenen aus, Sie überwinden tradierte Grenzen, das Lagerdenken, Sie bauen Brücken, Sie sind das mittelstandsfreundlichste Bundesland, Sie stehen einem Digitalisierungskabinett vor. - Potz Blitz, wahrhaft ein Feuerwerk der Worthülsen. Das muss ich Ihnen ehrlicherweise sagen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, es ist nicht so, dass ich kein Verständnis für Ihre Lage hätte. Die Sozialdemokratie war schon immer eine mitfühlende Kraft.

(Heiterkeit CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen ja Best-Practice-Modell sein. Sie sollen zeigen, dass Schwarz, Gelb und Grün prima miteinander können, egal, was in den Wahlprogrammen und in den Parteiprogrammen steht. Mindestens bis zum Ende der Koalitionsverhandlungen in Berlin muss der Honeymoon auch halten.

Okay, das mit der Grunderwerbsteuer im Vergabeministerium war nicht so schön. Auch der breitbeinige Auftritt von Herrn Buchholz im letzten Plenum oder die schneidigen Twitter-Beiträge von Frau Prien passen da nicht so rein.

(Zuruf FDP: Oh, schneidige Beiträge!)

Aber jedes Zittern an der Förde ist ein Beben in Berlin, denn man blickt natürlich auf Sie. Das Land blickt auf Sie. Das erklärt auch, warum Sie Themen mit Konfliktpotenzial meiden wie der Teufel das Weihwasser, warum Sie zwar eine Debatte zu Ihrem Arbeitspaket ankündigen, aber dann etwas über Ihr Heimatverständnis erzählen. Denn viel Arbeit haben Sie noch nicht abgeliefert, Herr Ministerpräsident. Das ist der Grund.

Natürlich - und das möchte ich sehr ernsthaft sagen - müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir Menschen zurückholen, die verdrossen, wütend

(Dr. Ralf Stegner)

und verärgert sind. Sie haben das zu Recht mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl beschrieben. Sie sagen, dass wir den Menschen zuhören müssen, sie bei den Veränderungen der Globalisierung, der Digitalisierung mitnehmen sollen. Das stimmt auch. Ich frage mich aber: Warum karikieren Sie dann selber mit Ihrer Politik der vergangenen 100 Tage das, was Sie eingefordert haben? Nichts beschädigt das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler mehr als Versprechen der Politik vor der Wahl, die direkt nach der Wahl wieder inkassiert werden, und zwar nicht, weil sich die Rahmenbedingungen drastisch verändert hätten oder weil man in der Koalition Kompromisse machen muss, sondern schlichtweg deswegen, weil Sie vor der Wahl großspurige und plakative Ankündigungen machten, den Mund zu voll genommen haben, ohne auf Experten zu hören.

(Beifall SPD)

Oder weil Sie wider besseren Wissens Versprechungen gemacht haben, mit denen Sie zwar die Wahl gewonnen haben, die aber keine Regierung einhalten kann. Ich erinnere Sie nur an unsere Debatte zur A 20. Sie haben heute wieder die Unwahrheit zu diesem Thema gesagt, zur A 20 und den Zwergschwänen, wer was wann wusste und wer das trotz besseren Wissens mit Zusagen verbunden hat. Darüber haben wir wirklich geredet.

Wie ist das bei Ihnen? Schneller Autobahnen bauen - Fehlanzeige. Mehr Polizisten einstellen als die Vorgängerregierung geplant hat - Fehlanzeige. Mehr Abstand zu Windkraftanlagen - Fehlanzeige. Unterrichtsgarantie - Fehlanzeige. Und so weiter und so fort. Ich könnte Ihnen mehrere Beispiele dafür nennen, bei denen Sie schon eingesammelt haben, womit Sie Wahlen gewonnen und die Menschen hinter die Fichte geführt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ja, ich war im Bundestagswahlkampf an vielen Haustüren unterwegs, nicht nur dort, wo die schicken Zweitwagen stehen und die Hecke akkurat geschnitten ist, sondern auch dort, wo die Hauseingänge oft weniger einladend sind und der Putz bröckelt.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP] - Beifall CDU und FDP)

Ich möchte Ihnen in aller Kürze von einem Gespräch in Kiel-Gaarden berichten, Luftlinie ein paar Hundert Meter von hier. Da hat uns eine Frau, eine Pflegekraft, geöffnet, die gerade zur Nachtschicht

wollte. Sie war richtig wütend und verärgert, verdrossen von der Politik. Aber wenn man sich die Zeit genommen hat und mehr als ein paar Minuten geblieben ist, dann kam man auf den Kern ihrer Wut. Der Kern war Unsicherheit. Unsicherheit - das mögen Sie komisch finden, ist es aber gar nicht -, weil sie in einer schwierigen persönlichen Situation ist: Der Mann ist abgehauen, bezahlt keinen Unterhalt, die Tochter ist schwer krank, und es gibt Probleme mit der Krankenversicherung. Was Menschen wie diese Frau überall im Land von der Politik brauchen und erwarten, sind Antworten auf ihre praktischen Fragen und Alltagsprobleme.

Die, Herr Ministerpräsident, haben sie heute von Ihnen nicht bekommen, sondern ganz im Gegenteil. Die Menschen wollen mehr hören, als dass es ein Gerechtigkeitsproblem ist, wenn Firmenkonstruktionen um die Grunderwerbssteuer herumkommen. Sie wollen mehr hören, als dass Sie ein Zukunftslabor einrichten, um über bedingungsloses Grundeinkommen zu philosophieren, oder dass Sie ein Digitalisierungskabinett haben, dass Sie mit den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik sprechen wollen oder im Pflegebereich von einer Personaluntergrenze in den sensitiven Bereichen der Krankenhäuser schwurbeln. Sie wollen nämlich wissen, wie sie die Miete bezahlen sollen. Sie möchten eine Antwort darauf haben, wie sie mit der Pflege ihrer Eltern zurechtkommen sollen. Sie wollen wissen, warum ihr Job befristet ist und im Niedriglohnland Schleswig-Holstein so wenig einbringt, warum die hohen Kita-Gebühren nicht wegfallen sollen, warum die Rente nach einem harten Arbeitsleben nicht reicht, warum sie als Kassenpatient schlechter behandelt werden als Privatpatienten. Das wollen Sie von Ihnen wissen, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich frage Sie, wie wollen Sie den Mietenanstieg stoppen, Herr Ministerpräsident? Indem Sie mit FDP-Hilfe im Bundesrat die Mietpreisbremse abschaffen anstatt diese zu verschärfen? Ist das die Antwort auf die Frage? Was machen Sie konkret gegen den Pflegenotstand?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Warum lassen Sie unseren Antrag zur solidarischen und paritätisch finanzierten Bürgerversicherung im Sozialausschuss verhungern? Warum machen Sie das eigentlich? Weil Sie die Lösung gar nicht wollen, um die es den Menschen geht. Das ist der Punkt.

(Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

(Dr. Ralf Stegner)

Und der DGB-Vorsitzende sitzt auf der Tribüne. Ihr einziger Beitrag zu guter Arbeit ist allen Ernstes, dass Sie über eine Bundesratsinitiative den Mindestlohn schleifen wollen. Oder: In Ihrem famosen Beirat zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland verzichten Sie ganz zufällig auf die Arbeitnehmervertreter, und da ruft jemand von der FDP auch noch dazwischen, das ginge Arbeitnehmervertreter auch gar nichts an. Das ist ein tolles Verständnis, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine Arbeitgeberkoalition.

(Beifall SPD)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Die Menschen, von denen Sie sagen, dass sie aufpassen müssen, dass sie nicht zu den Protestparteien gehen, die wollen von Ihnen mehr haben als Worthülsen aus der PR-Kiste und facebooktaugliche Schönwettertermine. Das ist nämlich das, was Sie tun.

(Zuruf FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf das eigentliche Thema heute zurückkommen, denn irgendjemand muss ja über das Arbeitspaket der Landesregierung reden, wenn Sie es selbst schon nicht getan haben.

(Vereinzelt Lachen CDU)

Ich beziehe mich bei meiner Bewertung der schwarzen Ampel, Herr Ministerpräsident, übrigens ausdrücklich nicht auf unsere eigenen sozialdemokratischen Erwartungen. Nein, ich messe Sie nur an dem, was Sie selbst angekündigt haben. Ich bin da sehr bescheiden. Ihr 100-Tage-Programm war ein schönes Paket mit erschreckend wenig Inhalt. Vor der Landtagswahl kündigten Sie eine Unterrichtsgarantie an. Im Koalitionsvertrag wurde das zur hundertprozentigen Unterrichtsversorgung zurückgestuft, so wie wir das vorher in der Küstenkoalition beschlossen hatten. Im 100-Tage-Programm blieb dann ein Lehrbedarfsanalysekonzept.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Ich wiederhole das noch einmal, weil das bei Scrabble - wenn Sie zu Hause Scrabble spielen - ziemlich viele Punkte einbringen würde: Lehrbedarfsanalysekonzept. Was ist das eigentlich? Das ist nicht einmal eine Analyse des Lehrbedarfs, für die es Vorarbeiten gibt, sondern das ist ein Konzept für die Analyse. Das ist doch Satire, meine sehr verehrten Damen und Herren. Weniger als das geht doch gar nicht.

(Beifall SPD)

Ebenfalls vor der Wahl kündigten Sie für die ersten 100 Tage einen großen Kita-Gipfel an, um mit Kommunen, Trägern und Eltern über die Beiträge zu sprechen. Im Arbeitsprogramm der Regierung fand sich unter dem Stichwort „Kita“ nur noch ein knapper Absatz zur Änderung des Landeswaldgesetzes. - Toll, muss ich sagen. Das ist wirklich sensationell. Und auch das, was Sie uns gestern bei der Haushaltseckwertedarstellung präsentiert haben, sagt doch nur, dass den Eltern eines klar sein muss: Der Zug zur Beitragsfreiheit ist gestoppt. Dieses Ziel gibt es erst wieder, wenn Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein Regierungsverantwortung haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist völlig klar.

(Beifall SPD)

Wann fangen Sie eigentlich mit der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs an, den Sie so scharf kritisiert haben? Um es mit Shakespeare zu sagen: „Much ado about nothing.“ Sie machen viel Lärm um wirklich überhaupt nichts. Herr Ministerpräsident, das ist nicht die Politik der ruhigen Hand, wie ein Bundeskanzler einmal gesagt hat, das ist eine Politik der eingeschlafenen Füße, die Sie hier vorführen.

Wollen Sie allen Ernstes, dass die Menschen wieder von „Schläfrig-Holstein“ sprechen? Das ist doch das, was dabei herauskommt, wenn man so daherkommt wie Sie!

In einem Punkt haben Sie recht: Ich hätte Sie nicht dafür kritisieren sollen, dass Sie in Urlaub gehen. Auch ich war übrigens im Urlaub. Der Unterschied ist nur: Bei Ihnen merkt man gar nicht, ob Sie im Urlaub oder im Dienst sind, bei dem, was dabei herauskommt. Da gibt es gar keinen Unterschied.

(Beifall SPD - Unruhe)

Frau Ministerin Heinold, immerhin, das Investitionsprogramm IMPULS, von CDU und FDP vor Kurzem noch heftig kritisiert, setzen Sie jetzt fort. Dann loben Sie sich selbst für die durch unsere Arbeit gestiegene Investitionsquote, obwohl Sie hinter den schneidigen FDP-Ankündigungen deutlich zurückbleiben. Das ist schon ein richtiges PR-Wunder, das Sie da vorlegen, wirklich!

(Beifall SPD)

Dann sagt die Finanzministerin auch noch, sie sei gar nicht sicher, ob die Papierplanungen und die Realität miteinander zusammengeführt werden können.

(Dr. Ralf Stegner)

Da schließt sich der Kreis. Da kann man nur sagen: Das ist ehrlich gesagt Nihilismus pur, was Sie da vorführen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Ministerpräsident, ich will Sie trotzdem loben, auch für Dinge, die Sie in den ersten 100 Tagen nicht gemacht haben. Die CDU wollte im Mai 2017 noch binnen 100 Tagen den Landtagsbeschluss zum Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer aufheben. Ein Glück, dass Sie an dieser Stelle den Mund so voll genommen haben.

Das sogenannte Arbeitsprogramm der Landesregierung, das Sie Mitte Juli 2017 vorgestellt haben, war in weiten Teilen offenbar eine Zusammenstellung dessen, was die Ministerien sowieso gerade tun, ergänzt um das eine oder andere, was schnell geht. Damit haben Sie sechs DIN-A-4-Seiten gefüllt. Herzlichen Glückwunsch!

Wie ambitioniert und innovativ das war, will ich Ihnen am Beispiel Haushalt und Finanzen darstellen. Da teilen Sie uns als wichtigen Punkt mit: „Vorbereitung der Beschlussfassung über die Eckwerte zum Haushalt 2018“. Donnerwetter, da traut sich jemand etwas! - Was Sie jetzt leisten, wird seit 25 Jahren so gemacht, jedes Mal um diese Jahreszeit. Ein toller Punkt im 100-Tage-Programm!

Schnell und unproblematisch klappte immerhin eines: die Einstellung von gleich zwei neuen Staatssekretären, von denen zumindest mir bislang noch nicht ganz klar ist, wofür wir die eigentlich brauchen.

(Unruhe)

Die FDP hat sich doch bis zum Schluss verrenkt, um uns für den zusätzlichen Staatssekretär zu kritisieren, den wir 2012 eingestellt haben, obwohl das Kabinett Albig die eigenen Bezüge gekürzt hatte. Was machen Sie von der FDP selbst? - Sie unterschreiben einen Koalitionsvertrag, in dem noch einmal zwei Staatssekretäre on top kommen. Chapeau, das ist die bemerkenswerte Konsequenz aus der Kritik an der Vorgängerregierung, das ist wirklich große Klasse!

(Beifall SPD)

Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung läuft wie geschmiert. Ein dritter Regierungssprecher darf die neue Facebook-Seite und den Instagram-Auftritt des Ministerpräsidenten betreuen, weil wie bei den Matrjoschkas zumindest die Verpackung irgendwie nett aussehen muss. Was mit Themen passiert, die nicht passen, weil sie den

schönen Eindruck stören, sehen wir bei der Schicksalsfrage des Landes Schleswig-Holstein - Sie ahnen es schon -, bei der Pferdesteuer. Die wird im Schnellverfahren verboten, ohne allerdings den betroffenen Kommunen Alternativen aufzuzeigen oder gar die Ungerechtigkeiten bei der diesbezüglichen Vermeidung der Gewerbesteuer auch nur anzusprechen, Frau Ministerin.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Noch größer ist Ihre Flucht aus der Verantwortung bei den Straßenausbaubeiträgen. Den Menschen im Wahlkampf zu versprechen, dass das abgeschafft wird, und ihnen dann zu sagen, es werde abgeschafft in den reichen Kommunen, in den armen Städten und Gemeinden müsse das weiter bezahlt werden, ist nicht nur mutlos, das ist Wählertäuschung allerersten Grades, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie wollten die Menschen mitnehmen. Warum beendet Ihre Regierung dann ausgerechnet die Dialogpolitik der Küstenkoalition? Darauf war doch Ihr grüner Koalitionspartner früher so stolz. Wir haben in der Tat kontrovers über G 8/G 9 gestritten. Wir waren übrigens nie Freunde von G 8, aber wir waren für den Schulfrieden und ein Dialogprinzip.

(Widerspruch FDP)

Und was machen Sie? - Sie wollen das nach Ihrem Wahlkampfeschlager mit Volldampf ohne Rücksicht auf Verluste durchdrücken. Die Folgen für die Gemeinschaftsschulen sind Ihnen eh egal - an denen liegt Ihnen ja leider nichts -, aber auch die für die Gymnasien selbst. Sie reden nicht mit den Schulen, nicht mit den Schülerinnen und Schülern, nicht mit den Lehrkräften, den Eltern oder Kommunen. Sie setzen sogar noch eine 75-%-Hürde drauf. Das ist mehr als das Quorum für eine Verfassungsänderung, und das nennen Sie Demokratie. Das gibt es nirgendwo in der Bundesrepublik. Das ist das Gegenteil von Demokratie und Dialogkultur, und die Grünen machen das einfach mit.

(Beifall SPD - Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, klar ist, dass Sie nicht nur ein Modellprojekt sind, sondern einige in den Reihen der schwarzen Ampel am Modellcharakter ein ganz persönliches Interesse haben. Daniel Günther erklärt sich zur Führungsreserve der CDU in der losgetretenen Debatte um die Nachfolge von Angela Merkel. Robert Habeck möchte sowieso lieber Umweltminister einer schwarzen

(Dr. Ralf Stegner)

Ampel in Berlin werden. Er kämpft dafür engagierter als irgendjemand sonst, auch wenn er ständig mit kummervollem Blick betont, er wolle das eigentlich nicht - halb zog es ihn, halb sank er hin. Und der Kollege Kubicki

(Zurufe FDP)

wird in der Presse mit Blick auf die Hauptstadtambitionen in Cassius-Clay-Manier zitiert: „Ich kann alles.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, das stimmt auch! - Zurufe)

- Herr Kollege Kubicki, nach den letzten Tagen und Ihren Interviews zum Thema Cum-Ex-Steuervermeidung kann ich nur sagen: Wahrscheinlich sind Sie unvollständig zitiert worden. Der Satz muss eigentlich heißen: „Ich kann mir alles erlauben.“ - Aber das glauben Sie nur, Herr Kubicki, es wird nicht so kommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Na ja!)

Ich bin wirklich der Letzte in diesem Haus, der bundespolitische Mitwirkung für schlecht hielte. Aber seine Arbeit in Schleswig-Holstein muss man schon tun. Eines geht nicht: Wenn zum Schutz der eigenen Ambitionen das Regieren in Schleswig-Holstein zumindest von einigen nahezu eingestellt wird. Wenn Sie zum Beispiel bei der Windkraftplanung auf Schlafmodus umschalten, würden Sie die Energiewende ab. Das gilt für Sie, Herr Ministerpräsident, aber auch für den Herrn Energiewendeminister. Die Windkraftbranche hat das deutlich unter Beweis gestellt mit dem, was sie diese Woche vorgetragen hat.

Herr Ministerpräsident, erlauben sie mir zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Am Montag haben Sie die Berliner Schwurbel-Einigung von CDU und CSU zur Obergrenze, die nicht so heißen darf und doch eine ist, gelobt und ausdrücklich begrüßt, dass Frau Merkel noch schneller umgefallen ist als das letzte Mal bei der Ausländermaut. Heute haben Sie die Stirn, sich hier hinzustellen und einen liberaleren Familiennachzug und erleichterte Integration anzukündigen, obwohl Ihre christliche Partei genau das Gegenteil von dem beschlossen hat, und Sie das Montag so gelobt haben. Das ist pure Heuchelei.

(Beifall SPD)

Dass dieser Widerspruch von Ihrem grünen Koalitionspartner wortlos hingenommen wird, finde ich schon sehr verwunderlich. Das ist ein Thema, das viele Menschen betrifft. Weiß der Kuckuck, ob das

Einwanderungsgesetz kommt, auf das Sie sich mit der CSU verständigen müssen, aber hier ernsthaft über Familiennachzug zu reden und Montag vor der Presse eine Stellungnahme zu loben - ich habe komplett gelesen, was Sie dazu gesagt haben - und genau das Gegenteil zu sagen, nämlich komplette Begrenzung, kein weiterer Familiennachzug, weder aus Syrien noch aus Afghanistan, ist eine Frechheit.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, und wir hören, wie toll die Stimmung in Ihrem Kabinett ist, wie verliebt alle sind. Auch der Kollege Koch hat gestern noch einmal mit bewundernswerter Lautstärke in die Selbstlob-Trompete geblasen. Herr Ministerpräsident, das ist toll, und ich wette, dass auch der Familie Hansen in Elmshorn die schönen Fotos von der Wattwanderung mit dem Bundespräsidenten und dem Besuch bei der Königin in Kopenhagen gefallen haben. Das sah wirklich gut aus; da muss ich Ihnen gratulieren.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Im Zusammenhang mit Dänemark will ich Ihnen gern sagen, was der Journalist Werner Mitsch einmal formuliert hat:

„In alten Märchen steckt oft mehr Wahrheit als in neuen Regierungserklärungen.“

Das haben wir heute gemerkt. Wahrscheinlich passt bei Ihnen besonders das Märchen des dänischen Dichters Hans Christian Andersen „Des Kaisers neue Kleider“. Was Ihre Koalitionssfreunde für prächtige Gewänder halten, präsentiert von der üppigen PR-Abteilung der Staatskanzlei, ist bei Licht besehen so, dass der Kaiser in Wirklichkeit nackt ist - wenn ich das in dieser alten Marineakademie des alten Kaisers, die heute Parlament ist, einmal so unverblümt feststellen darf, Herr Landtagspräsident.

Herr Ministerpräsident, wenn das so ist, verstehe ich, warum Ihr Kabinett neuerdings Nachtwanderungen unternimmt. Denn im Dunkeln sieht man das nicht so.

(Zuruf SPD: Nacht oder nackt? - Heiterkeit SPD)

- Nachtwanderung. Sonst passt das auch nicht mit dem Scherz. Immerhin haben Sie die Doppeldeutigkeit verstanden.

Herr Ministerpräsident, 100 Tage sind nur ein kleiner Teil der Legislaturperiode. Im Interesse unseres Landes will ich hoffen, dass uns der erste Eindruck nicht schon alles über die neue Regierung verraten

(Dr. Ralf Stegner)

hat. Wo Sie unsere Politik fortsetzen, will ich Sie gern loben. Wir sind nämlich der Meinung: Glaubwürdigkeit heißt, dass man das, was man vor der Wahl richtig findet, auch nach der Wahl noch richtig findet

(Zurufe)

und dass man das, was man vor der Wahl kritisiert, auch nach der Wahl noch kritisiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Andrea Nahles will die Fresse polieren! - Weitere Zurufe)

Herr Ministerpräsident, wo Sie eigene Akzente setzen wollen, gilt: Die ersten 100 Tage waren mau. Keine Substanz, keine Arbeit und viel PR. Herr Ministerpräsident, was Sie sich selbst vormachen, macht Ihnen so schnell keiner nach. Das ist wirklich bemerkenswert.

Oder um es mit Oscar Wilde zu sagen, liebe Frau Kollegin Midyatli:

„Wie schwer ist es einem, den lieben Tag gar nichts zu tun. Doch fällt es weniger schwer, wenn man nichts Besonderes zu tun hat.“

Das kann man Ihnen immerhin bescheinigen, Herr Ministerpräsident.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wenig Arbeit, viel PR. Sie werden hier eine streitlustige Opposition erleben,

(Lachen FDP und CDU)

die sich mit dem auseinandersetzt, was Sie hier vorgehen. Anders als Sie werden wir bei den Problemen, die die Menschen wirklich interessieren - gute Arbeit, bezahlbare Mieten, gerechte Bildung, gute Pflege, gerechte Besteuerung, die Frage, wie man in seinem persönlichen Leben zurechtkommt -, konkrete Alternativen liefern.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege, ob Sie das interessiert, ist mir ziemlich schnurz.

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Das ist die Aufgabe in diesem Haus. Nette Bilder, schöne Worte, wenig Taten: Solange Sie dabei bleiben, ist uns um die Auseinandersetzung mit Ihnen nicht bange. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir die Landesvorsitzende von „Mehr De-

mokratie“, Claudine Nierth. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Opposition verwechselt die SPD offensichtlich mit lautem Geschrei und billiger Polemik.

(Lachen SPD)

„Anpacken statt rumschnacken“ - so haben wir die Landtagswahl gewonnen. Deswegen tragen wir jetzt Regierungsverantwortung, während die SPD sich in ihrer Rolle als Opposition einigelt - nicht nur hier in Kiel, sondern ohne jegliche Bedenkzeit auch in Berlin.

(Sandra Redmann [SPD]: Jawoll!)

Wenn man sich die vermeintlichen SPD-Führungsspitzen in Land und Bund so anschaut - Sie, Herr Dr. Stegner, und Ihren Parteivorsitzenden, Martin Schulz -, dann werden Sie sich mit der Oppositionsrolle für eine lange Zeit anfreunden müssen, denn von nichts kommt nichts, liebe Kollegen.

(Zuruf SPD: Keine Sorge! - Beifall CDU)

Es lebt sich offensichtlich ganz bequem in der Opposition. In Lübeck werden mangels eigener Ideen CDU-Wahlkampfslogans kopiert. Mit einem Mal möchte auch der SPD-Bürgermeisterkandidat dort „anpacken“. - Es ist bemerkenswert, wenn dies in einer Stadt geschieht, in der seit nunmehr 30 Jahren SPD-Bürgermeister das Ruder der Verwaltung in der Hand haben. Dort ist eine Veränderung offensichtlich dringend nötig.

(Beifall CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Jetzt reden wir über Plakate?)

- In ganz Lübeck ist das plakatiert worden, Frau Kollegin.

(Zurufe SPD)

Aber auch in Ihren Landtagsreden und in Pressemitteilungen der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion findet sich zunehmend diese Wortwahl wieder: Kaum ist die SPD aus der Regierung abgewählt, schon entdeckt auch sie das Anpacken für sich. Jetzt auf einmal soll ganz schnell mehr investiert werden. Jetzt plötzlich fordert die SPD den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte. Nur wenige

(Tobias Koch)

Tage vor der Bundestagswahl, in der letzten Landtagstagung vor der Wahl, fiel der SPD überraschend ein, was sie auf Bundesebene noch gern ändern würde.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da war ihnen schon klar, dass sie bei 20 % liegen!)

Meine Damen und Herren, das alles ist nichts anderes als Rumschnacken. Rumschnacken ist charakteristisch für den Zustand der SPD. Die Sozialdemokraten waren in den letzten 30 Jahren 27 Jahre lang Regierungspartei in Schleswig-Holstein. In den letzten 20 Jahren waren sie 15 Jahre an der Bundesregierung beteiligt. Wenn dann die einzige Kritik, die der SPD einfällt, ist, dass die notwendigen Veränderungen nicht schnell genug vorankommen, wird eins klar: Mit ihrer eigenen Regierungsarbeit war die SPD nicht zufrieden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Gut, dass wir jetzt das Ruder übernommen haben und dass die SPD jetzt nichts anderes mehr sein möchte als Oppositionspartei.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Die kann auch nichts anderes!)

Weil wir das Ruder übernommen haben, packen die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU, Grünen und FDP jetzt an.

Viele Wahlkämpfer geben sich ein 100-Tage-Programm. Als Landesregierung ein solches Programm tatsächlich umzusetzen, macht längst nicht jeder, Herr Kollege Dr. Stegner - erst recht nicht, wenn die erste Hälfte der 100 Tage in die sitzungsfreie Sommerpause fällt. Ein 100-Tage-Programm des Ministerpräsidenten Albig hat es jedenfalls nicht gegeben. Dagegen hat die neue Landesregierung nur knapp drei Wochen nach der Wahl von Daniel Günther zum Ministerpräsidenten ein Programm mit 33 Punkten für die ersten 100 Tage beschlossen.

(Zuruf SPD)

Heute nun hat der Ministerpräsident Bilanz gezogen. Wir können die ersten 100 Tage von Jamaika mit einem wirklich guten Ergebnis abschließen. Mehr als ein halbes Dutzend Gesetzgebungsvorhaben wurde auf den Weg gebracht. Mehrere Bundesratsinitiativen wurden gestartet, und erste Konzepte sind entwickelt worden. Zu Recht bewerten deshalb auch die Gewerkschaft der Polizei und der Unternehmensverband - um nur zwei von vielen Stimmen zu nennen - unsere bisherige Arbeit positiv und zeigen sich mit Jamaika zufrieden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber auch die Menschen hier in Schleswig-Holstein merken, dass sich etwas bewegt und diese Landesregierung eine neue Dynamik entfaltet. Das Feedback, das wir an allen Orten erhalten, fällt rundweg positiv aus.

(Zurufe SPD)

Der Einzige, der das vollkommen anders sieht, ist der noch amtierende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende, Dr. Ralf Stegner. Der neuen Landesregierung eine glatte Sechsis zu bescheinigen, ist doch derart plump und undifferenziert, dass sich diese Einschätzung selbst disqualifiziert und Sie sich damit gleich mit, Herr Dr. Stegner.

(Beifall CDU und FDP)

Zu der merkwürdigen Logik des stegnerschen Notensystems gehört dabei, dass hinten immer eine Sechsis herauskommt - mal, weil es der SPD zu langsam geht, mal, weil die Koalition ihre Vorhaben zu schnell durchprügeln würde.

(Lars Harms [SSW]: Immerhin ist es keine Sieben! - Heiterkeit)

- Die würde er auch vergeben.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU] - Unruhe)

- Das klingt logisch und nachvollziehbar.

Die Kritik des zu schnellen Durchprügelns bezog sich auf den Fahrplan zur Änderung des Schulgesetzes zur Rückkehr zu G 9 bei den Gymnasien.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ist es möglich, dass wir die Gespräche untereinander einstellen? - Wir haben noch genug Redezeit. Frau Midyatli, auch für die SPD gibt es noch Redezeit. Daher sollten wir uns jetzt auf den Redner konzentrieren. - Vielen Dank.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Frau Midyatli, Sie brauchen nicht zu kommentieren, was ich Ihnen sage!

Tobias Koch [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion: Der Zeitplan der Umstellung von G 8 auf G 9 ist keine politische Willkür dieser Koalition, sondern ist zwingend notwendig, um Eltern und

(Tobias Koch)

Schülern rechtzeitig für die Anmeldung zu den weiteren Schulen im kommenden Frühjahr Klarheit und Rechtssicherheit darüber zu verschaffen, welche Schulen G 8 und welche G 9 anbieten werden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bürokratie ist da lästig, das stimmt!)

Wenn mich übrigens überhaupt Kritik am Jamaika-Koalitionsvertrag erreicht, dann insofern, als Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis auf mich zugekommen sind und sich beschwert haben, dass die Umstellung erst im Jahr 2019/2020 erfolgt und nur die Jahrgänge 5 und 6 umgestellt werden. Mit anderen Worten: Den Menschen selbst kann diese Umstellung gar nicht schnell genug gehen.

(Beate Raudies [SPD]: Weil Sie ihnen das so versprochen haben! Sie haben den Leuten das doch weisgemacht!)

- Wir machen das ja jetzt auch, Frau Kollegin. Deswegen müssen Sie nicht kritisieren, dass wir hier zu schnell seien.

(Zurufe SPD)

Wir machen genau das, was die Menschen von uns erwarten und was wir versprochen haben.

Offensichtlich haben Sie das auch selbst erkannt, denn Ihr eigener Gesetzentwurf unterscheidet sich im Zeitplan überhaupt nicht von dem der regierungstragenden Fraktionen - der Ministerpräsident hat in seiner Rede bereits darauf hingewiesen. Da muss man sich wirklich einmal fragen: Was kritisieren Sie eigentlich an dieser Stelle?

Bildungspolitik ist weit mehr als die bloße Umstellung von G 8 auf G 9. Um das erklärte Ziel einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung zu erreichen, wurde nicht nur ein Konzept zur Lehrkräftebedarfsanalyse entwickelt, sondern es wurde auch mit den gestern vorgelegten Haushalteckwerten umfangreiche finanzielle Vorsorge getroffen, um bedarfsabhängig zusätzliche Lehrkräfte einstellen zu können - im Übrigen auch in Hinblick auf steigende Schülerzahlen infolge des Familiennachzugs bei Flüchtlingen. Wir machen das, was wir ankündigen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie, Herr Dr. Stegner, an dieser Stelle zur 100-Tage-Bilanz sagen, weniger gehe nicht, dann liegt das daran, dass wir hier praktisch von null anfangen mussten. Die vorherige SPD-Bildungsministerin hat rein gar nichts zur Analyse des Lehrkräftebedarfs erarbeitet.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Eine interessante Bemerkung zu Ihrem grünen Koalitionspartner war das gerade, wenn ich das richtig verstanden habe!)

- Das war eine Bemerkung zu Ihrer SPD-Bildungsministerin, die ja trotzdem einen neuen Job bekommt - warum auch immer.

(Sandra Redmann [SPD]: Also das ist ja wohl! - Zurufe)

Bereits zum 1. August 2017 wurde der Vorbereitungsdienst im Rahmen der Lehrerausbildung neu konzipiert. Die getrennte Ausbildung mit Schulstufenbezug wird damit wieder eingeführt.

„Kein Kind ohne Mahlzeit“ hieß es auf den CDU-Wahlplakaten. In den ersten 100 Tagen der neuen Landesregierung wurde dafür ein Konzept erarbeitet, dessen Umsetzung für Anfang 2018 vorgesehen ist. Wir werden in dieser Wahlperiode endlich den Sanierungsstau an den Schulen im Land entschlossen anpacken. Dazu werden wir zum einen die Förderrichtlinien nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz so ausgestalten, dass möglichst viele Schulträger im Land davon profitieren werden. Zum anderen schaffen wir mit einer Gesetzesänderung zum Sondervermögen IMPULS die Voraussetzungen dafür, dass auf diesem Weg zukünftig auch Landesmittel für die Sanierung kommunaler Schulen eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung kümmert sich nicht nur um Schulkinder, sondern sie hat auch die Kinder in Kitas, Krippen und Horten fest im Blick. Die Änderung des Landeswaldgesetzes zur rechtlichen Absicherung von Waldkindergärten ist mit Kabinettsbeschluss vom 22. August 2017 auf den Weg gebracht worden.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist eine Lüge! Dazu stehe ich, das können Sie zitieren und aufschreiben!)

- Die Änderung des Landeswaldgesetzes ist mit Kabinettsbeschluss vom 22. August 2017 auf den Weg gebracht. Punkt!

(Zuruf Sandra Redmann [SPD] - Serpil Mıdyatlı [SPD]: Man kann es ja mal behaupten!)

In der Sitzung des Sozialausschusses am 5. Oktober 2017 wurde für die geplante grundlegende Neugestaltung der Kita-Finanzierung in einem ersten Schritt eine umfangreiche Bestandsaufnahme vorgestellt.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

(Tobias Koch)

Mit der gestern vorgelegten neuen Finanzplanung werden zudem die für den Kita-Bereich vorgesehenen Haushaltsmittel über die im Koalitionsvertrag hinaus vorgesehene Summe um weitere 10 Millionen € auf nunmehr 180 Millionen € aufgestockt.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Wir sorgen damit für mehr Qualität in der Kinderbetreuung, senken die Elternbeiträge und entlasten die Kommunen, indem der Landesanteil an den Betriebskosten wieder auf ein Drittel erhöht wird.

Auf kommunaler Ebene halten wir das Wahlversprechen der CDU, die Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abzuschaffen. Herr Dr. Stegner, das ist - weiß Gott - keine Wählertäuschung, sondern das ist exakt das, was wir vor der Landtagswahl in unserem Wahlprogramm so angekündigt haben.

(Birte Pauls [SPD]: Aber mündlich immer wieder was anderes gesagt! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Quatsch! - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Beruhigen Sie sich, Frau Kollegin. - Es geht darum, den Kommunen vor Ort wieder die Entscheidungsfreiheit zu geben, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben wollen. Ohne Frage sind das keine einfachen Entscheidungen, die da zukünftig vor Ort zu treffen sind.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Genau das macht aber kommunale Selbstverwaltung auch aus.

(Birte Pauls [SPD]: Ach ja!)

Es ist erforderlich, um den unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort auch Rechnung tragen zu können.

(Birte Pauls [SPD]: Unanständig bis zum Gehnichts!)

Herr Dr. Stegner, falsch ist dagegen, dass mit der Gesetzesänderung reiche Gemeinden einseitig bevorteilt würden. Wir haben im Koalitionsvertrag ausdrücklich festgehalten, dass der Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bei finanzschwachen Kommunen nicht zu Nachteilen bei der Genehmigung des Kommunalhaushaltes oder bei Mittelzuweisungen durch das Land führen darf.

(Birte Pauls [SPD]: Witzig! Erzählen Sie das doch mal den Bürgerinnen und Bürgern!)

Geradezu abenteuerlich ist in diesem Zusammenhang die Vorhaltung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, dass von der Neuregelung des kommunalen Fi-

nanzausgleichs in den ersten 100 Tagen nichts mehr zu hören sei. Die alte Landesregierung - Herr Dr. Stegner, das wissen Sie doch selbst - hat jahrelang an einer Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs gearbeitet, um dann trotzdem damit vor dem Landesverfassungsgericht zu scheitern. Deshalb ist dieses Vorhaben definitiv kein Projekt, das man mal eben in den ersten 100 Tagen erledigen kann,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

sondern es wird die jetzige Landesregierung noch viel Kraft und Mühe kosten,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

diese Versäumnisse des SPD-Innenministeriums aus der letzten Wahlperiode wieder aufzuarbeiten.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Beate Raudies [SPD]: Da sind wir sehr gespannt darauf - sehr gespannt -, was da alles aufgearbeitet wird! - Zuruf)

Mit der in dieser Tagung in erster Lesung zu behandelnden Gesetzinitiative zum Verbot der Erhebung einer Pferdesteuer setzen wir einen weiteren Punkt des 100-Tage-Programms wie auch des CDU-Wahlprogramms um. Sport hat in Schleswig-Holstein Verfassungsrang. Deswegen werden wir Reitsport unterstützen, anstatt ihn zu besteuern.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und unserer Polizei den Rücken zu stärken, waren ebenfalls zentrale Forderungen des CDU-Wahlprogramms. Im 100-Tage-Programm der Landesregierung wurde diese Forderung mit dem verkündeten Stopp der Schließung von Polizeidienststellen umgesetzt. Die Polizei bleibt jetzt auch in der Fläche erhalten.

(Birte Pauls [SPD]: Ja? Wo denn?)

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei wird durch diese sichtbare Präsenz vor Ort gestärkt. Genauso geht Sicherheit.

(Vereinzelter Beifall CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie korrigieren Herrn Schlie!)

Die Bewertung der Arbeit der Landesregierung durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden mit einem glatten Ungenügend macht deutlich, dass die SPD - das zeigen auch Ihre Reaktionen gerade - den Erhalt dieser Polizeidienststellen entschieden ablehnt. Genau das werden wir immer wieder vor Ort klar und eindeutig so kommunizieren.

(Tobias Koch)

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Um Wohnungseinbrüchen entgegenzuwirken, hat die Landesregierung mit dem 100-Tage-Programm zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Million € für das Programm zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls zur Verfügung gestellt. Da dieses Programm noch von der Vorgängerregierung aufgelegt wurde, hätte ich zumindest an dieser Stelle ein bisschen weniger Polemik von Ihnen, Herr Dr. Stegner, erwartet. Wer aber alles ablehnt und schlechtredet, nur weil er auf einmal in der Opposition ist, der macht sich selbst unglaubwürdig und schadet damit der politischen Kultur in unserem Land.

(Beifall CDU - Birte Pauls [SPD]: Wer macht sich denn unglaubwürdig?)

- Sie, Frau Kollegin! Immer der, der fragt.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Pauls, es gibt noch Redezeit. Zwischenrufe sind in Ordnung, aber Dazwischengebrüll ist, glaube ich, nicht in Ordnung.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir verstehen doch die Aufregung der SPD! - Zuruf Birte Pauls [SPD] - Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt ist es gut, Frau Pauls! Ich Sorge schon dafür, dass sich jeder anständig benimmt. Ich glaube, es reicht jetzt. - Vielen Dank.

Tobias Koch [CDU]:

In der Wirtschaftspolitik wollen wir das mittelstandsfreundlichste Bundesland werden. Der Mittelstandsbeirat hat sich auf seiner Sitzung am 6. Oktober 2017 konstituiert, und bereits am 5. Oktober 2017 hat das Kabinett der Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Mindestlohngesetzes im Bundesrat zugestimmt. Ziel dieser Änderung ist es, Vorschriften und Verordnungen zu Dokumentationspflichten bei Mindestlohn handhabbarer und praxisnäher zu gestalten. Herr Dr. Stegner, Ihr vergiftetes Lob aus der letzten Woche war also ebenfalls unzutreffend. „Anpacken statt Rum-schnacken“ gilt auch an dieser Stelle.

Wir wissen außerdem, dass eine gute Wirtschaftspolitik eng mit einer guten Infrastruktur verknüpft ist. Im 100-Tage-Programm war deshalb das ambitionierte Ziel enthalten, sich auf Bundesebene für einen sechsspürigen Ausbau der Rader Hochbrücke einzusetzen. Wenn wir jetzt einmal zugutehalten, dass die jetzige Landesregierung in diesem Punkt auf die Arbeit der Vorgängerregierung aufbauen konnte, dann wäre das ja quasi ein Gemeinschaftserfolg beider Regierungen. Überzeugen konnten den Bund schlussendlich die neu vorgetragenen Zahlen und Argumente von Verkehrsminister Dr. Bernd Buchholz, wobei an dieser Stelle der Einsatz der CDU-Bundestagsabgeordneten auch nicht ganz unerwähnt bleiben soll.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Eine solche Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten hat dann aber wahrlich nicht die Note ungenügend von Ralf Stegner verdient.

(Sandra Redmann [SPD]: Wenn wir nicht zwischenrufen, schlafen die ein! - Barbara Ostmeier [CDU]: Wir finden das auch klasse! - Zuruf SPD: Merkt man aber nicht!)

Präsident Klaus Schlie:

Einigen wir uns wieder darauf, dass das Wort der Fraktionsvorsitzende der CDU hat. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte raus.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das gibt mir die Möglichkeit auszuführen, dass Infrastruktur weit mehr ist als nur Straßenbau. Ich will deshalb insbesondere noch einmal auf das Programm zur Förderung der Sportstätteninfrastruktur hinweisen. Bereits in der Juli-Tagung hatte der Landtag mit dem zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2017 zusätzliche 15 Millionen € für den Umbau und die Erweiterung von Sportstätten mit besonderer regionaler und überregionaler Bedeutung zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des 100-Tage-Programms hat jetzt die Landesregierung die dazugehörige Förderrichtlinie vorgelegt, die am 18. September 2017 in Kraft getreten ist.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beides zusammen zeigt: Sport hat für die Jamaika-Koalition einen sehr hohen Stellenwert. Neben den gesundheitlichen Benefits sorgt insbesondere der organisierte Sport auch für den sozialen Zusam-

(Tobias Koch)

menhalt. Sein Potenzial für eine erfolgreiche Integration sowie für das Gelingen von Inklusion liegen auf der Hand.

Neben den bereits jetzt zur Verfügung gestellten 15 Millionen € ist es deshalb unser Ziel, in den kommenden Jahren das Programm zur Sanierung kommunaler Sportstätten nicht nur fortzuführen, sondern auch finanziell weiter aufzustoßen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Weitere Punkte des 100-Tage-Programms will ich zumindest stichpunktartig nennen: Mit dem Erlass zur landesinternen Umverteilung von Asylbewerbern vor Abschluss des Asylverfahrens wurden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um eine Ausbildung, einem Studium und einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im gesamten Landesgebiet nachgehen zu können.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Mit Kabinettsbeschluss vom 26. September 2017 wurde eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse auf den Weg gebracht. Im Rahmen der NORLA wurde die Neuauflage der Allianz für Gewässerschutz mit den beteiligten Verbänden unterzeichnet, um dem Ziel eines guten Gewässerschutzes Sorge zu tragen. Der Zeitplan für die Teilfortschreibung der Regionalplanung Windenergie steht. Wir werden darüber morgen hier im Landtag debattieren. Die Überarbeitung des Rettungsdienstgesetzes ist auf den Weg gebracht. Mit dem geänderten Gesetz soll den Trägern des öffentlichen Rettungsdienstes ermöglicht werden, neben Genehmigungen für den Krankentransport auch Genehmigungen für die Notfallrettung außerhalb des Rettungsdienstes zu erteilen.

(Beifall CDU, Dennys Bornhöft [FDP] und Anita Klahn [FDP])

Mit Kabinettsbeschluss vom 12. September 2017 hat die Landesregierung dem Gesetzentwurf zur Rechtsvereinfachung im Justizwesen zugestimmt. Das Anhörungsverfahren der Verbände ist bereits eingeleitet.

Zu guter Letzt hat am 4. Oktober 2017 nicht nur das Digitalisierungskabinett zum ersten Mal getagt, sondern ab diesem Montag ist in allen obersten Landesbehörden ein freies WLAN-Netz für die Öffentlichkeit in Betrieb genommen worden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP] - Zuruf)

Das alles kann sich für die ersten 100 Tage von Jamaika in Schleswig-Holstein richtig gut sehen lassen. Das ist gute Regierungspolitik so, wie wir sie uns vorstellen.

Wenn wir heute auf die ersten 100 Regierungstage zurückschauen, so will ich dennoch auch den Blick nach vorn richten, denn wir haben uns schließlich noch viel, viel mehr vorgenommen. Das zeigt sich schon in den Anträgen der Regierungsfaktionen für diese Plenartagung. Mit den Anträgen zur Sportentwicklungsplanung, zum Zukunftslabor soziale Sicherung, zur Landeslotterie biologische Vielfalt, zur Einführung einer Meistergründungsprämie und zur Schaffung eines Fonds für Barrierefreiheit nehmen wir die nächsten Projekte in Angriff.

Mit den gestern vorgelegten Haushaltseckwerten für 2018 handelt es sich zudem um viel mehr als um das übliche jährliche Haushaltsaufstellungsverfahren, Herr Dr. Stegner. Die Landesregierung hat den Eckwerteentwurf der Vorgängerregierung aus April dieses Jahres grundlegend überarbeitet, weil es natürlich darum geht, für das Jahr 2018 einen Haushalt zu verabschieden, der die inhaltlichen Vereinbarungen des Koalitionsvertrages von CDU, Grünen und FDP jetzt auch umsetzt. Anders als beim Regierungswechsel im Jahr 2012 lag in diesem Jahr kein fertiger Haushaltsentwurf der Vorgängerregierung vor. Insofern ist es schon ein beachtliches Ergebnis, dass es der neuen Landesregierung unmittelbar nach Amtsübernahme und innerhalb von nur drei Monaten gelungen ist, sich auf diese neuen Haushaltseckwerte zu verständigen.

(Beifall CDU - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Meine Damen und Herren, mit dieser Politik, mit diesem 100-Tage-Programm, mit den Anträgen der Regierungsfaktionen und den Haushaltseckwerten senden wir ein wichtiges Signal sowohl an alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als auch nach Berlin. Wir zeigen: Jamaika in Schleswig-Holstein funktioniert richtig gut. Wir zeigen, dass die Differenzen zwischen drei verschiedenen Parteien für eine produktive Symbiose genutzt werden können und ein solches Bündnis tolle Chancen bietet, und wir zeigen, dass wir die Stärken der Partner miteinander vereinen. Die gemeinsame Arbeit mit Grünen und FDP macht richtig Spaß. Als Koalitionspartner arbeiten wir wirklich gut und vertrauensvoll zusammen. Dafür mein ganz herzliches Dankeschön.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Herr Dr. Stegner, deshalb haben Sie nur in einem einzigen Punkt recht, nämlich wenn Sie einräumen, dass es nicht möglich ist, alle Vorhaben einer Regierung in den ersten 100 Tagen umzusetzen. Deshalb sind diese ersten 100 Tage nur der Auftakt für unsere Arbeit. Für die Zukunft haben wir uns viele weitere wichtige Themen vorgenommen. Deshalb gilt jetzt umso mehr: Anpacken statt Rum-schnackern! Lieber Herr Dr. Stegner, Sie schnackern, wir machen das. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Rede. Sie macht mir Mut, weil sie ein Gespür dafür beweist, vor welchen gesellschaftlichen Problemen wir im Land und in ganz Deutschland aktuell stehen. Ich wünsche mir sehr, dass Sie damit auch die Menschen im ganzen Land erreicht haben. Ihre Worte machen uns Grünen Mut, dass wir die richtige Entscheidung getroffen haben, uns diesem Bündnis in Schleswig-Holstein mit aller Ernsthaftigkeit zu stellen. Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ehe ich auf unsere ersten 100 Tage komme, lassen Sie auch mich einmal auf die Jamaika-Diskussion im Bund kommen. Das ist nämlich etwas, womit wir im Land sehr häufig konfrontiert werden - gerade wir Grüne. Ja, wir können aus den Erfahrungen, die wir hier in Jamaika gemacht haben, sagen: Man kann es versuchen, man kann es zu etwas Gutem bringen, und es könnte auch mit der CDU gehen, wenn die Bundes-CDU nur ein bisschen mehr so wäre wie die CDU im Land,

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kriegen wir gemeinsam hin!)

offener, nicht so polterig, moderner und gesellschaftlichem Wandel gegenüber aufgeschlossen, aber insbesondere, wenn sie nicht diese Stiefschwester hätte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb drei Sätze zur Obergrenze und der Einigung zwischen CDU und CSU. Die CSU erkennt die deutsche Verfassung an, nach der es keine Obergrenze für Menschen, die verfolgt werden, oder nach der Genfer Flüchtlingskonvention geben kann. Das ist gut, aber eigentlich selbstverständlich. Dass ich eine Selbstverständlichkeit loben muss, zeigt das ganze Drama.

Seehofer hat Merkels Politik „Herrschaft des Unrechts“ genannt. Das Ganze wurde jetzt ausgeräumt. Das war erst nach der Wahl möglich. Liebe CDU, es tut mir leid, das zu sagen, aber das ist sehr bedauerlich.

Lässt man das Grundgesetz unangetastet, bleiben als Stellschrauben nur der Familiennachzug und humanitäre Kontingente. Auf die aber haben wir Grüne immer gedrungen. Sie sind wichtig für eine gelingende Integration, um den Schleusern das Handwerk zu legen beziehungsweise den Tod im Mittelmeer durch Ertrinken zu reduzieren.

Das Unionspaket ist nicht unser Paket und wird nicht das letzte Wort sein. Meine Damen und Herren, das Unionspaket im Bund ist nicht der Koalitionsvertrag Jamaika. Das haben wir in der letzten Landtagstagung hier eindeutig festgelegt. Insofern ist das etwas anderes.

Wir brauchen im Bund eine neue Regierung, und wir brauchen sie bald. Deshalb ist es gut, dass es dort zu Sondierungen kommt.

Noch ein Wort zur Bundes-SPD. Ich finde es richtig, dass Sie sagen, dass Sie in die Opposition gehen. Die Große Koalition kann immer nur eine Ausnahmeregierung sein. Herr Kollege Stegner, allerdings passt Ihre Häme mit dem Verhalten der SPD nicht zusammen. Sich in die Opposition zu verabschieden, ist, wie gesagt, okay. Die Grünen aber und insbesondere den Kollegen Habeck dafür anzugehen, dass er offen für Sondierungen ist, dass wir bereit für Sondierungsverhandlungen sind, ist absurd.

(Beifall CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ein bisschen Spott, Frau Kollegin!)

- Wir können sehr gut Spott aushalten, aber ich finde, wir müssen uns sehr ernsthaft mit den Herausforderungen auseinandersetzen, vor denen wir ste-

(Eka von Kalben)

hen. Das war hier im Land so, wo wir uns zusammengesetzt haben, selbst als alle anderen alles ausgeschlossen haben, zum Beispiel auch Herr Kubicki eine Ampel-Koalition ausgeschlossen hat. Wir haben uns mit aller Ernsthaftigkeit und Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, zusammengesetzt. Das muss im Bund jetzt auch passieren. Die Fliehkräfte aus der Mitte werden immer größer. Genau deswegen hat die Mehrheit, haben die demokratischen Parteien die Verantwortung, zusammenzurücken. Die Erfahrung in Schleswig-Holstein zeigt, dass es gelingen kann, wenn jeder seinen Tanzbereich bekommt, seine Luft zum Atmen behält, denn die brauchen wir, damit wir nicht in Beliebigkeit und Austauschbarkeit verfallen. Bundes-SPD und Bundes-FDP können zum engen Tanz mit der Union ein Liedchen singen: zu wenig Platz zum Atmen und für meinen Geschmack zu lahmer Rhythmus in der Großen Koalition.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Parteien braucht es eine gemeinsame Story und einen gemeinsamen Rahmen. Da gebe ich allen Kritikerinnen und Kritikern recht: Es reicht eben nicht, ein bisschen etwas zur Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie aufzuschreiben, obwohl das natürlich wichtig ist. Die gemeinsame Story ist viel mehr, wenn wir jeden Tag aufs Neue einen Satz an den nächsten reihen, der irgendwann zu einer gemeinsamen Story wird. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das ist für uns nicht einfach. Natürlich sind wir aus verschiedenen Lagern gekommen. FDP und CDU waren in der Opposition. Wir waren in einer Regierung. Ich habe auch das Gefühl gehabt, dass wir in einer erfolgreichen Regierung waren.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Da ist es doch ganz klar, dass es nicht von einem Tag auf den anderen eine gemeinsame Story gibt. Aber wir beginnen zumindest, den Weg zu gehen. Der Weg nach Jamaika ist weit und beginnt - wie immer - mit einem ersten Schritt, nämlich damit, Gemeinsamkeiten zu finden.

Es ist zu Beginn eine Erzählung wie bei dem alten Kinderspiel, bei dem jeder einen Satz anfügt. Da gibt es die Dampfplauderer, die immer dazwischenquatschen, auch wenn sie nicht an der Reihe sind, und nicht jeder Satz führt die Geschichte stringent fort. Aufgabe von Ministerpräsidenten und möglicherweise der Kanzlerin ist es dann, den Horizont wieder in den Blick zu nehmen und den Kurs der Geschichte zu halten.

Für Jamaika gingen vor Kurzem die ersten 100 Tage Regierung zu Ende. Für uns Grüne waren es 1.825 bis Tag 1.925. In der Tat sehen wir uns in der Kontinuität dessen, was in der letzten Legislaturperiode gut gemacht wurde. Das war nicht alles gut. Wir setzen das also fort. Schade, dass die SPD das nicht so sieht. So ist Jamaika eben nicht die Rückkehr zur eher sozial unterkühlten Politik der Regierung vor 2012, wie es uns von SPD und SSW gern vorgeworfen wird. Lesen Sie doch einmal den Koalitionsvertrag aufmerksam. Ganz böse Zungen behaupten, mehr hätten Grüne mit der SPD auch nicht verhandeln können. Ich lasse das unkommentiert so stehen.

Wir haben für den Koalitionsvertrag jedenfalls viel Lob erhalten. Vergleichen Sie bitte einmal den Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein mit dem von Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen. Darin finden Sie nichts zur Biodiversität, nichts zu einem Fracking-Verbot, keinen Einstieg in die Verkehrswende. Das ist nur ein Politikfeld, das ich hier benenne. Wir Grüne brauchen uns mitnichten in die neoliberale Ecke stellen zu lassen. Herr Stegner, Sie haben vorhin Themen aufgeführt, zu denen Sie zu wenig gehört haben: Pflege, Gesundheit, Armut, also die Themen aus Ihrem Bundestagswahlkampf, die die Nöte der Menschen tatsächlich beschreiben; das streite ich gar nicht ab. Das war doch wie ein Spiegel. Das waren doch Fragen an die Große Koalition, die diese großen Zukunftsfragen im Bund nicht geregelt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das ist mitnichten eine Aufgabe von Jamaika in Schleswig-Holstein.

Sie kritisieren, dass Sie in den ersten 100 Tagen nichts zum sozialen Wohnungsbau oder zur Mietpreisgrenze gehört haben. Vielleicht waren Sie mit dem Bundestagswahlkampf zu beschäftigt. Andernfalls hätten Sie mitbekommen müssen, dass sich Herr Grote am 27. September 2017 ganz deutlich zum sozialen Wohnungsbau geäußert hat, und zwar genauso, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Wir führen das 2015 aufgelegte Programm zum sozialen Wohnungsbau konsequent fort. Just in besagter Woche, der Woche nach der Bundestagswahl, gingen 4 Millionen € nach St. Peter-Ording für 30 geförderte Ein- und Zweizimmerwohnungen mit einer Mietpreisbindung von 5,65 € pro Quadratmeter. Wenn Sie jetzt sagen, das sei nichts Neues, dann frage ich mich: Ist es deshalb falsch?

(Eka von Kalben)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir eine solide Leistung abgeliefert. Damit hat der Morphofalter, der vorn auf unserem Koalitionsvertrag zu sehen ist, sich nicht verpuppt und seine Larven gefressen - wie spitze Zungen das behauptet haben -, sondern mit der Arbeit begonnen.

In einer Kritik sind sie sich in der Opposition einig: mehr Dynamik! Das sind die üblichen Rituale. Ich zitiere: Die neue Landesregierung in Kiel hat in ihren ersten 100 Tagen Substanz- und Perspektivlosigkeit offenbart. - Wer hat das gesagt? - Das ist die „dpa“-Meldung vom 18. September 2012. Nahezu wortgleich zur Pressekonferenz von Herrn Dr. Stegner im Jahr 2017 führte Wolfgang Kubicki in seiner Presseerklärung gemeinsam mit Herrn Dr. Garg aus, dass man gar nicht erwarte, dass der gesamte Koalitionsvertrag abgearbeitet werde, aber man wenigstens Auskunft dazu erwarten dürfe, wo die Reise hingehe. Nachdem die damalige Opposition sich beschwerte, dass Politik nicht darin bestehen könne, alte Beschlüsse zurückzunehmen, ist es der Opposition heute nicht recht, wenn nicht der ganz große Aufriss erfolgt. - Freuen Sie sich doch! Wir finden es richtig und haben uns dafür eingesetzt, dass nicht alles auf null gesetzt wird. Ihre Kritik, Herr Harms und Herr Stegner, ist doch schizophren - einerseits mehr Dynamik fordern, andererseits zu viele Änderungen kritisieren. Aber bitte!

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Zu der Politik gehören auch die Rituale. Man muss sich ihnen ja nicht vollends unterwerfen. Mir ist es zu retro, ich schaue lieber nach vorn. 100 Tage mögen rum sein, und wir haben zu Urlauben, sich neu einrichten, Arbeitspläne machen und allem, was dazu gehört, schon einiges gesagt. Uns bleiben noch vier Jahre und 265 Tage, um unser Land zu gestalten und unsere Ideen Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir Grüne werden unseren Beitrag dazu leisten. Wir werden die Chance der Energiewende zu einer neuen wirtschaftlichen Kraft und ökologischen Transformation nutzen. Wir werden den Konflikt zwischen Naturschutz und Landwirtschaft weiter aussöhnen und in Schleswig-Holstein zum Wohl der Natur und Landwirte neue Wege entwickeln, durch Ökolandbau, Vertragsnaturschutz und Tier-schutz: stabiles Einkommen für unsere Bäuerinnen und Bauern jenseits der Zwangsrealisierung. Wir werden Böden, Gewässer und Meer vor Nitrat und

Mikroplastik schützen, vor Hormonen und Medikamenten. Wir werden nach Krümmel und Brunsbüttel auch die Brennelementefreiheit von Brokdorf in Angriff nehmen. Wir werden den Stromnetzausbau mit Elan und Hochdruck zu Ende bringen. Und das, liebe Freundinnen und Freunde, sind nur Beispiele aus einem Politikbereich.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich bin noch in der „Parteitagssprech“. Entschuldigen Sie bitte, „liebe Kolleginnen und Kollegen“ heißt es selbstverständlich.

Keine Angst, ich werde den Koalitionsvertrag jetzt nicht im Einzelnen aufzählen. Trotzdem zeigt allein die Vorstellung der Eckwerte des Haushalts in den letzten Tagen durch unsere Finanzministerin Monika Heinold, dass wir viel vorhaben und viel für dieses Land erreichen werden. Dass das nicht planlos geht, sondern mit Konzepten, finde ich richtig. Deshalb sind die vergangenen 100 Tage auch genau richtig genutzt worden. Sie kritisieren ja, dass die Unterrichtsversorgung im Haushalt abgebildet werden muss - das wird sie -, aber wie das dann verteilt wird, wie wir zukünftig die Lehrerbildung planen, wie wir die Versorgung der einzelnen Schulen planen, das muss natürlich auf einer vernünftigen Grundlage passieren.

Ich teile an der Stelle nicht die Position der CDU-Fraktion, dass da nichts war, worauf man aufbauen kann, ich glaube, dass man sehr wohl auch auf die Vorgängerregierung aufbauen kann,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

aber trotzdem ist es gut, wenn wir das genau analysieren. Warum das mit dem Konzept so lange dauerte, hatte auch den Hintergrund, dass uns das Bildungsministerium gesagt hat, dass es sehr viel Wert darauf legt, dass das gemeinsam mit den Gewerkschaften passiert, weil genau die wissen, was Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Arbeit wirklich belastet. Nehmen wir uns genau an dieser Stelle Zeit für den Dialog, um ein vernünftiges Konzept zu machen, dann ist das wieder zu lahm. Es ist also sehr inkonsequent, was Sie hier kritisieren.

Meine Damen und Herren, dafür, dass Teile der alten Regierung und der ehemaligen Opposition gemeinsam an einem Tisch sitzen, würde ich sagen: Läuft! Wenn selbst Politikwissenschaftler Jamaika bescheinigen, dass ideologische Gräben und Lagerdenken überwunden werden, ist mein Fazit, dass wir in den letzten 100 Tagen ganz schön viel er-

(Eka von Kalben)

reicht haben. Ich zitiere - mit Genehmigung des Präsidenten - Dr. Wilhelm Knelangen:

„Was man vom Kieler Beispiel lernen kann, ist, dass ernsthaftes Bemühen und die Bereitschaft zum Geben und Nehmen eine Grundlage für ein Regierungsbündnis sein kann.“

Es sind Brücken, die wir zueinander bauen, Brücken, die vielleicht dabei helfen können, auch manche Gräben in unserer Gesellschaft zu überwinden. Manchmal ist es nur eine wackelige Planke, die wir über ein schmales Rinnsal legen, manchmal sind es schon etwas solidere Brücken, die wir versuchen, Stein auf Stein zusammenzufügen.

Klar ist es für Grüne ungewohnt, im CDU-Fraktionsaal unter Kreuz und Adenauer zu sitzen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist Stoltenberg!
- Heiterkeit - Weitere Zurufe)

- Dann habt ihr den umgehängt! Wenn man das Kreuz dann vielleicht auch noch woanders hinhängen könnte. - Aber na ja.

(Heiterkeit und Zurufe)

Es entsteht etwas Neues, wenn wir dort mit einem wirtschaftsliberalen Professor aus der Schweiz die Idee des Grundeinkommens und der Bürgerversicherung diskutieren. Das, meine Damen und Herren, ist auch Jamaika.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Dafür müssen sich beide Seiten bewegen und aufeinander zugehen. Das ist ein schwieriger Gang. Denn es kann keine Bewegung ohne Veränderung geben. Es ist ein Balanceakt, dabei die eigene Haltung nicht aufzugeben, für die wir gewählt worden sind. Wenn wir erreichen, dass wir, indem wir aufeinander zugehen, die Perspektive weiten und bei Gelegenheit auch einmal wechseln und unsere Haltung gleichzeitig bewahren, ist schon etwas gewonnen. In Schleswig-Holstein ist das in manchen Dingen schon gut gelungen. Das hat für mich insbesondere auch die Debatte um den Familiennachzug in der letzten Landtagstagung gezeigt, wofür ich mich bei meinen Koalitionspartnern noch einmal ausdrücklich bedanke.

Wir erleben es als Grüne auch jeden Tag, dass wir uns mit Themen neu und anders auseinandersetzen müssen. Dann gibt es natürlich auch Themen, bei denen wir im Koalitionsvertrag Kompromisse eingegangen sind. Das ist völlig normal. Das ist in jeder Koalition so. Ich finde, das ist auch überhaupt nicht problematisch.

In diesem Sinne kann Jamaika in Schleswig-Holstein tatsächlich eine Vorbildfunktion haben und gesellschaftlich beispielgebend sein. Widerstreitende Meinungen nicht übergehen und eine gemeinsame Meinung formulieren; Rücksicht auf unterschiedliche Interessen und dennoch ein Gemeinwohlinteresse formulieren; Andersheit und Anerkennung - das ist es, was Politik in Deutschland im Herbst 2017 insgesamt braucht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man beginnt eine Rede mit großen Worten. Deshalb möchte ich damit anfangen, dass ich sage: Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa schaut auf Schleswig-Holstein.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich denke nicht so klein wie Sie, Frau Fritzen.

Denn es steht die spannende Frage im Raum, ob es in Berlin gelingen kann, eine Koalition zwischen den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu schmieden. Denn daraus folgen politische Konsequenzen nicht nur für Deutschland, sondern für Europa insgesamt. Ich sage: Wenn es uns nicht gelingt, das hinzubekommen, dann werden wir die Demokratieverdrossenheit in Deutschland in einem Maß steigern, dass uns angst und bange werden muss. Wir sind zum Erfolg verdammt, und man schaut auf Schleswig-Holstein, weil wir es geschafft haben, aus völlig unterschiedlichen Positionen heraus zumindest eine Vertrauensbasis zu entwickeln, die das Projekt Jamaika in Schleswig-Holstein zum Erfolg führen kann. Dafür möchte ich mich zunächst bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in besonderer Weise bedanken, aber auch bei der CDU. Das war von Anfang an nicht so ohne Weiteres zu sehen. Aber es ruckelt sich mittlerweile zurecht. Ich bin sicher, dass das Projekt in Schleswig-Holstein erfolgreich werden kann, wie auch das Projekt auf Bundesebene.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Wolfgang Kubicki)

Ich möchte mich bei dem Ministerpräsidenten des Landes ausdrücklich für seinen Auftritt bei „Berlin direkt“ bedanken, als er auf die Frage, ob die CDU/CSU nach rechts rücken muss, gesagt hat, er empfehle seiner eigenen Partei, sich einmal anzuschauen, wie die Wahlergebnisse in den Ländern aussehen, wo die Protagonisten des Rechtsrucks sitzen, und in denen, wo sie es nicht tun. Wenn man sich die Landkarte anschaut, dann haben die Unionskräfte dort zugelegt - jedenfalls nicht so stark abgenommen -, wo es eine moderate Politik gegeben hat. Die Jamaika-Koalition hat ja insgesamt hier in Schleswig-Holstein bei der Bundestagswahl gut abgeschnitten, wenn man sich die Bundestrends anguckt. Auch das ist vielleicht ein Fingerzeig darauf, dass es nicht darum geht, rechts oder links zu stehen, sondern eine verantwortbare Politik für die Menschen zu machen, die ihnen die Hoffnung gibt, dass wir die Probleme, die vor uns liegen, auch tatsächlich bewältigt werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal mit dem Kollegen Dr. Stegner beschäftigen - ganz kurz nur, weil meine Büroleiterin gesagt hat, ich solle das lassen, es lohne sich nicht mehr, und es lohnt sich tatsächlich nicht mehr - und sagen: Herr Dr. Stegner, die Tatsache, dass Robert Habeck und Daniel Günther in Berlin gewünscht und gebraucht werden und dass ich mich selbst dazu erkläre, dass ich gewünscht und gebraucht werde,

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall FDP und CDU)

ist etwas, worauf wir stolz sein können. Das unterscheidet sich jedenfalls von dem, was Ihre Parteifreunde dauernd twittern, nämlich, Sie mögen bitte im Fernsehen nicht mehr auftreten, weil es die SPD Prozente kostet. Das ist der Unterschied, dass man uns will und Sie offensichtlich nicht will. Sie stellen sich heute hier hin und sagen, Sie nehmen es dem Ministerpräsidenten übel, dass er sich in Berlin dazu geäußert hat, dass CDU und CSU zumindest einmal zu einem Kompromiss gefunden haben, was ja eine Grundlage für Gespräche sein kann. Hätten sie es nicht gemacht, dann könnten wir gar nicht miteinander reden. Gleichzeitig werfen Sie ihm vor, er habe damit akzeptiert, dass der Flüchtlingsnachzug weiterhin begrenzt oder ausgesetzt bleibe. Dazu möchte ich Ihnen sagen: Vertrauen Sie auf die Kampfstärke von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokraten. Wir werden das in Berlin schon so durchsetzen, wie wir es hier vereinbart haben; definitiv.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich trotzdem fragen lassen: Wo war eigentlich die Sozialdemokratie dieses Landes? Wo waren Sie eigentlich, als der Bund beschlossen hat, den Familiennachzug auszusetzen? Sie hätten das doch verhindern können, Herr Stegner. Sie dokumentieren dauernd Ihre eigene Schwäche und werfen den anderen vor, dass sie sich nicht so verhalten, wie Sie sich verhalten haben.

Ein letzter Punkt dazu: Mir würden die Facebook-Auftritte von Ralf Stegner fehlen, weil ich mich durch sie morgens immer aufbauen und mir sagen kann, warum ich Politik betreibe. Aber in einem Punkt gebe ich Ihnen recht, Herr Dr. Stegner, das meine ich jetzt in allem Ernst. Das habe ich Ihnen vor der letzten Wahl schon gesagt: Sie haben recht, wenn Sie auf Ihrer Facebook-Seite formulieren, die SPD müsste sich inhaltlich und personell neu aufstellen. Sie sollten mit gutem Beispiel vorangehen und hier nicht wieder die Reden der letzten Jahrzehnte halten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein stand in der Vergangenheit still. Die letzte Regierung hat geflickschustert, gemauschelt, geredet, kaum etwas getan, nichts gestaltet, nichts bewegt. Auch das ist die Wiederholung meiner Reden, als es diese Regierung noch gab; unter Torsten Albig, der interessanterweise erklärt hat, dass nicht er für die Wahlniederlage verantwortlich war, sondern der Landesvorsitzende, weil dieser eine falsche Strategie angewandt habe, nicht die Erfolge der Regierung Albig zu proklamieren, sondern auf Themen zu setzen, von denen sich die Menschen in der überwiegenden Mehrheit nicht angesprochen fühlen.

Die Straßen verkamen, das können wir feststellen, die Schulen und die öffentlichen Gebäude wurden rissig wie auch das Image Schleswig-Holsteins. Staub hatte sich über das Land gelegt; Staub, den die Bürgerinnen und Bürger nur mit großer Mühe und viel Engagement an mancher Stelle beiseite fegen konnten.

(Zuruf CDU: Rot-grüner Staub!)

Die alte Regierung verharrte in alten Denkmustern. Es fehlte ihr an Weitsicht und Kreativität. Mit der Wahl haben sich die Bürgerinnen und Bürger gegen das Alte und für das Neue entschieden. Sie wollten Veränderung, weil sie spürten, dass Schleswig-Holstein dringend Veränderung braucht. Sie spürten: Ein „Weiter so!“ ist nicht mehr möglich. Diese Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, den drin-

(Wolfgang Kubicki)

gend nötigen Wandel endlich einzuläuten; mit Klarheit, Pragmatismus, zupackend und entschlossen.

Ja, CDU, Grüne und FDP liegen inhaltlich nicht immer auf der gleichen Linie, doch ich sage ausdrücklich, das ist kein Nachteil. Das ist eine gewaltige Chance, um neu zu denken. Alle Koalitionsparteien waren schon vorab dazu gezwungen, sich zu hinterfragen und zu prüfen, welches der eigenen Anliegen das Land wirklich voranbringt. Am Ende dieses Prozesses und der Verhandlungen stand eine Koalition, die die Einheit in der Vielfalt, die unsere Gesellschaft braucht und präsentiert, repräsentiert, und ich bekenne mich dazu, dass jede Partei innerhalb einer Koalition, die eine gemeinsame Projektion hat, immer noch ihr eigenes Gesicht wahren muss, weil ansonsten das Gefühl entsteht: Wir haben unsere politischen Positionen, die wir zur Wahl gestellt haben, nicht ernst genommen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein wirklich einzigartiges Bündnis, das wir hier eingegangen sind; ein Bündnis, das über egoistische Parteiinteressen hinweg endlich neue Wege einschlagen kann. Wir Freie Demokraten wollen und werden in dieser Regierung dazu beitragen, dass die Potenziale und Kräfte, die in Schleswig-Holstein verborgen liegen, endlich freigesetzt werden. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jeder Einzelne die Möglichkeit und die Freiheit bekommt, seine Fähigkeiten voll zu entfalten. Wir möchten, dass die Menschen dieses Landes nicht verzagen, sondern mutig nach vorn blicken. Sie dürfen nicht weiter von einer tatenlosen engstirnigen Regierung frustriert werden. Sie müssen wieder das Gefühl bekommen, in einem Land zu leben, das ihren Erfindergeist, ihren Wissensdurst, ihr Engagement und ihren Unternehmerdrang fördert.

Wir befinden uns in einer einzigartigen Situation. Es gibt jetzt ein Momentum, das wir als Regierung nutzen; das heißt wir, der Ministerpräsident und die Kabinettsmitglieder. Tatsächlich haben wir auch schon manches erreicht, beispielsweise in der Bildung. Landtag und Regierung haben zügig für die Umstellung von G 8 auf G 9 gesorgt und dies, ohne einfach über die Wünsche von Schülern und Eltern hinwegzurollen. Das ist übrigens der Unterschied zu den Sozialdemokraten der letzten Regierung. Da gab es keine Möglichkeit der Wahlfreiheit. Sie hatten dies zu 100 % ausgeschlossen. Wir ermöglichen zumindest dann, wenn zwei Gruppen überzeugend darlegen können, dass sie etwas mit Zustimmung der dritten Gruppe wollen, dass sie bei ihrem Mo-

dell bleiben können, ohne dass wir ihnen von Ministeriumsseite etwas anderes aufoktroieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die FDP hat sich klar dafür eingesetzt, dass die Schulkonferenz frei darüber entscheiden können soll, welche Schulform für ihre Schule die richtige ist. Die Schullandschaft soll plural bleiben. Das war unser Wunsch, und das war übrigens auch der Wunsch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das muss ich ausdrücklich sagen. Unsere Koalitionspartner sahen das zumindest im Grundsatz ähnlich, und so werden wir die Wahlfreiheit im Schulgesetz verankern.

Die Bearbeitung des Rettungsdienstgesetzes wurde in Angriff genommen, sodass wir bald mit der ersten Lesung eines Gesetzentwurfs rechnen können. Die Notfallrettung wird dann künftig für private Anbieter offen sein und kann damit flexibler und effizienter ablaufen.

Das Sozialministerium stößt auch eine neue Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern an, um die frühen Hilfen finanziell abzusichern. Eltern und Kinder werden fortan besser geschützt und unterstützt, genauso wie Menschen mit Behinderung. Ein Gesetzgebungsverfahren wurde bereits eingeleitet, das die Frage der Trägerschaft der Eingliederungshilfen besser regeln soll.

Was erwarten Sie eigentlich noch in den ersten 100 Tagen? - Ich sage: Rom wurde nicht an einem Tag erbaut. Selbst Gott brauchte mindestens sechs Arbeitstage, um die Welt zu erschaffen. In 100 Tagen können wir den Koalitionsvertrag nicht vollständig abarbeiten. Wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich haben sich Minister Garg und sein Haus eine wahre Mammutaufgabe vorgenommen. Sie wollen das Chaos in der Kita-Finanzierung endlich beseitigen, über das wir doch auch schon seit mehr als zehn Jahren reden. Über Jahre wurde ohne Plan und Konzept ein Flickenteppich an Erlassen produziert, bei dem keiner mehr, weder Land, noch Kommunen, noch die Kitas, so richtig durchblickt. Die Folge ist Unsicherheit bei den Beschäftigten und Verunsicherung bei den Eltern. Herr Minister Garg hat bereits gezeigt, dass er sich dafür einsetzen wird, dass das ein Ende hat. Zugleich wird dafür gesorgt, dass alle Kitas künftig denselben Qualitätsstandards unterliegen und dass die Elternbeiträge gedeckelt werden. In den nächsten Jahren wird deshalb die Landesregierung deutlich mehr Geld in das

(Wolfgang Kubicki)

Kita-System fließen lassen: in 2022 ganze 180 Millionen €. Das ist ein wichtiges Signal dafür, dass die frühkindliche Bildung für uns, für diese Regierung, für diese Koalition, einen zentralen Stellenwert hat.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Koalition denkt nicht nur an das Jetzt, sondern auch an die Zukunft. Mit dem Zukunftslabor soziale Sicherung, das der Landtag auf den Weg brachte, wird eine Plattform entstehen, die dazu dient, dass sich Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über die soziale Sicherung von morgen austauschen können. Wir brauchen doch neue Modelle, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Wenn es nach uns geht, dann wäre dies ein Bürgergeld, das es jedem erlaubt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Steuerfinanzierte Sozialleistungen wollen wir zusammenfassen und damit Bürokratie abbauen.

Unsere Koalitionspartner haben zum Teil andere Vorstellungen, aber das ist überhaupt nicht schlimm. Das bessere Modell oder vielleicht eine Mischung aus den besten Gedanken soll sich am Ende durchsetzen, damit wir das Optimum für Schleswig-Holstein und Deutschland erreichen. Die Gestaltung der Zukunft wird nicht am Parteigezänk scheitern. Auch das ist doch etwas, worauf wir stolz sein können. Ich höre aus Berlin immer wieder: Wenn wir so etwas in Berlin einrichten könnten, dann wären wir bei der Frage der Altersversorgung und der Frage der Digitalisierung und des Anpassungsdrucks für viele Beschäftigte einen deutlichen Schritt weiter.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich deutete es bereits an: In Schleswig-Holstein muss etwas getan werden. Investitionen braucht das Land. Jahrelang wurde kaum bis gar nicht in die Infrastruktur investiert. Schulen, Straßen, Brücken und Universitäten befinden sich zum Teil in einem Zustand, der eine Schande ist. Darunter leidet nicht nur jeder Einzelne jeden Tag, wenn er auf dem Weg zur Arbeit im Stau steckt, wenn er als Student in maroden Hörsälen sitzt oder wenn seine Kinder nicht mehr gern zum Sportunterricht gehen, weil die Turnhalle auseinanderzufallen droht. Am Ende spürt das ganze Land, weil die Wirtschaftskraft erlahmt und der Wohlstand sinkt.

Wenn ich jetzt lese und höre, dass man uns vorwirft, wir hätten die Investitionsquote von 10 %

noch nicht erreicht, dann finde ich das ganz lustig. Das können wir nicht in den ersten 100 Tagen leisten, auch nicht im ersten Jahr. Es steht bei uns, dass wir eine Erhöhung der Investitionsquote wollen. Im FDP-Wahlprogramm stand: bis 2020 auf 10 % und bis 2015 auf 12,5 %. Dass wir aber deutlich mehr Geld für Investitionen ausgeben, liegt auf der Hand. Dafür danke ich auch der Finanzministerin, die ja in anderen Bereichen dafür Sorge tragen musste, dass das Geld zusammenkommt, um Straßenbau, Straßenerneuerung und Infrastrukturausbau möglich zu machen.

Herr Dr. Stegner, dass wir das im nächsten Jahr nicht alles abarbeiten können, mag sein, aber dafür trägt die Vorgängerregierung die Verantwortung. Uns fehlen die Planungskapazitäten, die Sie hätten aufbauen müssen. Die haben Sie nur nicht aufgebaut, weil Sie das nicht wollten. Jetzt müssen wir nachholen, was Sie versäumt haben. Werfen Sie uns das nicht vor. Wir werden das so schnell wie möglich auf die Reihe bringen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2017 haben wir weit über 100 Millionen € mehr Steuern eingenommen als im vergangenen Jahr. Diese Einnahmen müssen wir jetzt reinvestieren. Seit Jahren haben wir darauf gedrängt, die Investitionen zu steigern. Unter der Vorgängerregierung war die Investitionsquote so niedrig wie kaum zuvor. Nun sorgen wir - ich betone: zusammen mit unseren Koalitionspartnern - dafür, dass das dringend benötigte Geld endlich kommt.

2018 wird erstmals über 1 Milliarde € in den Aufbau unseres Landes fließen. Das sind immerhin 300 Millionen € mehr als 2016. Die Haushaltslage erlaubt solch große Sprünge. Sie ist Teil des einzigartigen Momentums, von dem ich vorhin sprach und das wir nicht ungenutzt vorüberziehen lassen dürfen. Täten wir es, so versündigten wir uns an den nachfolgenden Generationen dieses Landes.

Um mit Märchen aufzuhören, kann ich hier noch einmal betonen: Monika Heinold und ich waren uns in den Koalitionsverhandlungen, was die Finanzlage des Landes und die weitere Strukturierung angeht, immer einig. Das wird auch so bleiben. Wir waren uns auch einig, was die Frage der Grund- und Erwerbsteuer angeht. Der Vorschlag zur Kompensation eines Freibetrages für junge Menschen, die ja Eigentum bilden sollen - wer denn sonst, wenn nicht junge Menschen? -, kam von uns. Wir haben es gemeinsam durchgesetzt und sagen: Wir können nur das Geld ausgeben, das wir haben.

(Wolfgang Kubicki)

Wenn es uns auf Bundesebene gelingt, die bisherige Ausnahmeregelung für Kapitalgesellschaften wegzuhebeln, dann werden wir die Mittel, die dadurch frei werden, diesen jungen Familien zurückgeben. Das ist ein gutes Konzept, dafür kann man uns nicht kritisieren. Man müsste uns dafür eigentlich loben.

(Zuruf Lars Harms [SSW]: Das macht ihr schon!)

Aber dafür brauchen wir zunächst eine Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes auf Bundesebene, und zwar in beiden Bereichen, sowohl was die bisherige Bevorzugung der Kapitalgesellschaften als auch die Freibetragsregelung angeht, die bisher nicht möglich ist, weil es die gesetzliche Grundlage nicht gibt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Sie können sich entspannen. - Ich bin froh, dass auch die neue Bundesregierung, wenn sie aus CDU, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zusammengesetzt sein sollte, dies unabhängig von der Initiative aus Schleswig-Holstein auf den Weg bringen wird.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir denken in dieser Regierung - das mag Herrn Stegner vielleicht nicht gefallen - und namentlich im Wirtschaftsministerium in großen Maßstäben. Deshalb wird auch die Begrenzung des Investitionsvermögens IMPULS 2030 aufgehoben. So wird die Möglichkeit geschaffen, die Mehreinnahmen, die wir derzeit erzielen, einzupreisen. Wir schaffen damit das, woran es der alten Regierung gefehlt hat: Flexibilität.

Mit viel Geld allein sind Probleme des Landes natürlich nicht in den Griff zu bekommen. Es geht darum, wie schnell dieses Geld umgesetzt wird. Um rasche und sinnvolle Investitionen zu ermöglichen, hat das Wirtschaftsministerium eine Taskforce geschaffen, die die Vorhaben, die im Rahmen von IMPULS unternommen werden, straffer, zügiger und unbürokratischer ins Werk setzen kann. Gleichzeitig wird ein effektives Controlling stattfinden, das die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft. Selten wird die Entschlossenheit zum Wandel, die diese Regierung beseelt, deutlicher als genau hier. Wir möchten die Veränderung - schnell, einfach, pragmatisch, effektiv.

Zum Glück haben wir einen Wirtschafts- und Verkehrsminister, der mit seiner zupackenden Art schon aufgefallen ist.

(Heiterkeit FDP - Lars Harms [SSW]: Hoffentlich war das in der Schule nicht auch schon so!)

- Ich verstehe auch nicht, warum hier gelacht wird. Man kann sich natürlich darüber beschweren, dass eine öffentliche Performance besser ist als die anderer. Aber Wettbewerb ist in diesem Bereich wichtig und nicht das Vermeiden von öffentlicher, und zwar positiver, Erwähnung.

Als erstes großes Infrastrukturprojekt wird nun auch dank seiner Tatkraft und seines Verhandlungsgeschicks der sechsspürige Ausbau der Rader Hochbrücke in Angriff genommen. Es stimmt: Die alte Regierung hatte schon manche Vorarbeit geleistet. Herr Stegner wird ja nicht müde, darauf hinzuweisen, womöglich deshalb, weil die letzte Wahlperiode ansonsten so arm an verkehrspolitischen Initiativen vonseiten der Regierung war. So rechnet man es sich eben hoch an, immerhin ein Projekt zumindest angestoßen zu haben.

Schleswig-Holstein ist kein Land der Großindustrie. Der Wohlstand unseres Landes beruht auf der Leistungs- und Innovationskraft unserer mittelständischen Unternehmen. Dieser großen Bedeutung des Mittelstandes wird es gerecht, dass vorige Woche der Mittelstandsbeirat im Wirtschaftsministerium zusammentrat. Dieses regelmäßig tagende Beratergremium aus Industrie, Handel, Handwerk, Wissenschaft und freien Berufen liefert den Input, den das Wirtschaftsministerium braucht, um zielgerichtet unbürokratisch dort anzupacken, wo es hapert. Wenn die Entscheidungen der Regierung wirklichkeits- und praxisnah sein sollen, dann braucht es eine solche direkte Kommunikation. Vom grünen Tisch aus regiert man kein Land.

Wir fühlen uns dem Ziel verpflichtet, den Bürokratieabbau endlich wirksam voranzutreiben. Deshalb wird die Dokumentationspflicht beim Mindestlohn vereinfacht und praxisnäher gestaltet. Das derzeitige Verfahren ist zu kompliziert, zu realitätsfern und eine Fessel für unsere Wirtschaftskraft. Im kommenden Monat bringt deshalb Schleswig-Holstein einen im Wirtschaftsministerium erarbeiteten Gesetzentwurf in den Bundesrat ein, der die bestehenden Regelungen reformiert. Auch da kann ich sagen: Wenn es auf Bundesebene zu einer konstruktive Lösung kommen soll, müssen wir nicht den Mindestlohn abschaffen - was soll das? -, sondern wir müssen die Dokumentationspflichten reduzieren, und zwar nicht nur beim Mindestlohn, sondern vor allen Dingen auch bei den pflegenden und erziehenden Berufen. Wenn ich höre, dass 50 % der Arbeitskraft dafür verwendet werden, zu dokumen-

(Wolfgang Kubicki)

tieren, dann denke ich, dass wir in diesem Bereich sehr viel für die Menschen tun können, wenn wir die Dokumentationspflichten reduzieren.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Birte Pauls [SPD]: Das haben Sie immer abgelehnt!)

- Ich höre gerade von sozialdemokratischer Seite, wir hätten abgelehnt. Wir haben nicht abgelehnt, die Dokumentationspflichten zu reduzieren, sondern wir haben abgelehnt, sie zu erhöhen. Das haben Sie ja vorgenommen. Das ist Ihr Versäumnis und nicht unser Versäumnis.

(Tobias Koch [CDU]: So ist es!)

Es ist unser Wille und der des Wirtschaftsministers, die bestehende Gesetzeslage auf Bundesebene in absehbarer Zeit zu ändern.

Die Wirtschaft zu stärken, das bedeutet nicht nur Wohlstand zu schaffen. Wenn der SPD gar nichts mehr einfällt, holt sie das alte Klischee von der wirtschafts- beziehungsweise neoliberalen FDP, die den kleinen Mann vergisst, aus der Mottenkiste. Auf die Heuchelei, die dahinter steht, mag ich gar nicht weiter eingehen. Keiner der SPD-Granden muss sich um sein Auskommen sorgen oder stammt aus prekären Verhältnissen. Die SPD vergisst immer, dass erst eine starke Wirtschaft Arbeitsplätze schafft und dass erst diese Arbeitsplätze es den Menschen erlauben, ein selbstständiges, unabhängiges und freies Leben zu führen, ein Leben, wie es auch jene führen wollen, die erst seit Kurzem in unserem Land sind, und die, die noch kommen möchten. Deshalb ist erste Aufgabe eine starke Wirtschaft, die viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten die Wirtschaft stärker als bisher als einen Faktor der Integration und als ein Mittel betrachten, die Ressentiments, die in diesem Land gewachsen sind, zu zerstreuen. Die AfD, ein Produkt dieses Ressentiments und der Angst, setzt auf die Rezepte der Vergangenheit, die von der Geschichte wahrlich ausreichend widerlegt wurden. Wir als Koalition möchten andere Wege gehen und mutig nach vorn blicken. Wenn den Menschen, die hierherkommen, die Möglichkeit gegeben wird, zu arbeiten, dann werden nicht nur die Lügen gestraft, die meinen, die Immigration koste Deutschland zu viel, sondern es führt auch dazu, dass sich die Einwanderer als wertgeschätzte Mitglieder dieser Gesellschaft fühlen können.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinn hat das Wirtschaftsministerium einen Entwurf zur Änderung der bestehenden bundesgesetzlichen Lage vorbereitet, wodurch das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschleunigt und verbessert werden soll. Ich begrüße diese Initiative auch sehr, weil so dem Fachkräftemangel wirklich zielgerichtet begegnet werden kann.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir wollen die Zukunft gestalten und nicht die Vergangenheit verwalten. Dazu gehört auch, dass wir an den Herausforderungen, die auf uns zukommen, wachsen. Die Digitalisierung ist eine solche Herausforderung, die uns, wenn wir sie richtig angehen, voranbringen und ein großer Segen für Schleswig-Holstein sein kann.

Das Wort „Digitalisierung“ ist derzeit in aller Munde. Es ist aber mehr als nur ein Modewort und bezeichnet mehr als einen flüchtigen Trend. Die Digitalisierung ist ein Prozess, der unweigerlich alle Bereiche unseres Lebens erfassen und nachhaltig verändern wird. Zum Teil geschieht dies ja schon. Dieser Sturm der Veränderung wird uns umwerfen, wenn wir versuchen, uns wegzuducken. Wir müssen uns von ihm tragen lassen und dabei das Steuer fest in der Hand halten. Was wir dabei brauchen, ist Zuversicht, Entschlossenheit und vor allen Dingen eine klare Strategie. Die FDP wird in dieser Regierung, übrigens mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - da haben wir eine wirklich tragende Gemeinsamkeit -, dafür sorgen, dass das Thema der Digitalisierung nicht unter den Tisch fällt und Schleswig-Holstein die neuesten Entwicklungen nicht verschläft. Unsere Koalitionspartner, allen voran der Digitalisierungsminister Robert Habeck - ich muss mich erst einmal daran gewöhnen, dass er Digitalisierungsminister ist -, gehen diese Wege mit uns.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb ist er auch gerade online!)

- Er ist online, ja, ich sehe es. Er verfolgt diese Rede einfach online. - Das Digitalisierungskabinetts hat nun erstmals getagt und wird fortan als Forum des Austauschs dienen, damit wir die Defizite der letzten Jahre endlich aufholen können. Der Breitbandausbau wird und muss flächendeckend kommen, genau wie die Digitalisierung der Verwaltung, sei

(Wolfgang Kubicki)

es in den Behörden, in der Justiz oder in den Schulen.

Diese Regierung war alles andere als untätig. Manche unserer Maßnahmen habe ich noch gar nicht erwähnt, wie etwa die zur Verbesserung der Sicherheit in diesem Land. So bleiben dank dieser Regierung die Polizeistationen auf dem Land erhalten. Der Opposition genügt dies natürlich nicht. Herr Stegner & Co. machen das, was man als Opposition eben so macht, wenn man wenig zu kritisieren hat: Man pickt sich Einzelthemen heraus, überzeichnet die tatsächliche Lage und bemerkt dabei manchmal gar nicht, dass man sich selbst widerspricht.

Herr Stegner, Sie müssen im Tiefschlaf gewesen sein - die Kollegin von Kalben hat das vielleicht auch schon angesprochen -, wenn Sie nicht gesehen haben, was wir jetzt schon in nur drei Monaten trotz Sommerpause bewegt haben. Gleichzeitig sagen Sie, dass Ihnen vieles zu schnell gehe, zum Beispiel die Einführung von G 9, mit der wir frühzeitig Klarheit und Planungssicherheit für die Eltern schaffen. Mal geht es zu langsam, mal geht es zu schnell. Entscheiden Sie sich einfach einmal. Die Opposition fällt zum Glück nicht nur mit der Polemik von Herrn Stegner auf, die kaum noch jemand in diesem Saal und draußen ernst nimmt und die allmählich nur noch peinlich wirkt. An guten Tagen ermuntert uns der vernünftige Rest der Opposition - er kommt ja noch - dazu, nicht müde zu werden und an Tempo nicht nachzulassen.

Die Regierung hat während der letzten Monate viel erreicht, aber es liegt tatsächlich noch viel mehr vor uns. Ich kann Sie beruhigen: Wir werden uns nicht in Eigenlob ergehen und uns nicht entspannt zurücklehnen. Wir werden weitermachen.

Wir wollen in Schleswig-Holstein weiter investieren, nicht nur finanziell. Wir wollen in die Bildung unserer Kinder investieren, um diese endlich auf ein Spitzenniveau zu heben. Die Kinder sollen zu eben solchen freien, selbstbestimmten, kritischen, weltoffenen und innovativen Köpfen werden, wie wir es uns als Freie Demokraten vorstellen. Wir wollen selbstverständlich auch dazu beitragen, dass kein Kind mehr ohne Abschluss die Schule verlässt. Sie müssen umfassend ausgebildet werden. Dazu gehört eben auch eine Ausbildung in den Kulturtechniken der Zukunft. An den Schulen muss der Umgang mit Informationstechnologien und digitalen Medien einen höheren Stellenwert bekommen als bisher. Damit das überhaupt möglich ist, braucht es vor allem mehr Lehrer. Den Lehrkräftemangel zu beseitigen, ist eine der größten Herausforderun-

gen der Bildungspolitik dieser Regierung in den nächsten fünf Jahren.

Es liegt an uns, die Jüngeren auf die Lebens- und Arbeitswelt von morgen vorzubereiten. Das bedeutet auch, die berufliche Ausbildung auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Auszubildenden werden künftig besser auf die Herausforderungen der Industrie 4.0 vorzubereiten sein. Zugleich muss ihre Ausbildung praxisnäher werden. Um die Berufsausbildung zu stärken, wird deshalb das SHIBB im Wirtschaftsministerium aufgebaut - das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung. Die Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen Wirtschafts- und Bildungsministerium sind Ausdruck des neuen Stellenwertes, den die Berufsausbildung jetzt in Schleswig-Holstein hat.

Die Zukunft zu gestalten, bedeutet auch, dass wir die Wissenschaft endlich als ein politisches Schwerpunktfeld begreifen. Bislang ist es vor allem dem Engagement der Hochschulen zu verdanken, dass Schleswig-Holstein ein profilierter Wissenschaftsstandort ist. Im Ländervergleich besteht aber immer noch Nachholbedarf. Damit wir den Anschluss nicht verlieren, wird fortan mehr Geld in die Renovierung und den Ausbau der Hochschulen fließen. Es wird eine klarere wissenschaftspolitische Strategie zu erkennen sein.

Schleswig-Holstein soll smarter werden. Das gilt auch für die Energieversorgung, die vernetzt werden muss, wenn wir umwelt- und wirtschaftsfreundlich zugleich sein wollen.

Schleswig-Holstein soll mutiger und zuversichtlicher werden. Das Wirtschaftsministerium wird noch mehr dafür tun. Darauf können Sie und können wir uns verlassen. Die Meistergründungsprämie und ein bürokratiefreies Jahr für Unternehmensgründungen werden dazu führen, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger dazu entschließen, ihre unternehmerischen Pläne und ihre Ideen in die Tat umzusetzen. Die Gelegenheit ist günstig. Fördern wir Entrepreneurship und Gründergeist, und wir, Frau Heinold, diskutieren nach wie vor darüber, ob es nicht möglich ist - jedenfalls bei den neuen Firmen, bei den Start-ups -, in den ersten Jahren eine nachgelagerte Besteuerung vorzunehmen, statt Vorauszahlungen zu leisten, damit die Liquidität im Unternehmen bleibt und zunächst nicht vom Finanzamt eingezogen wird. Auch da, glaube ich, finden wir eine vernünftige Lösung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein soll moderner werden. Den Staub der Vergangenheit haben wir so langsam abgeklopft. Nun

(Wolfgang Kubicki)

müssen wir uns für die Zukunft bereitmachen. Dafür ist noch viel zu tun. Doch die Chance ist da, und ich sage Ihnen, wir werden sie nutzen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule Wedel und die Landeschülersprecherinnen und Landeschülersprecher der Förderschulen. - Herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther! Die letzten Wochen haben es gezeigt: Trotz karibischer Regierung haben Sie es nicht geschafft, auch den karibischen Sommer nach Schleswig-Holstein zu holen. Viel haben Sie bislang nämlich noch nicht erreicht. Einige unstrittige Arbeitspunkte wurden zwar durch die Jamaika-Koalitionäre in Angriff genommen, aber der große Wurf, den man nach einem mit viel Tamtam gefeierten Regierungswechsel möglicherweise erwartet hätte, ist leider ausgeblieben. Das liegt vermutlich auch daran, dass Sie nicht so konnten, wie Sie vielleicht gern gewollt hätten. Das lag leider am grünen Klotz am Bein. Ich sage hier bewusst „leider“, weil nach den Jahren des Rückschritts und der Ideologisierung schleswig-holsteinischer Landespolitik durch die Küstennebelkoalition fast jede Veränderung unserem Land guttäte.

In den wenigen Wochen, die ich hier im Landtag sitze, habe ich eines gelernt: Es wird immer nur versucht, an kleinsten Stellschrauben zu drehen, mal nach links, mal nach rechts, aber im Grunde verändert sich nichts. Nicht selten werden in den Ausschüssen die Probleme besprochen, die schon vor 10 oder 15 Jahren evident waren. Geändert hat sich bislang nichts, jedenfalls nichts zum Guten oder wirklich Besseren. Häufig sind die Probleme einfach nur größer geworden.

Nehmen Sie doch die Obdachlosigkeit in Schleswig-Holstein, Herr Ministerpräsident. Vor genau

zehn Jahren gab es laut einer Kleinen Anfrage von Frau Heinold, damals noch einfache Abgeordnete, insgesamt 4.936 Obdachlose in Schleswig-Holstein. Ich verweise auf die Drucksache des Landtags 16/2283. Heute sind es nach Schätzungen der Diakonie circa 10.000 Obdachlose - eine Verdoppelung der Obdachlosigkeit in unserem Land.

Die Zahl der völlig überschuldeten Haushalte in Schleswig-Holstein steigt und steigt. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Creditreform geht im Schuldneratlas Deutschland für das Jahr 2016 von sage und schreibe insgesamt 260.000 überschuldeten Personen in Schleswig-Holstein aus - ein Plus von 7.000 Personen im Vergleich zum Jahr 2015.

Für fast 40.000 Schleswig-Holsteiner reicht die reguläre Rente nicht zum Leben. Seit 2003 hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Das konnten Sie vor drei Tagen in der Presse lesen.

Herr Ministerpräsident, wir schreiben Ihnen die großen und wichtigen Themen auch gern in Ihr Pflichtenheft Ihrer „Denk-Werft Zukunftslabor“. Diese Themen sind nämlich der echte maximale Sprengstoff für das soziale Miteinander in unserem Land. Wie gesagt, statt Aufbruchsstimmung Sommerstille und Selbstbeschäftigung.

Der Hauptgrund liegt vermutlich darin, dass die vorherrschende Farbe des Koalitionsvertrags grün ist. Hier muss man den Grünen tatsächlich nachträglich gratulieren, dass sich die CDU und die FDP fast ohne Gegenwehr in so ein enges grünes Korsett haben schnüren lassen.

(Zurufe FDP)

Aus der ersten Reihe konnte ich gut beobachten, wie sich Ihre grünen Koalitionäre in den ersten 100 Tagen verhalten haben. Vielleicht ist es Ihnen auch aufgefallen, Herr Ministerpräsident, dass die grünen Dieselvebotskleriker, anscheinend noch nicht so richtig mit Schwarz-Gelb synchron schwimmen können. Da wird laut geklatscht, wenn der vermeintliche Oppositionsführer, Herr Dr. Stegner, redet und manchmal auch nicht geklatscht, wenn der Wirtschaftsminister, Herr Dr. Buchholz, spricht.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt! Zu Recht!)

Da fragt man sich schon, ob das nur kleine Risse sind oder vielleicht doch mit viel grünem Pappmaché überdekorierter parteipolitische Gräben, die sich da auftun. Keine Frage, Sie können klatschen, wann immer Sie wollen, und dies sein lassen, wenn Ihnen nicht danach ist.

(Jörg Nobis)

(Zurufe CDU und FDP)

Aber in den ersten Tagen Ihrer noch jungen Zweckehe überraschen mich diese demonstrativen Unstimmigkeiten doch ein wenig.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, schauen Sie mal auf die Uhr! Es ist 12 Uhr. Es hat 12 Uhr geschlagen, der Kindergarten ist aus!

(Zuruf Tobias Koch [CDU]: Ach, da ist Mittagspause bei Ihnen!)

Das seltsame Verhalten Ihres grünen Koalitionspartners lässt uns ahnen: Anscheinend ist den Kollegen Abgeordneten der dunkelgrüne Koalitionsvertrag jamaikanischer Provenienz noch immer nicht grün genug. Die inneren Konflikte in der Karibikkoalition sind jedenfalls nicht zu übersehen und brechen sich mitunter auch in den Medien Bahn, wie der Eklat um den Mindestlohn gezeigt hat.

Im Rahmen der medialen Verwertung Ihres Minijubiläums haben Sie darauf verwiesen, wie anstrengend Ihr Wahlkampf gewesen sei. Im Anschluss an Wahlkampfreden seien Sie noch am Veranstaltungsort geblieben und hätten mit Bürgern gesprochen. Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Ministerpräsident, aber ich kann die Innovation, das Besondere hier nicht erkennen. Das sind doch Selbstverständlichkeiten, vielleicht sogar ein Teil Ihrer Partei, vielleicht auch nicht. Das Zelebrieren einer Selbstverständlichkeit ist bezeichnend für das bisherige Bild Ihrer Regierung. In erster Linie geht es Ihnen um den schönen Schein.

Wir haben dennoch versucht, hinter dem PR-Wirbel Ihre Arbeit zu erkennen. Dabei wollen wir gar nicht so vermessen sein, Sie an unseren Wunschvorstellungen zu messen, sondern vorwiegend ganz einfach an Ihren eigenen Ankündigungen, Ihrem 100-Tage-Arbeitspaket. Diese Vorgehensweise erweist sich als komplizierter, als man eigentlich annehmen sollte. In vielen Punkten kündigten Sie von vornherein nur Überprüfungen an, Beauftragung von Konzepten, Festlegung von Zwischenzielen und Meilensteinen. Naturgemäß sind viele dieser Punkte kaum überprüfbar. Sie betreffen vorerst interne Abläufe in den Ministerien und befinden sich in einem Stadium, mit dem sich die Ausschüsse noch nicht befassen. Das ist für den Beginn einer Regierung noch nicht einmal besonders ungewöhnlich. Ungewöhnlich und übertrieben ist der wortreiche Eifer, mit dem Sie diese vorsichtige Arbeitsaufnahme untermalen - wohlfeile Worte, einmal mehr

wenig Greifbares. In einem Arbeitszeugnis stünde: Er hat sich stets bemüht.

Herr Ministerpräsident Günther, Ihr PR-Aktionismus geht an den großen Problemen dieses Landes leider vorbei.

Beispielhaft wird dieses Vorgehen im Punkt „Infrastruktur“. Sie wollten Gespräche mit den Fachhochschulen für mehr Bauingenieure führen. Mit den Fachhochschulen haben Sie vielleicht schon ein erstes Gespräch geführt, und schon wird dieser Punkt als Erfolg verbucht. Nur, mehr Bauingenieure haben Sie dadurch noch lange nicht, noch nicht einmal ein Konzept dazu in Auftrag gegeben, wie Sie es sonst doch so gerne tun. Hier wäre es wichtiger, die Weichen für die Zukunft zu stellen, damit gerade in Berufsfeldern, in denen die Arbeitnehmer angesichts der derzeitigen guten Wirtschaftslage ihre Arbeitgeber aussuchen können, das Land Schleswig-Holstein als attraktiver Arbeitgeber auftreten kann. Aktuell ist der Arbeitgeber Land Schleswig-Holstein nämlich nicht so konkurrenzfähig, wie es wünschenswert wäre.

Sie wollten eine Planungsbeschleunigung im Straßenbau erreichen. Aber nur durch Gespräche mit Fachhochschulen hat man noch nicht mehr Bauingenieure auf dem Arbeitsmarkt und noch lange nicht im Landesbetrieb Verkehr. Um den LBV wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, sind auch alternative Konzepte notwendig. Hier muss man auch an vermeintlich unkonventionelle Lösungen denken, möchte man Ingenieure und Planer für das Land gewinnen. Ihre Gespräche mit den Fachhochschulen sind ehrenwert und schaden natürlich nicht, aber angesichts der zu erwartenden Dauer, bis tatsächlich mehr Bauingenieure den Weg zum LBV finden, wirkt die Aufnahme dieses Punkts in den 100-Tage-Plan reichlich aktionistisch.

Nun wissen wir, dass Sie auch an einem Konzept zur Gewinnung von Nachwuchskräften in diesem Bereich arbeiten. Vorgestellt wurde dieses Konzept jedoch noch nicht, sodass eine Bewertung dieses Vorhabens überhaupt nicht möglich ist.

Ein Lob sei an dieser Stelle aber auch einmal gebracht. Der jetzt vereinbarte sechsspurige Neubau der Rader Hochbrücke ist eine gute Nachricht für unser Land. Dafür, Herr Wirtschaftsminister, gebührt Ihnen unser Dank. An dieser Stelle sind Sie wirklich eine Koalition der Brückenbauer.

Einige Kilometer weiter südlich sieht es beim Dauerbrenner A 20 hingegen schon ganz anders aus. Da haben Sie, Herr Ministerpräsident Günther, den Wähler getäuscht, als Sie ihm versprochen haben,

(Jörg Nobis)

bis zum Ende der Legislatur die A 20 bis zur Elbe weiterzubauen. Schon nach wenigen Tagen an der Regierung war klar, dass dieser Zeitplan nicht zu halten ist. Sogar der Weiterbau lediglich bis zur A 7 in dieser Legislaturperiode steht in den Sternen. So schnell wurde kaum jemals ein Wahlversprechen gebrochen. Und: Der Bruch dieses Wahlversprechens war für jeden vorhersehbar, der die Entwicklung der A 20 in den vergangenen rund zwei Jahrzehnten verfolgt hat. Entweder haben Sie dies nicht getan - was ich nicht glaube -, oder Sie haben die Wähler bewusst getäuscht.

Wir stehen klar für einen zügigen Weiterbau der A 20 und werden den weiteren Prozess jederzeit konstruktiv begleiten. Dieses für Schleswig-Holstein so wichtige Infrastrukturprojekt darf nicht an vermeintlich tief fliegenden Fledermäusen und Zwergschwänen scheitern. Wir verbinden dies klar mit der Hoffnung, dass Ihr grüner Koalitionspartner Ihnen da nicht schon wieder ein Klotz am Bein ist.

Auch bei den anderen Vorhaben aus Ihrem Aktionspaket warten wir noch auf greifbare Ergebnisse. Wo ist der Fahrplan mit den angekündigten Zwischenzielen und Meilensteinen zur Beschleunigung des nahezu flächendeckenden Glasfaserausbaus bis zum Jahr 2025? Was macht das vermeintliche Digitalisierungskabinett? Sie wollen als erstes Projekt einen Messengerdienst für öffentliche Verwaltungen bereitstellen, also eine Art WhatsApp-Gruppe für den Landesdienst. Da bleibt uns doch nur die Hoffnung, dass dieses digitale Spitzenprojekt nicht auch zu einem Rohrkrepiierer wird wie beispielsweise KoPers. Wieder einmal nur PR und schöner Schein, aber tatsächlich wenig angeschoben und nichts erreicht.

An anderer Stelle versuchen Sie dieser Tage Fakten zu schaffen. Durch die Novellierung des Gesetzes über das Sondervermögen IMPULS 2030 erlauben Sie den Grünen, Ihre Ausgabewünsche ungefiltert in ein Gesetz zu schreiben. Denn wer denkt bei Infrastrukturmaßnahmen für unser Land schon an die Sanierung von Frauenhäusern oder invasiven Naturschutz? Einmal schnell hinein in das Gesetz, dann noch schnell die Obergrenze herausstreichen, und schon ist das Haushaltsrecht des Parlaments im Detail dahin. Eine feine Ermächtigung haben Sie sich da ausgedacht. Das wird ein astreiner grüner Blankoscheck.

Um im karibischen Bild zu bleiben: Sie sind im Bermudadreieck der Koalitionsverhandlungen untergegangen. Wir werfen Ihnen an dieser Stelle also nicht vor, Ihre Ankündigungen aus Ihrem 100-Tage-Aktionspaket nicht umzusetzen, nein, an dieser

Stelle ist die Kritik fundamental und in der Sache begründet.

An anderen Orten hätten Sie bereits Gelegenheit gehabt, etwas umzusetzen. Um genau zu sein: Eine Seite später sprechen Sie sich in Ihrem Arbeitspaket für eine Allianz für den Gewässerschutz aus. Wir wollten Ihnen dabei sogar behilflich sein. Angesichts unseres von Ihnen abgelehnten Antrags zur Verringerung der Nitratbelastung ist das nichts anderes als ein reines Lippenbekenntnis. Ich stelle fest: Sobald es politisch konkret wird, ducken Sie sich mit fadenscheinigen Argumenten weg. Gewässerschutz ist zwar wichtig für die Umwelt, lässt sich aber auch etwas später angehen, ohne dass in der Zwischenzeit eine allzu signifikante Verschlechterung zu erwarten ist.

Das sieht bei der inneren Sicherheit im Land leider völlig anders aus. Wir leben in einer Zeit, die von islamisch motivierten Gewalttätern geprägt ist. Terrorismus ist schon längst kein Problem mehr, das uns hier nichts angeht. Bei den Anschlägen auf das World-Trade-Center in den Jahren 1993 und 2001 schien die Gefahr noch weit weg, wenngleich die Hamburger Al-Qaida-Zelle maßgeblich an der Planung und Ausführung der Anschläge vom 11. September beteiligt war. Mittlerweile sind die Einschläge jedoch deutlich näher gekommen.

Lkw-Terror in Berlin, Messerangriffe in Hamburg und in anderen deutschen Städten und auch die nordafrikanischen Sexmobs in Köln und vielen anderen Orten in der Silvesternacht 2015/2016 zeigen vor allem eines: Die Gefahr ist hier bei uns angekommen. Sie wurde von einer verantwortungslosen Bundeskanzlerin und ihrer Regierung ohne Beteiligung des Parlaments zusammen mit über einer Million illegaler Migranten ins Land geholt. Sie, Herr Günther, tragen als maßgeblicher Spitzenfunktionär der CDU mit dazu bei, dass der fortgesetzte und mittlerweile institutionalisierte Rechtsbruch in diesem Land die Norm bleibt. Ob GroKo, Jamaika im Bund oder hier im Land: Bei dieser elementaren Frage gibt es zwischen den beteiligten Parteien im Kern keinen nennenswerten Unterschied.

Sie sind daher mitverantwortlich für die wachsende Terrorgefahr in Schleswig-Holstein. Wir haben islamistische Gefährder im Land, aber keine Abschiebehaftplätze. Die drei im Jahr 2016 in Ahrensburg, Großhansdorf und Reinfeld wegen Terrorverdachts festgenommenen Syrier sowie der im vergangenen Monat in Büchen festgenommene mutmaßliche IS-Kämpfer zeigen: Das Problem ist längst auch bei uns im Norden angekommen. Wir haben Gefährder im Land, aber keine Abschiebe-

(Jörg Nobis)

haftplätze wie im Wahlkampf von Ihnen selbst noch verlangt.

Im Wahlkampf gepredigt, und bislang ist nichts passiert. Sie hätten hier sehr leicht erstmals Maßnahmen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit ergreifen können. Und ein weiteres Mal wollten wir Ihnen behilflich sein. Mit unserem Antrag zur Schaffung von Abschiebehaftplätzen hätte ein wichtiger erster Schritt zu einer Reduzierung der Problemlage im Land angegangen werden können. Wieder wurde er von Ihnen abgelehnt.

Ihr inflationäres Verwenden des Begriffs „Heimat“ in Ihrer Rede ist daher wenig glaubwürdig. Immer wenn es beim Schutz der Heimat konkret wird, spielt die Heimat für Sie keine Rolle.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil ihr einen anderen Heimatbegriff habt!)

Dass Ihnen bei anderen wichtigen Themen im Land, zum Beispiel bei der Betreuung von Kleinkindern, nicht viel mehr einfällt, als das Landeswaldgesetz zu ändern, damit mehr Waldkindergärten entstehen können, ist schon fast eine groteske Nebenerscheinung. Den 100-Tage-Plan haben Sie in diesem Punkt noch nicht umgesetzt. Das ist allerdings auch nicht weiter tragisch. Tragisch ist hingegen, Herr Ministerpräsident, dass Sie als Mitglied einer ehemals konservativen Partei offensichtlich ausschließlich die Kinderbetreuung durch den Staat als relevant ansehen. Schaffen Sie doch lieber die Rahmenbedingungen dafür, dass Eltern frei von äußeren Zwängen selber entscheiden können, ob sie ihr Kleinkind in eine Kita geben oder lieber selbst betreuen wollen!

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür braucht man Kita-Plätze!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich verstehe die Misere, in der Sie sich befinden. Selbst für einen trainierten Läufer wie Sie, Herr Ministerpräsident, ist es sicherlich schwierig, einen 100-Meter-Lauf mit einem grünen Klotz am Bein zu gewinnen. Und anders als bei der Olympiateilnahme des jamaikanischen Viererbobs bei den Spielen in Calgary im Jahr 1988 kann der Anspruch an eine schleswig-holsteinische Landesregierung nicht heißen: Dabei sein ist alles!

Sehr geehrte Jamaikaner: Eine Koalition der Möglichmacher wollten Sie sein. Nach 100 Tagen stelle ich fest: Sie sind eine Koalition des kleinsten gemeinsamen grünen Nenners. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer ist eigentlich Oppositionsführer?)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort der Vorsitzende, der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wäre man gehässig, dann würde man sicherlich sagen: Außer Ankündigungen hat die Landesregierung bisher noch nichts Gravierendes auf die Beine stellen können.

(Zurufe)

Aber wie Sie wissen, kann ich gar nicht gehässig sein. Nach der Wahl gab es Koalitionsverhandlungen - da waren Sie noch gar nicht an der Regierung -, danach sechs Wochen Sommerferien. Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien lege ich besonderen Wert darauf. Das limitierende Element in der Ausarbeitung von politischen Initiativen liegt eher in der Mitarbeiterschaft, wenn die in Urlaub sind, und ich gönne den Menschen ihren Urlaub. Danach vier Wochen Bundestagswahlkampf. Ich weiß selbst, wie das ist, insbesondere dann, wenn man Spitzenkandidat ist oder zum Spitzenpool einer Partei gehört. Dann ist man fleißig unterwegs. Auch das ist limitierend.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Wen hast du gewählt?)

- Ihr zwei habt alles gegeben, das muss man euch lassen. - Jetzt schließen sich Verhandlungen auf Bundesebene an. Dass schleswig-holsteinische Politik versucht, da Einfluss zu nehmen, ist klar. Fürs Regieren bleibt da also kaum Zeit. Das muss man ehrlicherweise sagen. Ich werde gleich auf Inhalte eingehen und darauf, was von dem, was gemacht wurde, gut oder nicht so gut war. Dass noch nicht alles umgesetzt werden kann, ist klar.

Ich glaube aber auch, dass das gar nicht immer notwendig war, denn manchmal hat ja die Küstenkoalition auch gut vorgearbeitet, und man konnte sich mit dem zufriedengeben, was an Früchten dieser Vorarbeit einzufahren war.

So geschehen zum Beispiel bei der Rader Hochbrücke. Es freut uns alle in diesem Parlament - so hoffe ich jedenfalls -, dass der sechsstreifige Ausbau jetzt doch noch möglich geworden ist. Der damalige Wirtschaftsminister Meyer hat richtig gehandelt, als er das angeleiert hat, und unser heutiger

(Lars Harms)

Wirtschaftsminister kann sich freuen, dass es jetzt klappt. Das sage ich so wertfrei wie möglich, da ich glaube, dass sich die meisten hier freuen, dass wir nun doch eine vernünftige Lösung für die Rader Hochbrücke bekommen, und das ist das eigentlich Wichtige.

(Beifall SSW)

Meine Damen und Herren, allerdings ist es notwendig, dass es nun weitergeht. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass wir einen weiteren Ausbau der A 7 nach Norden brauchen - eine alte SSW-Forderung. Ja, wir brauchen einen sechsstreifigen Ausbau, weil nicht nur der Verkehr von Süden zunimmt, sondern sich auch der Verkehr von Norden her verstärken wird. In Zukunft wird eine zweite Autobahn auf dänischer Seite von Norden nach Süden gebaut und bei Hadersleben an die E 45, unsere A 7, herangeführt werden. Der Schwerlastverkehr wird dadurch noch zunehmen. Denn die Hauptproduktionsstätten in Dänemark liegen auf der Halbinsel Jütland und nicht rund um Kopenhagen. Wir werden hier eine große Last tragen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch auf unserer Seite zu einem Ausbau der A 7 kommen.

Der dänische Verkehrsminister hat schon vorgefühlt, ob es EU-Mittel für einen Ausbau geben kann. Wie wir auf unserer Reise nach Kopenhagen hören konnten, besteht die Möglichkeit, dass es EU-Mittel geben kann. Deshalb müssen wir jetzt zügig gemeinsame Planungen für diesen Ausbau machen. Es ist wichtig, dass wir unsere planerischen Hausaufgaben machen. Wir müssen diesen Ausbau schon jetzt für den Bundesverkehrswegeplan als überaus dringende Maßnahme anmelden. Noch steht ja gar nichts im Bundesverkehrswegeplan drin. Hier muss in den nächsten 100 Tagen etwas passieren.

Doch zurück zu den vergangenen 100 Tagen. Nach der Wahl ist ja oft alles anders als vorher, und so ist es auch hier. Vor der Wahl hieß es, die A 20 werde umgehend gebaut und sei in fünf Jahren fertig, wenn die CDU regiere. Nach der Wahl wird dieses Versprechen sofort wieder einkassiert. Mir kann keiner erzählen, dass dies völlig überraschend war. Wir alle wussten, dass dies nicht möglich war. Alle - bis auf einen - haben dies im Wahlkampf auch wahrheitsgemäß gesagt.

Die Leute erwarten jetzt, nachdem das Versprechen gegeben wurde, dass hier endlich etwas passiert. Wir brauchen ein neues Planungsrecht, und der SSW hat hier einen entsprechenden Antrag eingebracht. Sie vonseiten der Regierung müssen jetzt

handeln und endlich in die Gänge kommen, damit wir in Zukunft ein schlankes Planungsrecht bekommen. Geschehen ist hier bisher nichts. Wir müssen da ran. Das Planungsrecht muss auf Bundesebene geändert werden und in der Nachfolge auch auf Landesebene, damit wir zu schnelleren Planungen kommen können. Sonst kriegen wir tatsächlich das Problem, das die Finanzministerin schon genannt hat, dass wir unsere Mittel gar nicht verbauen können, weil wir nicht in die Puschen kommen können.

Meine Damen und Herren, in der Wirtschaftspolitik ist noch nicht allzu viel geschehen. Wir wissen jetzt, dass der Wirtschaftsminister Mindestlöhne nicht immer schön findet und dass in Mittelstandsbeiräten die Beschäftigten, sprich die Gewerkschaften, nicht mitreden sollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hat nur gesagt, nicht zu viel!)

- Lieber Kollege Kubicki, das wussten wir schon vorher; das ist nichts Neues.

Was wirklich spannend ist, ist, wie die angeblich notwendige Verschlinkung des Vergaberechts aussehen soll. Der Vergabemindestlohn soll ja bleiben - das wissen wir -, und auch die Tariftreue soll laut Koalitionsvertrag nicht angetastet werden. Dann bleiben noch zwei Spielwiesen, auf denen sich der Wirtschaftsminister austoben kann: Umweltstandards und Sozialstandards; auch die stehen im Vergaberecht. Beides war in der Vergangenheit auch gerade für die Grünen wichtig, und hier wird es nun Abstriche geben.

Für uns kann ich sagen, dass Umweltstandards bei einer Vergabe ihre Berechtigung haben und auch Sozialstandards bei Vergaben und Beschaffungen eine Selbstverständlichkeit sein müssen. Eine saubere Umwelt und Behandlung der Beschäftigten sind keine überbordende Bürokratie, sondern immer noch eine dringende Notwendigkeit.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Auch in Sachen Bildung wissen die Menschen längst nicht immer, woran sie mit dieser Regierung sind. Sicher, mit der Rolle rückwärts zum flächendeckenden G 9 folgt man dem vermeintlichen Mehrheitswillen in der Bevölkerung. Diese Abkehr vom Abitur nach 12 Jahren, das die CDU 2007 ja selbst mit eingeführt hat, mag heute populär sein, Kontinuität und Verlässlichkeit sehen allerdings völlig anders aus.

Ganz ohne Frage lässt sich gerade in der Bildungspolitik viel bewegen, und hier werden wichtige Grundlagen für unsere Zukunft gelegt. Gleichzeitig

(Lars Harms)

muss man sich aber dringend bewusst machen, dass unsere Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern sehr direkt von den Vorgaben der Politik betroffen sind. Hier sind Augenmaß und verantwortungsbewusstes Handeln gefragt.

Es ist gar nicht lange her, da haben wir den allerersten G-8-Abiturienten zum Abschluss gratulieren können. Wirklich umfangreiche Erfahrungen mit G 8 haben wir in Schleswig-Holstein nicht, und evaluiert ist das Ganze auch noch nicht. Dazu haben unsere Gymnasien diesen strukturellen Wandel mittlerweile bewältigt und sich zunehmend gut darauf eingestellt - so zumindest die Rückmeldung aus den Gymnasien.

Wenn nun in einem schein-demokratischen Eilverfahren gravierende strukturelle Änderungen durchgedrückt werden - und das ist eine gravierende Änderung -, geht das natürlich nicht spurlos an den Betroffenen vorbei. Sprechen Sie einmal mit den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort! Dann werden Sie schnell merken, dass die Verunsicherung schon heute enorm ist.

Mit der aktuellen schulgesetzlichen Änderung ist Fakt, dass Gymnasien nur dann G 8 oder das Y-Modell behalten können, wenn sie sofort die entsprechenden Schritte für eine außerplanmäßige Schulkonferenz einleiten. Die Frist bis zum 23. Februar 2018 ist aus meiner Sicht ausgesprochen sportlich. Noch dazu muss sich hier eine Dreiviertelmehrheit für den Erhalt der bisherigen Struktur aussprechen. Und im Zweifel setzt sich dann auch noch die Bildungsministerin einfach über dieses Votum hinweg. So steht es im Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes. Das ist zusammengekommen keine Beteiligung, sondern reine Scheindemokratie.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, es wäre naiv zu behaupten, dass man bei allen bildungspolitischen Entscheidungen alle einbeziehen und mitnehmen kann. Das glaubt auch keiner. Aber man kann es zumindest versuchen. Bei einer so gravierenden strukturellen Änderung wie der flächendeckenden Rückkehr zu G 9 halte ich Beteiligung für zwingend notwendig: Schüler, Eltern, Lehrer, Kommunen, alle, die daran beteiligt sind. Selbst der ÖPNV ist davon abhängig, und niemand ist bei dieser Gesetzesinitiative im Vorwege beteiligt worden. Das ist der falsche Weg.

Nicht zuletzt haben wir hier auch erhebliche Kostenfragen - das habe ich gerade angesprochen -, und wir haben auch Fragen der Konnexität, die für die

Kommunen eine Rolle spielen. Nur zur Erinnerung: Die Rückkehr zu G 9 löst nachweislich nicht nur einen Mehrbedarf an Lehrkräften aus, sondern auch an Räumlichkeiten. Das ist eine zusätzliche Aufgabe, die die Kommunen da leisten müssen, und das kostet Geld. Und all das vor dem Hintergrund von mittelfristig steigenden Schülerzahlen. Wir haben ja noch mehr, die sie betreuen müssen. Hier erwarten die Kommunen völlig zu Recht konkrete Antworten. Doch diese Antworten bleibt Jamaika bisher weitgehend schuldig.

Man sollte bei all dem natürlich auch nicht so tun, als stünden für den Bereich Bildung plötzlich deutlich mehr Mittel bereit. Wir konnten das bei den Haushaltsvoranschlägen schon sehen. Die Rückkehr zum flächendeckenden G 9 betrifft aber - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - nicht einmal 20 % der Schülerinnen und Schüler. Die anderen gehen auf andere Schulformen. Die Ressourcen, die man hier in ganz erheblichem Maß für die Gymnasien bindet, fehlen damit logischerweise erst einmal an den anderen Schulen. Da können Sie noch so oft betonen, dass man die Schulformen nicht gegeneinander ausspielen wolle. In dem Moment tut man es, es sei denn, man haut da richtig Kohle rein. Das erwarten wir dann auch.

(Beifall SSW und SPD)

Wenn das nicht passiert, müssen am Ende des Tages rund 80 % der Schülerinnen und Schüler enger zusammenrücken, damit die anderen 20 % mehr vom Kuchen bekommen. Wenn man bedenkt, dass die führenden Bildungsforscher weder in der Qualität der Abschlüsse noch in der Belastung der Schülerinnen und Schüler nennenswerte Unterschiede zwischen G 8 und G 9 feststellen können, ist diese Entscheidung ökonomisch mehr als fragwürdig - zumindest wenn man vorher nicht einmal mit allen darüber geredet hat.

(Beifall SSW und SPD)

Auch wenn Jamaika ganz offensichtlich nicht immer das direkte Gespräch mit den Betroffenen sucht, sind viele Menschen aufgrund mancher Formulierung im Koalitionsvertrag oder in einer Zeitungsmeldung verunsichert. Nicht nur bei der Frage G 8 oder G 9, sondern auch im Grundschulbereich, beim Thema Inklusion oder in der beruflichen Bildung plant diese Koalition mitunter sehr umfassende Änderungen. Zugegebenermaßen ist dies auch der politische Anspruch; es soll so sein. Bis heute kennt aber kaum jemand die konkreten Details. Vermutlich sind in fast allen Schularten erhebliche Auswirkungen auf den Schulalltag zu erwarten.

(Lars Harms)

Deshalb haben auch fast alle Lehrkräfte und viele Eltern, mit denen ich spreche, einen Haufen Fragen, auf die sie aber keine Antwort kriegen, zum Beispiel nach der zukünftigen Ausstattung mit Personal und Sachmitteln. Wie findet die Digitalisierung statt? Es gibt auch Fragen zur inhaltlichen Ausgestaltung des Unterrichts, die sich zumindest für die Gymnasien wieder ändern wird.

Das gilt genauso für den angekündigten zusätzlichen Unterricht im Grundschulbereich. Dort soll mehr Unterricht stattfinden. Was findet da statt? Wie findet es statt? - Das sind alles Fragen, die sich die Eltern, die Schüler - die Schüler im Grundschulbereich vielleicht noch nicht - und die Schulträger stellen. Diese Fragen müssen beantwortet werden, denn die Leute brauchen gerade im Bildungsreich ein Mindestmaß an Sicherheit und Orientierung

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Sicherheit und Orientierung: Da ist man schnell bei der Polizei. Ich glaube, man kann bei uns im Norden Schleswig-Holsteins nur von Glück reden, dass wir unsere Reformen bei der Polizei schon abgeschlossen haben. Sie erinnern sich vielleicht noch: Als man Konzepte damals noch gemeinsam erarbeitete und umsetzte, hatte man beschlossen, die Polizeiarbeit neu aufzustellen und die Dienststellenstruktur auf den Prüfstand zu stellen. Diese Idee zog sich im Übrigen durch verschiedene Regierungen verschiedener Couleur. Da scheint etwas Wahres dran gewesen zu sein.

Die Polizeidirektionen haben dann für ihren jeweiligen Bereich eine Struktur erarbeitet und Stück für Stück eigenständig und eigenverantwortlich umgesetzt. Da sind dann in der Tat Polizeidienststellen im ländlichen Bereich weggefallen. Ich muss sagen, dass wir im Norden diese Struktur glücklicherweise schon umgesetzt haben, sodass die Polizei nun präsenter sein kann als zu Zeiten, in denen noch Mini-Dienststellen mit begrenzten Öffnungszeiten aufrechterhalten wurden. Andere Regionen waren da anscheinend leider langsamer und müssen nun kleine Dienststellen erhalten. Das mag zu einem unbestimmten Wohlgefühl in mancher Gemeinde führen; zu mehr Sicherheit führt dies nach 100 Tagen Jamaika allerdings nicht.

(Beifall Birte Pauls [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Auch in der Umweltpolitik hat es bisher noch keine großen Initiativen gegeben. Wenn man eine weitere Verbesserung des Naturschutzgesetzes und des Waldgesetzes im Koalitionsvertrag allerdings schon

im Vorwege ausschließt, sehen wir fünf Jahren Stillstand in der Naturschutzpolitik entgegen. Ich sage ganz deutlich, dass dies trotz mancher Unterschiede im Detail niemals der Ansatz der vergangenen Koalition war. Wir wollten diesen Bereich immer gemeinsam weiterentwickeln.

(Beifall SSW und SPD)

Anstatt mit dem gesamten Kabinett bei Dunkelheit durch die Geltinger Birk zu irren,

(Heiterkeit SPD)

hätte man sich lieber bei Tageslicht um den Erhalt des „Preesterholt“ in Steinbergkirche kümmern sollen.

(Beifall SSW und SPD)

Zumindest kann man erwarten, dass rechtliche Regelungen geschaffen werden, die es in Zukunft erschweren, dass solche Abholzungen wie dort stattfinden können. Dazu ist das Waldgesetz zu ändern. Da der Minister derselbe wie in der letzten Wahlperiode ist, erwarten wir umso mehr, dass hier Kontinuität herrscht und das Waldgesetz entsprechend geändert wird. So ein Unfug darf nicht mehr sein, dass ein altes Wäldchen abgeholzt wird, damit dort jemand Landwirtschaft betreiben oder die eine oder andere Windmühle aufstellen kann. Das kann es nicht sein, da muss man handeln.

(Beifall SSW und SPD)

Dieses Thema hat ja, wie ich gerade eben schon sagte, mittelbar etwas mit der Windenergieplanung zu tun. Hier ist bisher nichts geschehen - und das ist gut so, weil die Ankündigungen von CDU und FDP im Wahlkampf das Schlimmste vermuten ließen. Ich deute die Ruhe in diesem Bereich so, dass man hier jetzt überlegt, wie man den Bürgerinnen und Bürgern draußen vermittelt, dass man das, was man seinerzeit vollmundig versprochen hat, nun doch nicht halten wird. Wollte man das Versprechen der wesentlich größeren Abstände halten, träfe dies eine hier erfolgreiche Branche bis ins Mark. Die Windkraftplanung müsste völlig neu aufgesetzt werden, und der Ausbau und auch das Repowering von Windenergie kämen völlig zum Erliegen. Arbeitsplätze würden massiv abgebaut werden - und das alles nur wegen unsinniger Wahlversprechen von CDU und FDP. Ich hoffe wirklich, dass es nicht so kommt.

Es wirkt schon ein bisschen wie verkehrte Welt: Ständig ändern sich die Positionen der Regierungsparteien. Erst ist die CDU für G 8, dann wieder für G 9. Grüne wollen erst Umweltstandards bei Ver-

(Lars Harms)

gaben, dann kann das doch alles wieder weg. Nur die FDP bleibt sich treu, das muss man wirklich sagen: Vernünftige Löhne sind Käse, und dabei bleibt es. - Das ist wirklich das einzig Verlässliche an dieser Koalition.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben aber trotz all der Gegensätze, die sich mit der Koalition ergeben, gesagt, dass wir eine konstruktive Oppositionsarbeit leisten wollen. Wir betreiben hier keine Kritik nur um der Kritik wegen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe)

Deshalb wiegen unsere Anmerkungen umso schwerer. Man weiß eben: Sie kommen nicht nur wegen der Kritik, sondern weil wir uns tatsächlich darüber Gedanken gemacht haben.

Ich sage auch ganz ehrlich: Es gab den einen oder anderen Lichtblick in der 100-Tage-Bilanz. Ich finde, so ehrlich muss man sein. Da ist zunächst natürlich das Bekenntnis zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark. Ich war selbst beim ersten Besuch des Ministerpräsidenten in Dänemark dabei. Auch die dänische Seite sieht, dass der schleswig-holsteinischen Regierung ehrlich daran gelegen ist, die schon gute Zusammenarbeit fortzuführen. Das ist beileibe kein Selbstgänger. Die Regierung Carstensen war seinerzeit für den absoluten Tiefpunkt in den deutsch-dänischen Beziehungen verantwortlich.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist wahr! Das ist sehr wahr!)

Das hat man in Dänemark nicht vergessen. Deswegen waren unsere dänischen Gesprächspartner schon sehr gespannt, was auf sie zukommt.

Die letzte Regierung hat viel zur Normalisierung des Verhältnisses beigetragen. Die jetzige Regierung will dies fortführen; das begrüßen wir ausdrücklich. Wir wollen in diesem Feld auf keinen Fall Rückschritte, sondern wir sehen Dänemark als einen strategischen Partner, mit dem wir gemeinsam für die Interessen unserer gemeinsamen Region arbeiten können. Dazu zählt insbesondere auch die Fehmarnbelt-Querung, die für die dänische Seite von überragender Bedeutung ist. Nach unserer Auffassung muss das Land alles tun, um die Planungen schnellstmöglich voranzutreiben und dafür Sorge zu tragen, dass die Umsetzung der Querung so schadlos wie möglich für die betroffene Bevölkerung ist. Ich glaube, wenn man sich auf das Projekt einlässt, bestehen für uns an der einen oder an-

deren Stelle wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Bei aller Euphorie darf man aber nicht die nördliche Region unseres Landes vernachlässigen. Hier müssen wir wie beim Fehmarnbelt für eine vernünftige Verkehrsanbindung und eine gute wirtschaftliche Entwicklung auf beiden Seiten der Grenze arbeiten.

Wenn wir beim Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind, sind wir natürlich schnell bei der Minderheitenpolitik nördlich und südlich der Grenze. Wir begrüßen es, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, dass er die überaus erfolgreiche Minderheitenpolitik der Vorgängerkoalition weiterführen will. Ich sage ganz deutlich, dass dies ein hoher Anspruch ist, weil wir in den letzten fünf Jahren eine Vielzahl von Verbesserungen für die Minderheiten auf den Weg gebracht haben.

(Beifall SSW und SPD)

Nun ist in den ersten 100 Tagen im Minderheitenbereich noch nicht viel geschehen. Das mag daran liegen, dass es nicht ganz einfach ist, das habe ich schon geschildert. Ich möchte trotzdem die Gelegenheit nutzen und Projekte nennen, die bisher noch nicht vollständig abgeschlossen sind und die die Landesregierung entsprechend engagiert weiterführen kann.

Da ist zum einen die Umsetzung von weiteren Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Minderheitenorganisationen. Im Koalitionsvertrag ist hierzu auch schon etwas Positives gesagt worden. Die entsprechenden Vereinbarungen für das Nordfriesische Institut sind in Arbeit, was die Kontinuität der Arbeit dort positiv beeinflussen wird. Wir brauchen aber auch erstmals eine entsprechende Vereinbarung für die dänische Kulturarbeit. Auch der dänische SSF benötigt eine Ziel- und Leistungsvereinbarung, und auch dort muss es markante Steigerungen bei der finanziellen Unterstützung geben.

Ich glaube, auch mit dem Landesverband der Sinti und Roma sollten wir auf einer solchen Basis in Zukunft weiter gut zusammenarbeiten.

(Beifall SSW)

Zwei weitere, noch nicht beendete Projekte sind einerseits die zweisprachige wegweisende Beschilderung in Nordfriesland. Hier ist man derzeit über die Anfänge noch nicht hinausgekommen. Deshalb ist es notwendig, die im Friesisch-Gesetz vorgesehenen Maßnahmen mit Elan weiterzuverfolgen. Andererseits hat schon die alte Landesregierung Vor-

(Lars Harms)

arbeiten für die Gründung einer Stiftung für das friesische Volk in Gang gesetzt. Auch hier sollten wir zu Lösungen kommen, die eine Gründung der immerhin seit 1990 gewünschten Stiftung im Jahr 2018 ermöglicht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, dass Sie die Minderheitenpolitik wie bisher fortführen wollen. An den eben genannten Projekten werden die Minderheiten Sie messen, ehrlich messen. Schauen wir einmal, was im nächsten Jahr nach knapp 500 Tagen herausgekommen ist. Ich glaube, dann kann man Näheres sehen und auch bewerten, wie die Minderheitenpolitik läuft. Aber erst mal gibt es natürlich ein paar Vorschusslorbeeren von uns.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Neufassung des Glücksspielstaatsvertrags ist ein wichtiger Bereich, der von der Koalition umgehend angegangen wurde.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Wir als SSW haben dieses Ansinnen im gemeinsamen Antrag mit der Koalition in der letzten Landtagstagung gern mit angeschoben, weil wir glauben, dass es unverantwortlich wäre, wenn es weiterhin Bereiche des Glücksspiels gäbe, die völlig ohne Regulierung wären.

(Beifall Tobias Koch [CDU], Dennys Bornhöft [FDP] und Christopher Vogt [FDP] - Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Deswegen ist es richtig, dass wir einen Staatsvertrag brauchen, der einheitliche Richtlinien für das gesamte Online-Glücksspiel festschreibt und der sicherstellt, dass auch die Einnahmen aus diesem Glücksspiel in Suchtprävention, Spielerschutz, soziale Projekte und in den Kulturbereich fließen können.

Es ist gut, dass der Versuch gemacht wird, hier eine Lösung für alle Bundesländer zu finden. Dafür muss man auch ein wenig Druck machen. Dies geschieht nun dadurch, dass wir den vorliegenden Staatsvertrag nicht unterschreiben. Es muss uns allerdings auch klar sein - das sage ich hier wirklich auch rechtzeitig -, dass, sollte es nicht möglich sein, die Bundesländer für einen neuen Staatsvertrag zu einen, das kann ja passieren, die letzte Option ist, dass wir im Land Schleswig-Holstein wieder selbst gesetzgeberisch tätig werden müssen. Wie gesagt: Es kann nicht sein, dass wir hier unreguliertes Online-Glücksspiel haben. Es ist unsere politische Auf-

gabe, hier für Regeln zu sorgen. Ich glaube, das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zu dem letzten relativ konkreten Punkt, den die Landesregierung angestoßen hat, den Straßenausbaubeiträgen. Dass den Kommunen hier wieder die Möglichkeit gegeben wird, auf diese Ausbaubeiträge verzichten zu können, ist positiv zu sehen. Es gibt so ein Mehr an kommunaler Eigenverantwortlichkeit. Ich glaube, damit können die Kommunen auch ganz gut umgehen. Es ist wichtig gewesen, hier ein neues Recht zu schaffen.

(Vereinzelter Beifall FDP, Beifall Tobias Koch [CDU] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Kommen wir nun zu dem Wichtigsten einer heutigen Rede, das ist ja die Notengebung. Wir haben schon gehört, dass der Kollege Koch eine Zwei gibt, der Kollege Stegner gibt eine Sechs. Jeder hat es auf eine Art und Weise begründet. Ich habe auch ein bisschen den Hang dazu, Noten zu verteilen, klar. Ich hänge mich da ein bisschen an dem System entlang, das ich als Schüler selbst erdulden musste. Bei den Kindern ging es immer erst einmal um die Beteiligung am Unterricht. Bei Ihnen geht es dann eher um die Beteiligung am Regieren, und da würde ich sagen: Na ja, eine Vier. Es konnte noch nicht viel passieren, und es ist auch noch nicht viel passiert. Aber mal sehen, was da noch auf uns zukommt. Das Gleiche gilt natürlich für den Inhalt: Wenn man nicht viel tun konnte oder nicht viel getan hat, dann kann dabei auch nicht so fürchterlich viel Inhalt herauskommen. Ich glaube, das ist ziemlich klar. Aber der Ausdruck ist natürlich schon deutlich sichtbar. Da gibt es von mir eine Zwei. Der Wirtschaftsminister zeigt zumindest klare Kante, gerade auch gegenüber den Grünen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und die Finanzministerin spricht immer noch von einer halben Milliarde € plus in der Kasse, als ob morgen das Abendland zusammenbricht - und das, obwohl wir keine finanziellen Herausforderungen in Bezug auf die Flüchtlinge haben. Ich glaube, da ist ein bisschen Leben in der Bude, da kommt noch Freude auf, da haben wir bestimmt noch Spaß miteinander.

Aber das Allerwichtigste, worauf auch meine Eltern immer geschaut haben, ist das Betragen in der Schule. Also: Wie habt ihr euch als Regierung betragen? - Ich kann sagen: Artig wart ihr alle immer. Insofern ist das auch schon ein Wert an sich. Die

(Lars Harms)

Bilanz ist durchwachsen, aber da ist noch Luft nach oben. Wir sind gern bereit, mit euch zusammenzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beifall Tim Brockmann [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet.

Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, Tagesordnungspunkt 6 noch vor der Mittagspause zu behandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein - Verbot der Pferdesteuer

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/215

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Sehr geehrter Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht lange her, da wurde über die Pläne der Gemeinde Tangstedt zur Einführung einer Pferdesteuer ziemlich breit in unserem Land diskutiert. Die schleswig-holsteinischen Reiterinnen und Reiter leisteten heftigen Widerstand. Mit selbstgemalten Plakaten, Demonstrationen vor dem Tangstedter Rathaus, mit einer ausgiebigen Pressearbeit haben sie gezeigt: Wir wollen nicht zum Objekt der reinen Einnahmeerzielung gemacht werden. Es gab auch landesweit große Solidaritätsbekundungen mit dem Reitsport. Das machte deutlich, welche herausragende Bedeutung dieser Bereich für Schleswig-Holstein hat. Entsprechend sollte daher auch der Reitsport in unserem Lande nicht besteuert werden.

(Beifall CDU und Stephan Holowaty [FDP], Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wenn der Landesgesetzgeber die Kompetenz für die Erhebung der örtlichen Aufwandsteuern grundsätzlich den Kommunen überlässt, darf er Vorgaben für die Erhebung der Steuern durch Gesetze anordnen. Das widerspricht nicht der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie, wie es an mancher Stelle vorgetragen wurde. Zwar umfasst das in Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz gewährte Satzungsrecht auch das Recht zum Erlass von Steuersatzungen sowie das eigene Hebesatzrecht, allerdings gilt es dabei zu beachten, dass Artikel 105 Grundgesetz lediglich eine von den Ländern abgeleitete Kompetenz zum Erlass von kommunalen Steuersatzungen zulässt.

Gesamtgesellschaftliche und sozialpolitische Erwägungen können es daher erforderlich machen, bestimmte Bereiche von den Steuerfindungs- und -erhebungsrechten der Gemeinden auszuschließen und diese gegebenenfalls auch zu entziehen. Grundsätzlich gilt es, die verschiedenen Interessen, die für und gegen eine Steuererhebung stehen, sorgfältig gegeneinander abzuwägen. So spielen beispielsweise Belange des Gemeinwohls eine erhebliche Rolle. Auch ordnungspolitische sowie sozialpolitische Überlegungen sind im Einzelnen denkbar.

Im konkreten Fall spricht eine ganze Reihe von Faktoren gegen eine Steuererhebung: Themen wie die Erhaltung und Erweiterung des Reitsports allgemein, die Entwicklung von Konzepten für Reitwege und Anlagen zur Förderung des Tourismus, die Erhaltung der Gesundheit durch Reiten als Ausgleichssport und auch die Erholung in der Natur. Auch geht es darum, Landschafts- und Naturerlebnisse möglich zu machen. Ein ganz wichtiger Aspekt dabei ist die Förderung von Jugendarbeit in Reitvereinen und nicht zuletzt die Einkommenssituation der Landwirtschaft durch Pferdezucht in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Es ist daher gerechtfertigt, die Erhebung einer Pferdesteuer landesweit definitiv auszuschließen. Wenn ich die vielen Betriebe vor Augen habe, die im ländlichen Raum Urlaub auf dem Bauernhof anbieten, wo das Reiten eine besondere Attraktion für die Eltern und die Kinder ist, die ansonsten vielleicht kaum eine Möglichkeit haben, den spielerischen Umgang mit diesen Tieren zu erfahren, wenn ich an die Teenager denke, die mit großer Leidenschaft häufig in Reitbeteiligungen Pferde versorgen, um reiten zu können, und wenn ich vor allem an den erfolgreichen olympischen Reitsport denke - gerade auch in Schleswig-Holstein -, finde ich es in der

(Minister Hans-Joachim Grote)

Gesamtschau richtig, dass es unser erklärtes Regierungsziel ist, keine Pferdesteuer zu erheben.

Daher lege ich Ihnen heute einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vor, wonach die Erhebung der Pferdesteuer zukünftig landesweit ausgeschlossen werden soll. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Gesetzesentwurf. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war selber vor wenigen Monaten auf den Demonstrationen der Reiterinnen und Reiter in Tangstedt, als um die Pferdesteuer gerungen wurde. Nachdem gerade die liberalen Kommunalpolitiker vor Ort Alarm geschlagen hatten, entwickelte sich in kürzester Zeit im besten Sinne ein Protest der Bürger, der Reiterinnen, der Reiter, der örtlichen Reitunternehmen und der Pferdeställe. Ich konnte das gut verstehen. Es kann doch nicht sein, dass eine einzelne Gruppe quasi willkürlich herausgepickt und mit einer neuen Steuer belegt wird, um gemeindliche Finanzierungslücken zu schließen.

Das ist doch umso befremdlicher, als in Tangstedt mit der Pferdesteuer gerade der beliebteste Sport von Frauen und Mädchen besteuert werden sollte, während wir überall im Lande - übrigens durchaus zu Recht - Fußballplätze mit hohem Einsatz von Steuern zu Kunstrasenplätzen umbauen, um den Sport zu fördern. Ich kann sehr gut verstehen, dass gerade die Reiterinnen dies als extrem ungerecht empfunden haben. In der Gemeindevertretung Tangstedt - so wurde mir jedenfalls von den Reiterinnen immer gesagt - entschieden ältere Herren über den Freizeitsport von jungen Frauen und Mädchen.

(Zuruf - Heiterkeit SPD)

Meine Damen und Herren, Pferdesport ist heute Breitensport. Ein paar Reitstunden sind doch kein Luxusport, sondern die alltägliche Freizeitbeschäftigung von vielen tausend Menschen in Schleswig-Holstein. Über 90 % davon sind Frauen und Mädchen. Ich freue mich deshalb sehr, dass die Besteuerung mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf nun ein Ende hat und zumindest der Pferde-

sport nicht mehr besteuert werden kann. Das ist gerade auch das Verdienst der vielen Reiterinnen und Reiter und ihrer Vereinigungen in Tangstedt, die beharrlich gegen die Pferdesteuer und die damit verbundene Diskriminierung protestiert und demonstriert haben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir übrigens auch sehr sicher, dass die Gemeinde Tangstedt am Ende durchaus froh sein wird, ihren Ruf als Reiter- und als Pferdesportgemeinde gerettet zu bekommen und die vielen Reiterhöfe und -betriebe am Ort zu behalten. Auch das ist für Tangstedt ein Wirtschaftsfaktor und, ich denke, für viele andere Gemeinden mit viel Pferdesport ebenso.

Lassen Sie mich noch zwei Dinge anschließen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Ponyhof!)

- Sie mögen sich möglicherweise über den Ponyhof lustig machen, aber ich versichere Ihnen, dass es ganz, ganz viele Menschen in diesem Lande gibt, die einen Ponyhof als eine ganz wichtige, eine spannende, eine hochinteressante Freizeitgestaltung empfinden und die daraus einen großen Wert für sich und ihr Leben gewinnen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Ich verstehe die Sorgen vieler Gemeinden, die trotz Rekordeinnahmen feststellen, dass sie die Ausgaben für Kinderbetreuung und für Schulen zunehmend belasten, die große Probleme damit haben, ihre Kernaufgaben erfüllen zu können. Es ist unsere Aufgabe - gerade auch hier im Landtag -, den Gemeinden mehr Möglichkeiten zu verschaffen. Wir haben die große Aufgabe der Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes noch vor uns.

Wir müssen uns auch die Landesplanung genau ansehen. Viele Kommunen - übrigens auch Tangstedt - beschwerten sich, dass ihnen die Landesplanung zu wenig Möglichkeiten lässt, beispielsweise durch Gewerbeansiedlung Mehreinnahmen zu erwirtschaften. Lassen Sie uns den Gemeinden also die vorhandenen Möglichkeiten, die es ja gibt, besser aufzeigen. Aber geben wir auch den Gemeinden vor Ort mehr Chancen und mehr Möglichkeiten für eigene Entscheidungen.

Zweitens. Ich kann durchaus verstehen, wenn anhand der Debatte, die wir heute führen, Hundehalter fragen: Warum dürfen, wenn Pferde nicht mehr besteuert werden dürfen, Hunde weiter besteuert

(Stephan Holowaty)

werden? Warum keine Katzen? Warum keine Wellensittiche? Welches ist der Sachgrund?

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Es sind auch Tiere. Es gibt auch Hundesport. Auch Hunde erfüllen vielfach eine soziale Funktion. Argumente gibt es sicherlich einige, und doch gibt es einen wesentlichen Unterschied zur Pferdesteuer, meine Damen und Herren. Es wird eben nicht eine ganz bestimmte Gruppe, nämlich gerade Frauen und Mädchen, herausgepickt, die diese Steuern im Wesentlichen zu bezahlen hat.

(Sandra Redmann [SPD]: Sag mal!)

- Das ist nun einmal so. Über 90 % der Reiter in Schleswig-Holstein sind Frauen. Befragen Sie einmal die Reiterliche Vereinigung!

(Unruhe)

Es gibt noch einen wesentlichen Punkt. Pferde werden nicht im heimischen Wohnzimmer gehalten. Die Hundesteuer erfüllt eine Steuerungsfunktion, die Pferdesteuer eben gerade nicht.

Ich muss allerdings auch zugeben, dass ich durchaus Sympathie für die eine oder andere Gemeinde habe, wenn sie sagt: Lasst uns doch einmal über eine Sozialstaffel zum Beispiel für den ersten Hund nachdenken. - Aber das ist die Entscheidung der einzelnen Gemeinde.

Wir wollen mit diesem Gesetz eines erreichen. Wir wollen eben keine unbegrenzte Steuererhöhungsfantasie, Steuerkreativität der Gemeinde, die letztlich nur zu zwei Dingen führt, erstens zu vollkommen übertriebenen Erhebungs- und Bürokratieaufwänden und zweitens wütenden Bürgern.

Deshalb ist heute ein guter Tag für den Pferdesport, ein guter Tag für die Reiterinnen und Reiter in diesem Land. Ich freue mich, dass wir heute ein paar Leute glücklich machen. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU, AfD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren! Herr Holowaty, ich habe gelernt, die Buchstaben „FDP“ stehen jetzt für „Feministische Deutsche Partei“. Vielen Dank. Ganz etwas Neues.

(Christopher Vogt [FDP]: Für den Ponyhof! - Heiterkeit und Beifall)

- Ponyhof ist auch sehr gut. - Meine Damen und Herren von der Koalition, was für ein Problem haben Sie eigentlich mit der kommunalen Selbstverwaltung? In der Sitzung am 22. September 2017 hat die Kollegin Nicolaisen wörtlich ausgeführt - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin -:

„Es ist eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, zu entscheiden, welchen Weg diese im Einzelfall wählt. Denn diejenigen, die vor Ort die Entscheidung tragen, wissen am besten, was sie tun.“

(Beifall SPD)

Der Herr Innenminister, der sich als Oberbürgermeister von Norderstedt auch einmal mit der Frage beschäftigt hat, sprach in seiner Rede gerade davon, die Kommunen in die Pflicht zu nehmen, auch kritische Themen zu besprechen. Ein weiteres Zitat:

„Wenn sie die örtliche Gemeinschaft regeln und organisieren wollen, dann gilt dieses nicht nur für bestimmte Rosinen, die man sich herauspickt, sondern man muss die Gesamtheit regeln.“

Super Worte.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Was hat die Gemeinde Tangstedt verkehrt gemacht? Sie hat sich die Pferdehaltung als zusätzliches Steuerobjekt ausgesucht. Das muss man sich im Reiterland Schleswig-Holstein gut überlegen. Die Bedeutung des Reitsports und auch der Pferdezucht für unser Bundesland ist sicher nicht zu bestreiten. Da ich aus Elmshorn komme, können Sie mir glauben, dass ich weiß, wovon ich rede.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

- Bei uns sitzt der Holsteiner Verband. - Trotzdem hat sich die Mehrheit der Gemeindevertretung für diese kommunale Aufwandsteuer entschieden, und zwar vermutlich sehr bewusst dafür entschieden, eine Pferdesteuer einzuführen und nicht die Grundsteuer oder die Gewerbesteuer zu erhöhen, sprich die lokalen Grundstückseigentümer und Gewerbetreibenden zu belasten. Das liegt sicher auch daran, dass es sonst nur wenig rechtliche Möglichkeiten gibt, die Betreiber der Reitställe angemessen an den der Gemeinde anfallenden Kosten zu beteiligen, denn diese Betriebe zahlen in der Regel als landwirtschaftliche Betriebe die geringere Grundsteuer A und keine Gewerbesteuer.

(Beate Raudies)

Die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter haben sich kontroversen Diskussionen ausgesetzt - ganz wie der Herr Innenminister sich das gewünscht hat -, haben also eigentlich all das richtig gemacht, was Sie in der letzten Tagung von den Gemeinden gefordert haben und was Sie ihnen auch zutrauen.

Jetzt fällt Ihnen ausgerechnet die Landesregierung in den Rücken, die Landesregierung, die doch laut Verfassung Sachwalter der kommunalen Interessen sein sollte und nicht ihr Boykotteur. Wo kommen wir denn da hin? Was ist das für ein Umgang, liebe Leute?

(Beifall SPD)

Ordnungs- und sozialpolitische Verwerfungen sieht die Landesregierung - geht es noch ein bisschen größer? - und will den Reitsport vor zusätzlichen finanziellen Belastungen schützen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja!)

Im Koalitionsvertrag heißt es - noch ein Zitat; sehen Sie es mir nach, es macht einfach so viel Spaß, Sie immer zu zitieren -:

„Reiten ist Sport, und Sportarten sollen nicht besteuert werden.“

Schade nur, dass sich davon in Ihrem Gesetzentwurf nichts wiederfindet, denn der Gesetzentwurf verbietet die Steuer auf das Halten und den entgeltlichen Nutzen - ich glaube, Sie meinen die Nutzung - von Pferden, und von dem Sport ist keine Rede mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, richtig begeistert bin ich aber darüber, wie Sie das Thema Konnexität vom Tisch wischen. Im Gegenteil, der Pressesprecher des Innenministeriums verkündet auch noch - noch ein Zitat -:

„In Abwägung all der legitimen Belange hat die Landesregierung entschieden, dass das Interesse der Gemeinden an einer geringfügigen Verbesserung ihrer Einnahmen zurückstehen muss.“

Herr Holowaty hat nun gerade die finanzielle Situation der Gemeinde beklagt. Warum machen Sie sie dann noch schlechter?

Der Gemeinde Tangstedt werden durch dieses Gesetz Einnahmen in Höhe von rund 100.000 € jährlich entgehen. Ich denke, da ist ein Ausgleich aus dem Landeshaushalt fällig. Oder kommt der dann erst mit dem kommunalen Finanzausgleich, vielleicht im Jahr 2020 oder 2021?

(Beifall SPD)

Dann weise ich aber an dieser Stelle auch sehr gern noch einmal darauf hin, dass im kommunalen Finanzausgleich das Geld aller Kommunen verteilt wird und kein Landesgeld. Vielleicht ist Ihnen das entgangen. Das heißt, alle Kommunen bezahlen solidarisch dann noch den Einnahmeausfall mit, den Sie verursacht haben.

Die Gemeinde Tangstedt darf sich dann im Übrigen zweimal freuen: über einen Ausgleich, denn sie erhebt im Übrigen auch Straßenausbaubeiträge - aber das nicht erst seit 2012. Also so viel zu dem Thema: Endlich dürfen sie wieder und so!

Es bleibt dabei: Kommunale Selbstverwaltung ist für Jamaika ein leeres Wort. Die Kommunen haben zu machen, was der Landesregierung gefällt.

(Beifall SPD)

Das ist das, was Sie hier vorführen, und mir wird angst und bange, wenn ich an unsere Kommunen denke und das, was Sie zum kommunalen Finanzausgleich dann vorlegen wollen. Darauf warten wir ganz gespannt. Dieser Gesetzentwurf ist ein weiterer großartiger Beitrag der schwarzen Ampel zur Demotivation des kommunalen Ehrenamtes. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck das Wort.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser ehemaliger Ministerpräsident Peter Harry Carstensen bezeichnete die Pferde einmal als ein echtes Pfund, mit dem Schleswig-Holstein wuchern könne. Mit durchschnittlich 33 Pferden pro 1.000 Einwohner haben wir die höchste Pferdedichte in ganz Deutschland. Damit ist Schleswig-Holstein das Pferdeland Nummer 1, und das wollen wir auch bleiben.

(Beifall CDU und FDP)

In der Tat haben Pferde für Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, aber auch für unsere Gäste im Land viel zu bieten. Sie sorgen für unvergessliche Landschafts- und Naturerlebnisse, sie haben gesundheitliche Einsatzmöglichkeiten, zum Beispiel beim therapeutischen Reiten, sie stärken den Tourismusstandort Schleswig-Holstein, sie sor-

(Ole-Christopher Plambeck)

gen für sportliche Betätigung und sind ein großer Pfeiler in der Jugendarbeit. Deshalb ist es kluge Politik, diese Vorzüge zu erhalten und - das will ich einmal sportlich ausdrücklich - den Sozialdemokraten auch hier die Rote Karte zu zeigen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Meine Damen und Herren, die Pferdehaltung stellt aber nicht nur aus gesellschaftlicher und sozialer Sicht einen klaren Vorteil dar. Das Pferd hat auch eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für Schleswig-Holstein. Pferde sind ein wichtiges Standbein für die landwirtschaftlichen Betriebe sowie für das vor- und nachgelagerte Gewerbe, wie beispielsweise Futtermittelbetriebe, den Einzelhandel, also Reitgeschäft, und Tierärzte. Vor diesem Hintergrund ist es fatal, das Halten von Pferden mit einer Pferdesteuer zu belegen.

(Beifall CDU)

Von diesem Gesetzentwurf sollen zwei Signale ausgehen. Erstens: Schleswig-Holstein als Pferdeland bleibt in der gesamten Fläche attraktiv für Pferdehalter und Pferdehöfe. Zweitens: Wir wollen keine Besteuerung des Sports.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Technisch gehört die Pferdesteuer zu den sogenannten kommunalen Aufwandsteuern. Aufwandsteuern sind Steuern, die an den Gebrauch von Wirtschaftsgütern und Dienstleistungen anknüpfen und dadurch die in diesem Gebrauch zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit belasten. Zu den kommunalen Aufwandsteuern gehören insbesondere die Hundesteuer, die Schankerlaubnissteuer, die Jagdsteuer, die Vergnügungsteuer, die Zweitwohnungsteuer und noch vieles mehr. Diese Steuern werden auch gern einmal Bagatellsteuern genannt. Das bedeutet, dass das Steueraufkommen durch sie für die Kommune zu ihren Gesamteinnahmen in einem relativ geringen Verhältnis steht. Bagatellsteuer bedeutet aber nicht, dass sie für den einzelnen Steuerpflichtigen und hier die Pferdehalter nicht spürbar ist. Im Gegenteil: Bereits 150 € pro Tier und Jahr können die Betroffenen hart treffen, denn auch die Reiterinnen und Reiter sind nicht alle Großverdiener.

(Beifall CDU und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Aufwandsteuern sind daher weniger geeignet, einen kommunalen Haushalt zu sanieren, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion. Vielmehr haben sie einen lenkenden Charakter. Mit der Hunde-

steuer zum Beispiel, die an der Haltung von Hunden anknüpft, werden vornehmlich ordnungspolitische Ziele verfolgt. Wer heute also aus Haushaltsgründen eine Pferdesteuer vernünftig findet, weil es ja schon die Hundesteuer gibt, der hat offensichtlich den Lenkungsgedanken nicht verstanden und denkt vielleicht jetzt schon über eine Katzen-, Meerschweinchen- oder auch Kaninchensteuer nach. Das kann nicht das Ziel sein.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Meine Damen und Herren, es geht aber um viel mehr als das. Es geht auch um das gesellschaftspolitische Signal: Stehen wir zum Pferdeland Schleswig-Holstein oder nicht? Und ich sage: Ja, wir stehen zum Pferde- und Reiterland Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt AfD)

Darum halten wir als CDU die Pferdesteuer für falsch. Darum setzen wir das um, was wir vor der Wahl gesagt haben. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über die Erhebung der Pferdesteuer ist in Tangstedt lang und heftig geführt worden. Mit Vehemenz haben sich die Freizeitreiterinnen und -reiter dafür eingesetzt, dass sie ihren Sport unbesteuert ausüben können. Am Ende hat die Gemeindevertretung die Einführung dennoch beschlossen. Die Landesregierung hat daraufhin nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der klarstellt, dass von den Kommunen eine Pferdesteuer nicht erhoben werden darf.

Wir Grüne haben uns vor der Wahl zu einem Verbot der Pferdesteuer kritisch positioniert - aus nach wie vor gültigen Gründen. Die Autonomie der Kommunen ist ein hohes Gut. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker übernehmen Verantwortung für die Gemeinde, verbringen viel Zeit mit dieser Aufgabe und bemühen sich, alle Entscheidungen im Sinne der Kommune zu treffen.

Warum haben wir uns nun entschieden, trotzdem einem Verbot der Pferdesteuer zuzustimmen? - Es war eine Abwägung zu treffen. Das hat der Innen-

(Ines Strehlau)

minister eben auch zum Ausdruck gebracht. Es war eine Abwägung zu treffen zwischen dem Recht der Kommunen, eine Steuer zu erheben, und im Interesse der vielen Reitsportlerinnen und Reitsportler im Land.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Reiten, vom Freizeit- bis zum Turniersport, wird von vielen Tausend Menschen jeden Alters in Schleswig-Holstein ausgeübt. Wir sind das Reiterland. Und es sind bei Weitem nicht nur Menschen mit hohem Einkommen, die reiten, sondern es sind zum großen Teil Breitensportlerinnen und -sportler, die in Gruppen oder einzeln ihr Glück auf dem Rücken der Pferde suchen. Kinder und Jugendliche, aber auch ältere Menschen betreiben Reitsport in ihrer Freizeit, und das wollen wir gern unterstützen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir Grüne haben ein Herz für den Breitensport und können uns daher dem Argument gern anschließen, Freizeitsport nicht zu besteuern. Sport und die Verbundenheit mit der Natur wollen wir gern fördern.

Ich würde mir allerdings wünschen, dass bei so vielen Mädchen und Frauen, die diesen Breitensport ausüben, wir dann auch mehr Mädchen und Frauen im Spitzensport haben. Ich glaube, das zu erreichen, bleibt eine Aufgabe.

(Beifall Christopher Vogt [FDP] und Lars Harms [SSW])

Es gibt allerdings einige Konsequenzen, die mit dieser Vorlage des Gesetzes verbunden sind. Es haben sich schon Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer zu Wort gemeldet. Auch dort gibt es viele, die sportliche Aktivitäten in ihrer Freizeit oder in Hundesportvereinen ausüben. Das ist aus meiner Sicht eine Frage, über die wir noch reden müssen.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja, genau!)

Die Situation ist so, dass das Anliegen, das mit der Pferdesteuer gelöst werden sollte, nicht aus der Welt geräumt ist. Es bedarf nämlich Mittel, um Wege für Reiterinnen und Reiter zu unterhalten. Auch das Straßensäubern kostet Geld. Das ist eine Aufgabe, die die Kommunen leisten müssen.

Deshalb müssen wir sehen, dass wir die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich so ausstatten, dass sie diese Aufgabe auch leisten können. Wir müssen ihnen ermöglichen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich ist auch eine Aufgabenkritik verbunden. Das sehen wir als Chance, die Aufgabenverteilung neu zu denken, vielleicht Bürokratie abzubauen und so Mittel freizusetzen.

(Beifall Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anita Klahn [FDP])

Eine Anmerkung zum Schluss: Bei allem Einsatz der Bürgerinnen und Bürger für ihre Position ist es völlig inakzeptabel, Gemeindevertreterinnen und -vertreter oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu bedrohen, unter Druck zu setzen oder sogar zu verletzen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von den Kommunalvertreterinnen und -vertretern, mit Respekt behandelt zu werden. Dieses Recht gilt zwingend auch andersherum. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat Frau Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein das Wort.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Viel Gutes und Richtiges ist von meinen Vorrednern gesagt worden. Der Minister hat schon die wesentlichen Ausführungen gemacht, deshalb will ich mich kurzfassen. Wir von der AfD unterstützen diesen Gesetzesantrag. Pferde haben in Schleswig-Holstein schon immer eine große Rolle gespielt. Waren sie zunächst Nutztiere, so dienen sie heute mehr und mehr der Freizeitgestaltung, und in dieser Funktion sind sie auch nicht mehr fortzudenken.

Zwar muss man heute nicht mehr ein Königreich für ein Pferd anbieten, aber der Pferdesport ist nach wie vor mit nicht unerheblichen Kosten verbunden, besonders wenn man ein eigenes Pferd unterhält. Für viele Erwachsene, aber besonders auch für viele Kinder ist das Pferd mehr als nur ein Sportgerät. Gerade Kinder lernen durch ihren Reitsport während der Pubertät, Verantwortung zu übernehmen, und sind hierdurch in ihrer Freizeit nützlich beschäftigt.

Wer beobachtet, wie viel Zeit Kinder, besonders Mädchen, im Stall und im Gelände mit ihren vierbeinigen Freunden verbringen, der möchte diese Tiere nicht zum Objekt steuerlicher Begehrlichkeit

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)

ten machen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Präsidentin! Wieder einmal unterhalten wir uns hier, zur Plenartagung, über eine kommunale Steuer, die in einer Gemeinde Schleswig-Holsteins eingeführt wurde, nämlich die Pferdesteuer. Das scheint die bekannteste Abgabe Schleswig-Holsteins zu sein. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung soll nun die Erhebung einer solchen Steuer im Land verboten werden.

Die inhaltlichen Beweggründe sind in der Begründung zum Gesetzentwurf dargestellt. Dabei wird besonders die Sozialfunktion in den Vordergrund gestellt. Das haben auch einige Redner gemacht. Dabei stellt sich natürlich die Frage, ob andere Sportarten, die sich auf Tiere beziehen, eine solche Sozialfunktion etwa nicht haben. Schließlich soll ja nur der Reitsport von einer kommunalen Steuer befreit werden. Wie steht es in diesem Zusammenhang etwa mit dem Hundesport? Auch hier finden wir eine sehr ähnliche Struktur: Hundezüchter, Hundclubs und Freizeitgestaltung mit Hunden aller Art. Auch der gesundheitliche Aspekt oder gar der gesellschaftliche Aspekt bei Hunden lässt sich klar beziffern. Da gibt es also keinen Unterschied.

Doch zurück zu den genannten Punkten in der Begründung. Der nächste Punkt lautet: Förderung des Tourismus. Ich glaube, es ist kein Geheimnis, dass sich Touristen die Angebote vor Ort genau ansehen und eben auch danach auswählen, wohin sie ihren vierbeinigen Freund mitnehmen wollen. Für viele Hundebesitzer ist eine hundefreundliche Umgebung ausschlaggebendes Kriterium, übrigens auch für den Tagestourismus, der sich aus Schleswig-Holstein heraus ergibt. Auch hier gibt es also keinen Unterschied.

Als nächsten Punkt finden wir das Thema Gesundheit und Erholung in der Natur. Ich glaube, auch hier braucht es nicht viele Worte darüber, dass die Menschen auch mit ihrem Hund Erholung in der Natur suchen. Auch das ist Fakt, und auch hier gibt es keinen Unterschied.

Der vorletzte Punkt in dem Gesetzentwurf beinhaltet die Jugendarbeit in den Vereinen. Auch dies dürfte für Hundevereine genauso gelten.

Abschließend wird in der Begründung auf die Einkommensverbesserung der Landwirtschaft durch Pferdezucht verwiesen. Zweifelsfrei ist die Pferdezucht in der Tat ein großer Wirtschaftszweig in der Landwirtschaft, jedoch gilt das für den Faktor Hund auch. Er ist vielleicht nicht ganz so umsatzstark, was die Züchtung angeht, aber auch wir haben im Land Züchter, die Hunde züchten. Hier gibt es also auch keinen Unterschied. Wir haben auch Unternehmen, die ihr Geld mit Hundennahrung oder Hundezubehör verdienen. Der wirtschaftliche Effekt ist somit irgendwie auch gleich.

Auf all diese genannten Gründe stützt sich aber das gesamte Gesetzesvorhaben. Für uns als SSW stellt sich dies deshalb als wackelige Angelegenheit dar. Was für Pferde gelten soll, soll für Hunde unter gleichen Bedingungen nicht gelten. Das macht dieses Gesetzesvorhaben in gewisser Weise angreifbar. Zudem wird in der Begründung darauf verwiesen, dass die Einnahmen durch eine Pferdesteuer nur geringfügige Verbesserungen für die jeweilige Gemeinde mit sich führen würden. Auch das gilt für die Hundesteuer. Sie ist bei Weitem nicht die höchste Steuer, die eine Kommune einnimmt.

Abschließend bleibt deshalb festzuhalten, dass dieser Gesetzentwurf etwas unsauber daherkommt. Zudem beantwortet er die Kardinalfrage nicht: Warum und mit welchem Recht, mit welchem Paragraphen greift die Landesregierung in die Hoheit der Kommunen ein? Zurück bleiben eine Bevormundung der Kommunen sowie die Reduzierung der Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten. Auch hier ist die Frage: Auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dies eigentlich?

Im Ausschuss bleibt daher zu beraten, ob das Land einfach so in die Hoheit der Gemeinden eingreifen kann oder ob man mit diesem Gesetz vielleicht eine neue Klagewelle auslösen wird, denn - und das ist ganz wichtig - es findet sich in der Begründung des Gesetzentwurfs: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1978 sagt eindeutig, dass eine Pferdesteuer rechtens ist. Wenn man diese abschafft, dann wird es rechtlich schwierig, dies zu begründen. Da kann man nicht einfach so schlank drüber hinweggehen.

Deshalb: Die Abschaffung der Pferdesteuer ist in der Tat eine lobenswerte Angelegenheit. Das ist völlig klar. Ich habe aber die Sorge: Wenn wir dies mit dieser Begründung so durchziehen und hier kei-

(Lars Harms)

ne bessere rechtliche Begründung finden, dann rennen wir in eine Klagewelle der Hundebesitzer hinein. Ich glaube, diese werden ihre Klagen gewinnen. Deshalb glaube ich, dass man rechtlich noch einmal nacharbeiten muss, um zu gucken, ob man das als Landtag wirklich so beschließen kann. Da bin ich mir noch nicht sicher. Wie gesagt, die Pferdesteuer abzuschaffen, ist löblich, das ist gar keine Frage, aber dies muss auf rechtlich einwandfreie Art und Weise geschehen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Ich erzähle keinen vom Pferd, ich will es auch kurz machen.

(Heiterkeit)

Als Pferde- und Reiterland Schleswig-Holstein sollten wir doch besonders auf die Leistungen stolz sein, die für Schleswig-Holstein insbesondere durch den Pferdesport generiert werden. Sie finden wirklich weltweit höchste Anerkennung.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn wir uns hier einig sind, und das sind wir ja, dann bleibt doch die spannende Frage: Warum besteuern wir dies? - Das ist erörtert worden. Natürlich kann man eine gewisse Sympathie dafür haben, dass sich Hundebesitzer und Hundehalter ungerecht behandelt fühlen, aber die Situation ist hier eine andere.

Ich komme zur Gemeinde Tangstedt. In der Gemeinde Tangstedt geht es eigentlich mehr um den Pferdepensionsbetrieb und um den Betreiber dieses Betriebes. Frau Raudies, anders als Sie es dargestellt haben, ist es heute so, dass dieser Betrieb steuerlich nicht mehr in den Bereich der Landwirtschaft fällt und dass die Umsatzsteuer pauschaliert wird, sondern dass dieser Betrieb umsatzsteuerpflichtig geworden ist. Alle Pferdepensionsbetriebe sind dies vor zehn Jahren geworden. Diese 19 % fließen in die Staatskasse. Davon profitiert, wenn auch nur indirekt, auch die Kommune. Das können Sie denen mit auf den Weg geben. Das ist ein wichtiges Argument. Das hat die Pferdepensionshaltung enorm verteuert, was zu entsprechenden Reaktionen und Abwanderungen führt. Das ist der erste Punkt.

Ich wende mich jetzt an den Minister. Man kann aus Sicht der Pferdezüchter, der Pferdehalter und der Pferdesportler nur froh sein, dass die Kommunen, bei all den genannten Vorteilen, die besonders mein Kollege Ole Plambeck genannt hat, am Ende dankbar dafür sind, dass sie eine klare Entscheidungsgrundlage haben.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD)

Sie haben ja gesehen, zu wie vielen politischen Diskussionen und auch letztlich zu wie viel öffentlichem Ärger dies in der ehrenamtlichen Gemeindevertretung in Tangstedt geführt hat. Wenn dies in Tangstedt so umgesetzt würde, dann würde diese Diskussion genauso in allen 1.100 Kommunen in Schleswig-Holstein weitergehen. Ich weiß das aus Erfahrung.

Wenn Sie mit offenen Augen durch Schleswig-Holstein fahren, dann sehen Sie: In Schleswig-Holstein gibt es mehr Pferde auf der Weide als Kühe. Fangen Sie einmal an, ehrenamtlich darüber zu diskutieren, ob Sie den Nachbarn besteuern oder nicht oder ob ein Zuchtpferd und ein Therapiepferd freigestellt werden sollen oder nicht und wie Satzungen zu erstellen sind, um am Ende den Sport, die Zucht und das Ehrenamt zu besteuern. Das kann nicht unser Ernst sein.

Deswegen: Herzlichen Dank für die klare Entscheidung. Sie hilft nicht nur dem Pferdesport, sondern auch der Kommunalpolitik. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es wurde beantragt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 19/215 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:10 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt nach der Mittagspause mit dem Sport fortfahren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne die Studentinnen und Studenten der Fachhochschule für Verwaltung und

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Dienstleistung aus Altenholz. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Sportentwicklungsplanung für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/255

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier für die CDU-Fraktion.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass die Jamaika-Koalition mit dem heutigen Schritt deutlich macht, dass Sportentwicklung, Sportstättenanierung und die Unterstützung des Ehrenamts und unserer Vereine als zentrale Herausforderungen nicht nur durch den organisierten Sport zu lösen sind, sondern dass wir gemeinsam mit den Kommunen auch als Land gefordert sind, hierbei zu unterstützen und zu helfen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Für mich ist der heutige Antrag ein Meilenstein in der Sportpolitik. Er ist Ausdruck von Wertschätzung des Sports und Anerkennung für seine Funktion als Querschnittsaufgabe des Landes. Bei der Bewältigung des demografischen Wandels ist im organisierten Sport insbesondere das ehrenamtliche Engagement gefordert. Über 90 % der im Sport tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun dies ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Sportentwicklungsplanung ist eine Investition in die Zukunft. In unseren Vereinen und Fachverbänden sind neben rund 514.000 Erwachsenen auch 280.000 Kinder und Jugendliche tätig. Wenn wir die Veranstaltung der Sportjugend Schleswig-Holstein vergangene Woche anschauen, bei der engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezeichnet wurden, teilweise ganz junge Menschen, dann wissen wir, wofür wir das tun.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Diese Jugendlichen, die mich wirklich beeindruckt haben - Rasmus Andresen war auch da; Kay Richert, du hast es auch gesehen -, verdienen, dass

wir ihnen eine verlässliche Perspektive für die Zukunft geben. Das ist mein Ziel, und das möchte ich heute mit Ihnen angehen.

Die Entscheidungsträger in den Sportvereinen und Fachverbänden werden künftig mit immer komplexeren Aufgaben konfrontiert. Dafür setzen auch wir im Parlament die Rahmenbedingungen. Die bereits begonnene Unterstützung beim Abbau des Sanierungsstaus kommunaler und vereinseigener Sportstätten ist ein erster bedeutender Schritt gewesen. Aber auch hier werden wir deutlichere Akzente setzen müssen und dies auch tun.

Damit allein ist es aber nicht getan. Der demografische Wandel und begrenzte Haushalts- und Personalressourcen ebenso wie sich ändernde Bedürfnisse der Sporttreibenden stellen weitere Anforderungen an Ausstattung, Auslastung und Erreichbarkeit der Sporträume und machen gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein den inzwischen überregionalen Planungsbedarf mehr als deutlich. Der Trend zu Rehabilitationssportarten und Individualsportarten ist ebenso zu betrachten wie der Bedarf an Sportanlagen, die den Wettkampf- und Spielbetrieb möglichst vieler Disziplinen und Mannschaftssportarten in der Fläche sichern - auch über die klassischen Verwaltungsgrenzen hinweg. Aber auch im Schulsport müssen erreichbare Angebote möglich sein. Auch hier haben wir den Ausbau des ÖPNV in Betracht zu ziehen, weil nicht jeder ein Auto zur Verfügung hat und weil nicht jeder Elternteil immer in der Lage ist zu fahren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wohl wahr!)

Das alles dürfen wir bei unseren Entscheidungen nie aus dem Blick verlieren. Sportentwicklungsplanung ist eine Querschnittsaufgabe über fast alle Ressorts. Denn wir als Gesetzgeber setzen eben die Rahmenbedingungen - im Schulgesetz, im Landesmindestlohn, in der Gesundheitsversorgung, mit Inklusion und Integration. Das alles sind Themen, bei denen wir an irgendeiner Stelle auch immer den organisierten Sport treffen.

Sportentwicklungsplanung ist längst auch eine Frage der Daseinsvorsorgeplanung geworden. Denn längst sind die Vereine mit ihren vielfältigen Angeboten in Aufgabenbereiche hineingewachsen, die früher allein solche der öffentlichen Hand waren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben das heute bei der großen Aufgabe, die sie im Bereich der Integration schaffen. Aber gera-

(Barbara Ostmeier)

de auch beim gemeinsamen Sport mit Menschen mit Behinderung lässt sich das Zusammenspiel zwischen „gesunden“ Menschen und Menschen, die eine Behinderung haben, leichter erreichen als an vielen anderen Stellen im Berufsleben. Auch das haben wir zu beachten.

Wir brauchen ein gemeinsames Konzept. Wir wollen gemeinsam mit allen Beteiligten Ziele definieren. Uns geht es nicht darum, in die Autonomie des Sports einzugreifen. Wir haben hier doch kein Konkurrenzverhältnis. Wir stehen doch nicht in einem Wettbewerb darum, wer die besseren Ideen oder die besseren Konzepte hat. Es ist ein Miteinander, in das das Land, die Vereine, die Kommunen, die Verbände, die Fachverbände, die Bürgerinnen und Bürger einbezogen sind. Wir alle gemeinsam wollen einen Plan aufstellen und eine Datenbasis legen, damit wir gemeinsam gute Rahmenbedingungen schaffen. Der Sport soll sich selbst organisieren können und die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sollen die nötigen Rahmenbedingungen vorfinden, damit es wieder Spaß macht, im Ehrenamt zu arbeiten, damit die Freude wieder überwiegt und in der Breite auch Leistung erbracht werden kann. Dies alles wird unser Sportland Schleswig-Holstein, wenn wir die gemeinsamen Ziele gefunden haben, in zehn Jahren zu einem strahlenden, aktiven und dynamischen Land machen. Ich freue mich, dass Jamaika unterwegs ist. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kathrin Wagner-Bockey das Wort.

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich mit der Frage der Sportentwicklung in Schleswig-Holstein befasst, dann landet man ziemlich schnell bei der Großen Anfrage der CDU-Fraktion aus dem Jahre 2015.

(Beifall CDU - Tobias Koch [CDU]: Sehr gut! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Während der heutige Antrag zur Sportentwicklung etwas, sagen wir einmal, lustlos daherkommt, hatte sich die CDU damals als Oppositionsfraktion mit der Anfrage wirklich Mühe gegeben. Der Fragenkatalog 2015 war umfassend und durchdacht. Genau so war die Antwort des Innenministeriums.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

Unter Einbeziehung unter anderem des Landesportverbands und der Kreissportverbände, aber auch der Kommunen und freier Träger wurde auf 138 Seiten eine sorgfältige Analyse der Sportlandschaft betrieben und ein Ausblick gegeben.

Ihr Antrag in der vorliegenden Form hätte sich daran gern etwas anlehnen dürfen.

(Beifall SPD)

Irgendwie wirkt Ihr Bemühen um die Sportentwicklung momentan und neuerdings etwas unstrukturiert, und es drängt sich ein wenig der Verdacht auf, meine Damen und Herren, dass Sie mit diesem Antrag nachträglich von Ihren Förderrichtlinien für die Sportstätten ablenken möchten.

(Beifall SPD - Zurufe CDU)

In der wurden schnell die 15 Millionen € unter der Hand verteilt, bevor die Richtlinie überhaupt veröffentlicht war, und selbst in der Förderrichtlinie ist das Geld schon verteilt, sodass sie eigentlich ad absurdum geführt ist. Wer soll sich noch bewerben, wenn gar nichts mehr zu vergeben ist?

(Beifall SPD)

Das stellen wir uns nicht unter transparenter Sportpolitik vor, und ich sage Ihnen ganz deutlich: Das kommt auch vor Ort nicht gut an.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es! - Beifall SPD - Zurufe CDU)

Nun erleben wir plötzlich die Sportentwicklung und die Sportstättenanierungsentwicklung als Feigenblatt der Beteiligung und zur Beruhigung der Gemüter, Herr Arp. Wenn Sie sich die Ausführungen zur Großen Anfrage von 2015 vornehmen, stellen Sie fest, dass dort die Bereiche der demografischen Entwicklung ebenso betrachtet wurden wie die Veränderungen in der Mitgliederentwicklung und -struktur. Es wurde auch der Frage nachgegangen, wie sich die Sportnachfrage gewandelt hat, wie das Bildungssystem auf den Sport wirkt. Es liegt uns sehr viel grundsätzliches Wissen über den Sport und auch über seine zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten im Land vor. Das Entscheidende ist aber: Einer der großen zu untersuchenden Punkte war, dass der Stand der Sportentwicklungsplanung und der Sanierungsplanung in den Kommunen durchaus vielfältig ist, und es wurde die Frage gestellt, wie sie strukturiert ist. Ganze 15 Kommunen hatten eine Sportentwicklungs- oder Sportstättenanierungsplanung vorgenommen. Woran lag das?

(Lars Harms [SSW]: An der Größe!)

(Kathrin Wagner-Bockey)

Man könnte sagen, an der schlechten Haushaltslage, aber in jedem Fall wohl daran, dass den meisten Kommunen das Geld für eine derartige umfangreiche Untersuchung fehlt. Das ist bis heute so.

Da Sie uns das immer wieder sehr deutlich machen: Gerade in Zeiten offensichtlich sprudelnder Geldquellen ist das Land hier besonders gefordert. Wenn dann immer noch das Geld fehlt, so ist das - Stand heute - zunächst einmal bitter. Einer der entscheidenden Rückschlüsse aus der Anfrage war übrigens folgender: Sportentwicklung und Sportstättenanierungsentwicklungsplanung sind wichtig, und sie sind richtig.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

Aber - jetzt kommt das Aber - dann wäre es günstig gewesen, die Anfrage, die man stellt, bis zum Schluss zu lesen. Diese Planungen machen im Wesentlichen erst einmal auf kommunaler Ebene Sinn.

In Schleswig-Holstein gibt es mehr als 2.600 Sportvereine mit ungefähr 800.000 Mitgliedern. Von Kommune zu Kommune, von Verein zu Verein gibt es große Unterschiede und individuelle Einflussfaktoren. Sie alle können nicht in einer landesweiten Entwicklungsplanung abgebildet werden. Was wir brauchen, sind flächendeckende kommunale Sportentwicklungspläne. Es sind die Sportvereine vor Ort, die Städte und Gemeinden und mit ihnen die Kreise, die die Spezialisten für das Sportangebot sind und die sich weiterentwickeln wollen und müssen. In Elmshorn, Bad Segeberg und Lauenburg müssen doch Vereinssport und Schulsport in Einklang gebracht werden. Dort kämpfen die Vereine mit immer mehr Individualsport und der Frage, wie die Hallenzeiten mit den tatsächlichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen sind. Dort vor Ort werden Bewegungsparks gefordert oder es entstehen Nachbarschaftssportprojekte, die in die Überlegungen einbezogen werden müssen.

Liebe Jamaika-Koalition, Sie binden den Bürgern von Schleswig-Holstein gerade den Bären auf, dass mit Jamaika alles geht.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ja!)

Sie planen mehr als eine halbe Milliarde Euro Mehrausgaben im Haushalt. Da sollte in der Tat etwas mehr gehen als ein Landessportentwicklungsplan, der die Realität weder in der Breite noch in der Tiefe abbilden kann.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Wieso das denn?)

Meine Damen und Herren von der Regierung, in dem bunten Blumenstrauß Ihres Antrags fallen

zwei Punkte besonders auf. Sie wollen die Integration von Geflüchteten untersuchen. Frau Ostmeier, Sie haben die Kurve ja noch bekommen. Es gibt weit mehr Bereiche, die untersucht werden müssten: Inklusionssport, Sportmöglichkeiten von Hartz-IV-Empfängern et cetera. Da greift Ihr Antrag, wie er jetzt formuliert ist, unseres Erachtens zu kurz. Wo wir aber voll übereinstimmen und zustimmen, ist, dass es Untersuchungen zur Förderung und Verbesserung des Leistungssports geben muss.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, halten Sie bitte die Redezeit ein.

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

Hier sehen wir auch eine Landesaufgabe, bei der eine Untersuchung ihren Sinn und Zweck erfüllen würde. Unsere zentrale Forderung bleibt aber, dass wir mehr Geld für die Kommunen fordern. Rüber mit der Kohle in die Kommunen!

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Kommen Sie bitte zum Ende!

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

- Es sind die Kommunen, die wissen, wie Sportentwicklungsplanung an dieser Stelle zu verwirklichen ist. Alle Erkenntnisse gemeinsam helfen uns dann auch im Land weiter.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Ostmeier und ich haben eine ähnliche Rede vorgesehen. Auch ich möchte damit beginnen, zu erzählen, dass wir vor circa zwei Wochen - übrigens nicht nur die Regierungskoalition, sondern auch die Opposition - bei einer Veranstaltung der Sportjugend waren. Ich konnte in meiner Funktion als Landtagsvizepräsident ebenso wie die sportpolitischen Sprecher aus den anderen Fraktionen dabei sein, als 55 junge Ehrenamtler und Ehrenamtlerinnen aus dem Bereich des Sports hier bei uns im Schleswig-Holsteini-

(Rasmus Andresen)

schen Landtag geehrt wurden. Wir konnten feststellen, dass vom Schachsport, lieber Kollege Meyer, bis zum Handball, Fußball oder Kampfsport wirklich alle Sportarten in den Kreisen und den unterschiedlichen Regionen bei uns im Land sehr gut vertreten sind.

Ich möchte meine Rede damit beginnen, ihnen von dieser Stelle aus einmal herzlich für das Engagement, das sie ehrenamtlich für den Sport bei uns im Land tun, zu danken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Aber es gibt auch viele andere Menschen, die sich im Sport, aber auch in anderen Sportbereichen bewegen. Ich hatte zum Beispiel das Vergnügen, mit der Finanzministerin im Sommer ein Projekt zur Skatehalle in Schleswig zu besuchen und dort mit Jugendlichen zu sprechen, die sich im Skatebereich engagieren. Die „Sportpiraten“ in Flensburg sind ein anderes Beispiel für diesen sportlichen Bereich. Es gibt Nordic-Walking-Gruppen, die sich unabhängig von Vereinsstrukturen organisieren, und es gibt sehr viele andere. Gerade das ist das Tolle am Sport, dass es eine so große Vielfalt gibt. Ich glaube, es gibt in keinem anderen Bereich bei uns im Land so viele und motivierte Ehrenamtler, wie es beim Sport der Fall ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sport hat eine wichtige soziale Funktion. Das ist uns Grünen besonders wichtig. Als Stichwort im Antrag steht beispielsweise auch das Thema Integration von Geflüchteten. Man könnte weitere wie die Inklusion nennen. Die beiden Kolleginnen, die vor mir gesprochen haben, haben das getan. Das muss ich nicht wiederholen. Das teilen wir Grüne ausdrücklich.

Es gibt aber auch eine ganze Reihe neuer Entwicklungen. Abgesehen von den 800.000 Menschen, die sich in den klassischen Sportvereinen organisieren und die von der Kollegin Wagner-Bockey gerade angesprochen wurden, gibt es immer mehr Menschen, die sich außerhalb der klassischen Sportvereine sportlich betätigen und sich in anderen Formen des Sports bewegen. Es gibt unterschiedliche Trendsportarten, die man nennen könnte.

Es gibt aber auch die Entwicklung, dass in den Städten durch die Verknüpfung mit der Digitalisierung immer mehr an anderen Strukturen entsteht. Ich habe einmal in der Debatte zum Thema Digitalisierung das Start-up „Groundkeeper“ genannt, das mit seiner App Menschen dazu bringen will, in be-

stimmten Regionen zusammenzukommen, Sport zu treiben und sich draußen anders zusammenzufinden, als das in klassischen Vereinsstrukturen der Fall ist. Auch das sind Dinge, die eine moderne Sportpolitik berücksichtigen sollte und die wir in unsere Sportplanung mit einbeziehen sollten.

Wir glauben, dass sich der Stellenwert des Sports durch die Jamaika-Koalition sehr stark erhöht hat. Das ist schon die zweite Debatte, die wir in diesem Plenum zur Sportpolitik führen, obwohl die Wahlperiode noch nicht so besonders alt ist, und es zeigt, dass wir alle diese Fragen sehr ernst nehmen. Ich möchte mich auch für die Zusammenarbeit bei der Kollegin Ostmeier und beim Kollegen Richert bedanken, dass wir jetzt schon so viele Impulse anstoßen. Wir können versprechen: Das wird nicht der letzte gewesen sein!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir wollen mit diesem Antrag die Grundlage dafür legen, zunächst eine Bestandsaufnahme anzufertigen. Natürlich gibt es Ansätze, zum Beispiel gibt es eine Antwort auf die Große Anfrage aus der CDU-Fraktion, die noch nicht so alt ist, und es gibt auch vom Landessportverband eine ganze Menge an Vorarbeit. Das alles soll einfließen. Das ist nicht als Gegensatz gedacht, sondern es wird in die Sportentwicklungsplanung einfließen.

Aber wir müssen auch weitere Schritte gehen, weil das alles nicht allumfassend ist, und weil wir beispielsweise durch die angekündigte Bevölkerungsbefragung auch weitere Informationen erhalten wollen. Das Ganze soll die Grundlage - Kollegin Ostmeier hat es gesagt - für unsere Sportförderpolitik sein, für das Thema Sportstättenanierung, für die Frage nach Nachwuchssport, nach Schulsport. Ich schaue meine Fraktionsvorsitzende an: Das Thema „Schwimmen für alle Kinder“ ist auch ein wichtiges Thema, das uns Grünen besonders am Herzen liegt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt AfD - Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Das sind alles wichtige Punkte, daran habe ich gar keine Zweifel, Herr Koch. Deshalb haben wir es auch in den Koalitionsvertrag geschrieben. Das sind alle Punkte, die jetzt bearbeitet werden müssen. Das müssen wir gründlich tun. Wir müssen das mit allen Akteuren auf eine breite Grundlage stellen.

Ich freue mich auf diese Arbeit in der Sportpolitik in der Koalition, und ich hoffe, dass Sie sich auch

(Rasmus Andresen)

in der Opposition, liebe SPD, einen Ruck geben können. Sie haben nichts gesagt, was gegen den Antrag spricht. Sie hätten vielleicht den einen oder anderen Punkt, den man ergänzen könnte. Daher bitte ich Sie: Legen Sie den Änderungsantrag vor, aber blockieren Sie nicht unseren Antrag. Stimmen Sie diesem zu. Das wäre ein gutes Signal für den Sport bei uns im Land. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sport ist ein essenzieller Teil unserer Gesellschaft. Er ist wichtig die individuelle Gesundheit, aber auch sowohl für die soziale als auch körperliche Entwicklung eines jeden Menschen. Er ist darüber hinaus identitätsbildend und zusammenführend. Die Entwicklung und Förderung des Sports ist daher ein wichtiges Thema in unserer Legislaturperiode. Das kann man durchaus daran erkennen, was die Kollegen schon gesagt haben.

Meine Damen und Herren, die Jamaika-Koalition hat bereits zu Beginn unserer Amtszeit gezeigt, dass uns Sport wichtig ist. Dass wir den Sport stärker unterstützen wollen, klang hier schon mehrfach an. Wir haben bereits mit 15 Millionen € die Verbesserung bestehender wichtiger Sportstätten gefördert, unter anderem das Sportstadion hier in Kiel. Ich kann für meine Partei nur sagen - weil wir als Teil der Jamaika-Koalition auf den Straßen gefragt werden: Na, funktioniert das mit der CDU und den Grünen? -: Ja, Jamaika funktioniert, und das kann man in diesem Teil ganz besonders gut sehen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spitzensport ist wichtig. Bekannte Sportler sind Identifikationsfiguren und positive Vorbilder, und das nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch durchaus für Erwachsene.

Aber wir gehen weiter: Auch der Breitensport muss natürlich unterstützt werden. Deswegen haben wir als Jamaika-Koalition vereinbart, Erträge aus dem Glücksspiel, das wir neu regeln wollen, unter anderem in den Breitensport fließen zu lassen. Denn die Förderung des einen kann die Prävention des anderen bedeuten. Sport und Prävention sind die Mög-

lichkeiten, die Grundvoraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben; das ist ein zentrales Anliegen der FDP. Deshalb unterstützen wir das ausdrücklich. Aber das kann erst der Anfang sein.

Schleswig-Holstein ist ein sportbegeistertes Land und verdient hierfür optimale Rahmenbedingungen und eine angemessene Ausstattung und Sportförderung. Das Sportangebot muss für jedermann erreichbar und zugänglich sein.

Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Erarbeitung einer wissenschaftlich fundierten Sportentwicklungsplanung. Für die wollen wir heute den Startschuss geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Landessportentwicklungsplanung schließt eine kommunale Sportentwicklungsplanung nicht aus. In meiner Kommune, in Flensburg, zum Beispiel findet das durchaus parallel statt.

Meine Damen und Herren, jeden Tag treibt eine große Zahl an Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern Sport in Vereinen, Schulen, Fitnessstudios oder auch individuell. Damit diese Menschen weiterhin Sport treiben und auch viele andere Bürger sportlich aktiv werden können, müssen die Rahmenbedingungen in diesem Bereich noch deutlich verbessert werden; denn der kontinuierliche Rückgang an Vereinsmitgliedern, der in den vergangenen Jahren zu beobachten war, ist nicht unbedingt ein positives Zeichen.

Wenn wir also die bestehenden Sportstätten anschauen, dann sehen wir in vielen Bereichen einen erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Im Rahmen der Sportentwicklungsplanung muss daher zuerst geschaut werden, wo die bestehende Infrastruktur verbessert und weiterentwickelt werden muss, besonders auf kommunaler Ebene. Gerade dort, im alltäglichen Breitensport, werden faires Miteinander und Gemeinschaftsgeist gefördert und gelernt. Hier lernen vor allem junge Menschen auch, Verantwortung zu übernehmen. Das war bei der Veranstaltung, die wir mit den zu ehrenden Jugendlichen besuchen durften und von der heute schon mehrfach berichtet wurde, ganz deutlich zu sehen. Das geschieht im Übrigen auch durch eine Vielzahl an Ehrenamtlichen, auf die wir stolz sein können, deren Arbeit wir unterstützen und erleichtern sollen.

An dieser Stelle möchte ich etwas zu unseren Vereinen sagen: Wir haben ganz tolle Vereine im Land. Ihr macht einen tollen Job! Bitte macht weiter so!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Kay Richert)

In diesem Zusammenhang ist auch der integrative Charakter des Sports zu betonen. Sport kann in erheblichem Maße zu erfolgreicher Integration und Inklusion beitragen und durch das Miteinander Zusammenhalt, Normalität und Vertrauen schaffen. Durch die mitunter spielerische Art des Sports lassen sich auch Berührungspunkte ab- und Freundschaften aufbauen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns deshalb dafür sorgen, dass alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vom Nutzen des Sports profitieren können. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass keinerlei unnötige bürokratische Abgaben die Ausübung des Sports behindern. Das Thema hatten wir heute schon. Im Gegenteil, lassen Sie uns dafür sorgen, dass jede Schleswig-Holsteinerin und jeder Schleswig-Holsteiner unabhängig von Einkommen oder sozialem Hintergrund die sportlichen Angebote in unserem Land auch wahrnehmen kann.

Sie sehen also: Der Sport ist ein zu wichtiges Thema, um es vor uns herzuschieben. Daher sollten wir die Sportentwicklungsplanung jetzt ins Rennen schicken, um einen zügigen und erfolgreichen Zieleinlauf begleiten zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Zum fünften Mal: Dem Sport kommt innerhalb der Gesellschaft eine herausragende Bedeutung zu, und dies natürlich nicht nur in gesundheitlicher Hinsicht, sondern auch in Bezug auf das soziale Leben. Wenn sich der Landtag heute mit der Sportentwicklung beschäftigt, ist das natürlich auf gar keinen Fall nebensächlich, sondern ganz im Gegenteil.

CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP legen heute einen Antrag vor, in dem die Landesregierung gebeten wird, bis Ende 2020 eine wissenschaftlich begleitete Sportentwicklungsplanung durchzuführen. Aus dem Antrag geht hervor, dass hierzu als Grundlage bis Ende 2018 eine Bevölkerungsbefragung durchgeführt werden soll. Das derzeitige Sporttreiben und die Bedürfnisse der Schleswig-Holsteiner sollen so erfasst und evaluiert wer-

den. Ein solches Vorgehen - also eine Befragung - unterstützen wir uneingeschränkt, und das ist auch anderswo gängige Praxis.

Allerdings werfen andere Teile des Antrages einige Fragen für mich auf: Womit wird der Antrag genau begründet? Ein Unterpunkt „Begründung“ und auch ein spezieller Anlass oder etwas Ähnliches findet sich in dem Antrag nicht. Dementsprechend fehlt auch eine gegliederte und konkrete Fragestellung. Wenn es diese nicht gibt, wird es eher wenige konkrete Empfehlungen geben können. Warum reichen regionale Sportentwicklungsplanungen eigentlich nicht aus?

Die letzte Frage, die sich mir stellt, ist noch wichtiger: Welches Ziel soll mit einer Sportentwicklungsplanung verfolgt werden? Besonders der Umstand, dass zugleich Breiten-, Freizeit-, Leistungs- und Spitzensport in die Planung einbezogen werden sollen, schafft bei mir als Leser zunächst mehr Fragen als Überblick.

Unter dem Punkt „Inhalt“ der Sportentwicklungsplanung tauchen eher nebeneinander Kriterien, Ziele, Methoden, Vorgehensweisen und die Zeitplanung auf.

Anders ausgedrückt: Der Antrag hätte etwas klarer strukturiert werden können. Es wird nicht deutlich, welches übergeordnete Ziel und welche untergeordneten Ziele verfolgt werden sollen. In Ihrer Rede, Frau Ostmeier, wurde allerdings einiges etwas klarer für mich. Vielen Dank dafür.

Wenn sich gesellschaftliche Verhältnisse verändern, dann zieht es auch Veränderungen im Sport nach sich. Gerade für den Bereich des organisierten Sports kann für Schleswig-Holstein Gott sei Dank festgehalten werden, dass es die Vereine in den letzten Jahren und Jahrzehnten meist sehr gut geschafft haben, ihre Angebote weiterzuentwickeln und sich den Bedürfnissen ihrer Mitglieder anzupassen: Seniorensport, Mutter-Vater-Kind-Turnen, Sport für Menschen mit Behinderung, neue Sportarten, Gesundheitssport und andere Entwicklungen.

Auch das ist schon angeklungen: Teilweise konnten sich die Vereine schon auf bestehende Sportentwicklungsplanungen oder -konzepte berufen. Für einzelne Kommunen liegen die ja schon seit Längerem vor. Allerdings stammen diese Konzepte aus verschiedenen Berichtszeiträumen und haben nicht immer die gleiche Fragestellung. Gerade deswegen ist es in jedem Fall sinnvoll, eine einheitliche, landesweite Planung auf den Weg zu bringen.

(Dr. Frank Brodehl)

Es ist schon angekommen: Natürlich findet Sport auch außerhalb von Vereinen statt: Radfahren, Laufen, Schwimmen, vieles andere. Bei der Planung von Freizeitflächen, Bädern und Parks ist dies zu berücksichtigen. So gesehen ist das Projekt - davon gehe ich zumindest aus - als eine Querschnittsaufgabe anzusehen, in die auch die Städteplanung einzubeziehen ist.

Meine Damen und Herren, der Schwerpunkt sollte aber eindeutig auf den Vereinen liegen. Hier wird die meiste Arbeit geleistet und wohl auch die wichtigste Arbeit. Zwei Drittel der Sportvereinsmitglieder in Schleswig-Holstein sind Kinder und Jugendliche. Es muss uns ein ganz großes Anliegen sein, dass wir gerade deren Vereine stärken, ihnen Planungssicherheit und die Möglichkeit geben, untereinander zu kooperieren. Für kleinere und mittlere Vereine ist das besonders wichtig.

Eine landesweite Sportentwicklungsplanung kann diese Ansprüche erfüllen. Wenn sie gut gegliedert ist und die richtigen Fragen stellt, wird sich ein solches Projekt bezahlt machen. Wir machen deshalb den Vorschlag, dass im Ausschuss noch einmal die Zielsetzung der Planung konkretisiert wird. In jedem Fall unterstützen wir den Antrag. Ich freue mich genauso wie Sie auf ein dynamisches, sportliches, gesundes Schleswig-Holstein in ein paar Jahren. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat ist der Sport eine gesellschaftliche Aufgabe und betrifft daher auch alle. Es ist daher wenig verwunderlich, wenn die wenigen einzelnen Pläne und Vorhaben etwas unübersichtlich daherkommen. Es gibt ja in der Tat nur 15 Kommunen, die überhaupt eine Planung haben oder zumindest angedacht haben. Vor diesem Hintergrund ist es unserer Auffassung nach völlig richtig, dass das Land jetzt diese übergeordnete Planung in die Hand nehmen will. Da muss das Land steuernd arbeiten.

Oftmals ist es so, dass Vorhaben viel zu kleinteilig angedacht werden und es nur wenige schaffen, über den eigenen Tellerrand zu gucken. Da gibt es ein Schwimmbad in Dorf A, ein Schwimmbad in Dorf B, einen Sportplatz in Dorf A, einen Sport-

platz in Dorf B, ohne dass man miteinander redet, ohne dass man zusammenarbeitet. Alle geben Geld aus, und für alle ist zu wenig Geld da. Das kann es nicht sein. Deswegen ist es gut, wenn wir eine übergeordnete Sportplanung und Sportstättenplanung hinbekommen.

Oftmals gilt das Motto: Jeder macht sein eigenes Ding. Klar gibt es auch andere Beispiele, zum Beispiel bei uns in Flensburg, wo man schon eine Sportstättenplanung hat, oder in Husum, wo man gerade dabei ist, eine aufzustellen. Das gibt es aber leider viel zu wenig.

In den vergangenen Jahren ist in Schleswig-Holstein sehr viel in den Sport investiert worden. Gerade die Küstenkoalition hat etwas gemacht. Dass dies von der neuen Koalition finanziell weitergeführt wird, ist positiv. Ich glaube, wir können uns alle vorstellen, dass dabei noch ein bisschen mehr herauskommen dürfte, aber wer weiß, was die nächsten Haushaltsjahre noch bringen! In der Vergangenheit haben allerdings nur die bestehenden Strukturen profitiert. Wenn eine Sportstätte heruntergekommen war, hat man gesagt: Da müssen wir investieren, damit sie wieder funktioniert. Es macht aber auch Sinn zu gucken, ob man eine langfristige Perspektive hinbekommen kann. Da kann man durchaus auch einmal Neubauten an anderer Stelle berücksichtigen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: So ist es!)

Nur so kann Nachhaltigkeit fruchten, und nur so kann Schleswig-Holstein eine Sportentwicklungsplanung aufziehen, von der auch die kommenden Generationen profitieren können oder - besser gesagt - sollten.

Mir ist in dieser Hinsicht noch wichtig zu betonen, auch diejenigen mitzunehmen, die in der gelebten Praxis die größte Verantwortung tragen, nämlich die einzelnen Kommunen und Vereine. An ihnen hängt die größte Last. Sie übernehmen nicht nur die langfristige Pflege der Anlagen, sondern mit ihnen steht und fällt jedes Vorhaben, mit ihnen steht und fällt im Prinzip der Sport an sich.

Daher wäre es nicht schlecht, wenn neben den kommunalen Landesverbänden auch die betroffenen Kommunen und Vereine - zumindest einzelne Vereine aus den einzelnen Sparten - mit zu Wort kommen könnten. Man soll das nicht allein Verbandsvertretern überlassen, sondern auch den einen oder anderen Praktiker aus den Kommunen und Vereinen beteiligen. Das wird auch der Motivation der einzelnen Träger dienen.

(Lars Harms)

Ich bin deshalb sehr gespannt, was die regierungs-tragenden Fraktionen jetzt auf den Weg bringen. Vor allem die Bevölkerungsbefragung klingt zu-nächst interessant und basisdemokratisch. Eine sol-che Befragung zu einem solchen Komplex hat es bisher noch nicht gegeben. Von daher stellt sich na-türlich die Frage, wie dies alles vonstattengehen soll, vor allem, wer genau mit der Bevölkerung ge-meint ist, wie die Gruppe gebildet wird.

Ich sehe gerade, dass Kollege Koch und ich dabei sind. Das ist schon einmal etwas, aber vielleicht kommen von den 2,8 Millionen Einwohnern ja noch ein paar mehr dazu. Auch wenn wir das Kon-zept möglicherweise schon heute beschließen, müs-sen wir im Ausschuss noch einmal näher darüber nachdenken, wie die Bevölkerungsbefragung ausse-hen soll.

Ich habe noch einen Punkt, der mir wichtig ist und mittelbar mit dem Konzept zu tun hat. Es gab in den letzten Tagen Kritik an der Landespolitik durch den Steuerzahlerbund. Es wurde gesagt, Sportför-derung sei etwas ganz Fürchterliches. Ich kann Ihnen sagen: Sportförderung ist keine Steuergeldver-schwendung.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Auch den Profisport kann und darf man unterstüt-zen. Wer meint, die Förderung des Profisports sei unzulässig, der müsste diese Kritik eigentlich auf jedes einzelne geförderte Wirtschaftsunternehmen im Land ausweiten und die Wirtschaftsförderung komplett einstellen wollen. Profisportförderung ist im Grunde genommen nichts anderes als Wirt-schaftsförderung. Die heimische Wirtschaft zu un-terstützen, ist eine Kernaufgabe der politischen Ebenen. Wer also - wie der Steuerzahlerbund - meint, Profisport sei nicht unterstützenswert, der sollte sich in dieser Hinsicht vielleicht noch einmal den einen oder anderen Gedanken machen und sich mit Fachleuten auseinandersetzen.

(Vereinzelter Beifall)

Im Übrigen hat der Profisport auch eine Vorbild-funktion. Auch die ist für unsere Gesellschaft nicht zu unterschätzen. Durch Vorbilder, die durch den Profisport generiert werden, bekommen wir über-haupt erst junge Menschen in den Sport hinein. Auch das müssen wir bei der Förderung bedenken. Deswegen glaube ich, dass solche Förderungen im-mer noch genau das Richtige sind. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Inne-res, ländliche Räume und Integration, Hans-Joa-chim Grote, das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländli-che Räume und Integration:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sport ist in Schleswig-Holstein ein enor-mer Wirtschaftsfaktor und trägt wesentlich zur Le-bensqualität bei. Er ist Gesundheitsförderung, er stärkt den sozialen Zusammenhalt, hilft bei der Sucht- und Gewaltprävention und ebenso bei der Integration. Meine Damen und Herren, das wissen wir alle und sagen es auch jeden Tag.

(Beifall)

Allerdings hat sich das Sportverhalten der Men-schen in den vergangenen Jahren - das werden auch Sie alle bestätigen - deutlich verändert, und zwar ohne dass Sportorganisationen und die Kommunen darauf bisher wesentlichen Einfluss genommen hät-ten.

Lieber Herr Harms, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Einlassung. Das Gleiche gilt für Sie, sehr ge-ehrte Frau Wagner-Bockey - sie ist jetzt nicht da. Das Thema kommunale Sportentwicklungspläne: Wir fördern diese Pläne als Land mit jährlich 10.000 € Zuschuss. Ganz viele Kommunen haben diesen nicht genutzt, weil sie Sportentwicklungs-pläne als solche immer falsch verstanden haben. Es sind Sportstättenentwicklungspläne. Es geht bei der jetzigen Untersuchung nicht darum, Sportstätten zu untersuchen und linear fortzuentwickeln - was auch hier wiederholt gesagt worden ist -, sondern es geht um die Bedarfe der Zukunft. Was sind die Sportbe-gehren der Zukunft im Bereich Leistungssport, im Bereich Schulsport, Senioren-, Freizeit-, Gesund-heitssport, und was kommt noch an neuen Sportar-ten auf uns zu? Insofern sollten wir die Bestrebun-gen in den Kommunen weiter unterstützen, aber wir brauchen auch eine gesamtgesellschaftliche Be-trachtung für dieses Land, um auch den Kommu-nen, die dies nicht eigenständig auf den Weg ge-bracht haben, eine Hilfestellung zu geben.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben zur Kenntnis zu nehmen: Erstens. Die Zahl der Mannschafts-sportarten geht aufgrund der Bevölkerungsentwick-lung und des großen Angebots weiterer Sportarten zurück. Sport wird auch von Jüngeren inzwischen

(Minister Hans-Joachim Grote)

häufig ganz bewusst aus gesundheitlichen Gründen ausgeübt. Zweitens. Hinzu kommt das deutliche Wachstum des sogenannten informellen, also des nicht vereinsgebundenen Sporttreibens. Drittens. Ein großer Teil des Sports spielt sich zunehmend in Räumen ab, die nicht von den kommunalen Sportverwaltungen betreut werden, sondern etwa von Grünflächenämtern, der Stadtplanung, dem Schul-, dem Sozial- oder dem Jugendamt. Kurz gesagt: Sport findet mittlerweile nicht mehr nur auf Sportplätzen, sondern überall statt.

Es wird in Zukunft wichtiger werden, den öffentlichen Raum insbesondere für sportliche Menschen bewegungsfreundlicher zu gestalten und nicht mehr nur ausgewählte Sportstätten, die möglicherweise eingezäunt und mit sonstigen Problemen behaftet sind.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ein weiteres Beispiel: Besonders kleinere und mittlere Vereine spüren die Auswirkungen des kommerziellen Sports und verzeichnen spürbare Mitgliederrückgänge. Vereine, die dem Trend folgen können, und große, hauptamtlich geführte Vereine, die sich professionalisieren und ihr Angebot regelmäßig anpassen, haben dagegen gute Entwicklungschancen. Das heißt: Der gemeinwohlorientierte Sport, der landläufig als Breitensport bezeichnet wird, erlebt nach allen Regeln der Marktwirtschaft einen Verdrängungswettbewerb.

Wenn dieser Wettbewerb verloren ginge, könnte nur, wer sich Sport noch erlauben kann, diesen betreiben. Ich glaube nicht, dass das unser aller Ziel ist.

Damit besteht die Gefahr einer Abkehr von der Gemeinwohlorientierung. Dies abzuwenden, muss eine Aufgabe der Zukunft sein - für die Politik ebenso wie für die Sportorganisationen -, insbesondere vor dem Hintergrund des politischen Ziels, allen Menschen Zugang zum Sport zu ermöglichen und keine Ausgrenzung aufgrund eines Wohnortes oder der ökonomischen Lage zuzulassen.

Um den Sport in unserem Land auf diese veränderten Umstände hin anzupassen und auch in Zukunft seine vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen zu sichern, brauchen wir eine sportpolitische Gesamtsicht. Wir müssen die künftigen Herausforderungen des Sportlandes Schleswig-Holstein betrachten, um daraus Handlungsvorschläge für Vereine, Verbände, Kommunen, Gemeinschaften und auch für die Landesregierung zu erarbeiten.

Für dieses Ziel soll eine - vorhin wurde es schon wiederholt genannt - landesweite wissenschaftliche Expertise der gesellschaftlichen und sportpolitischen Entwicklung für die nächsten 20 Jahre in Auftrag gegeben werden, die von meinem Haus eng begleitet wird. Der Sport, die Kommunen, die kommunalen Landesverbände sowie die Bürgerinnen und Bürger sollen einbezogen werden.

Die Untersuchung muss die künftigen Interessen sowohl der Bevölkerung als auch des organisierten Sports und der kommunalen Sportstättenplanung gleichermaßen auswerten und miteinander verbinden. Nur so können wir daraus die künftige Entwicklung des Breiten- und Freizeitsports und ebenso die des Leistungs- und Spitzensports ableiten und gezielt fördern.

Wir werden noch in diesem Jahr die ersten Schritte gehen. Die ersten Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung möchten wir bis Ende kommenden Jahres ermitteln. 2020 könnte geeignet sein, den „Zukunftsplan Sportland Schleswig-Holstein“ - unter diesem Titel arbeiten wir an dem Thema - vorzulegen. Dies sind ehrgeizige Ziele. Ich kenne bisher allerdings keine so breit angelegte Untersuchung aus anderen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Zukunftsplan heißt nicht die Zusammenführung vorhandener Angebote und Möglichkeiten. Zukunftsplan heißt insbesondere Evaluation und Ermittlung der Zukunftsbedarfe.

Ich möchte noch eines sagen: Bei dem damit einhergehenden finanziellen und personellen Aufwand hoffe ich auch zukünftig auf Ihre Unterstützung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Eigentlich hatte ich gedacht, ich hielte meinen Dreiminutenbeitrag vor der Rede des Ministers. Wir haben aber einen so perfekten Sportminister, der einen so guten Vortrag gehalten hat, der in Gänze beinhaltet, was ich sagen wollte. Er hat noch einmal erklärt, was der Unterschied zwischen Sportentwicklungsplanung und Sportstättenplanung ist. Er hat noch einmal das Verhältnis von der Unterstützung kommunaler Sportstättenplanung

(Barbara Ostmeier)

zur Landesplanung - die perspektivische Ausrichtung, die wir auf den Weg bringen wollen - erklärt. Besser kann man es gar nicht ausdrücken.

Ich möchte noch einmal dafür werben, dass das gesamte Haus sich heute in einer Abstimmung in der Sache hinter den Antrag stellt. Dieser Antrag ist als Auftrag an die Landesregierung zu verstehen gewesen. Wir haben sehr strukturiert vieles aufgenommen, was wir als Idee hatten und was dort hineinfließen sollte. Dieses wird letztendlich im Ministerium auf den Weg gebracht, wenn man sich entschieden hat, wer es wissenschaftlich begleitet.

Ich bin mir sicher, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss, sobald es Ergebnisse gibt, einen Bericht dazu erhalten, um dann sagen zu können: Wie sind die Vorstellungen? Was ist noch wichtig? - Selbstverständlich sind die Vereine einer der wichtigsten Gesprächspartner und auch Partner der Evaluation, die wir auf den Weg bringen wollen.

Ich würde mich im Sinne des Sports freuen, wenn wir dies gemeinsam tragen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/255, dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Nein, nicht überweisen! Abstimmung in der Sache!)

- Nein, es ist Überweisung an den Ausschuss beantragt worden. Wer ist gegen eine Überweisung in den Ausschuss? - Damit ist die Überweisung in den Ausschuss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag, Drucksache 19/255, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 19/255, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Zukunftslabor soziale Sicherung

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/224

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/267

Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme ausbauen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/273

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein soziales Thema aus dem Koalitionsvertrag hohe Wellen schlägt, dann ist es das Zukunftslabor zur sozialen Sicherung. Für uns Grüne kann ich nur sagen, dass es gut ist, dass es Wellen schlägt. Erst die Koalitionsverhandlungen, heute der Landtagsbeschluss: Ich freue mich riesig, dass wir einen Schritt weiterkommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Unser soziales Netz ist gut, aber es hat auch Lücken. Daher ist es richtig und wichtig, dass wir immer wieder nachbessern und gucken, wie wir die Maschen des sozialen Netzes enger knüpfen können, damit sich nicht noch mehr Menschen abgehängt fühlen.

Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt stark verändern. Es gibt viele Menschen, die sich über neue Arbeitsplätze und neue Chancen freuen. Es gibt aber auch viele Menschen, die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, wenn die Digitalisierung voranschreitet. Gleichzeitig nimmt die Armut in Schleswig-Holstein zu. Die soziale Frage muss in Zeiten der Digitalisierung neu beantwortet werden. Eins sollte uns allen nicht nur in der Sozialpolitik klar sein: Armut ist Sprengstoff für unsere Demokratie. Deswegen sind alle Demokratinnen und Demokraten klug beraten, Armut in allen Facetten konsequent zu bekämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

(Dr. Marret Bohn)

In Schleswig-Holstein leben 40.000 Menschen von der Grundsicherung im Alter - doppelt so viele wie vor einigen Jahren, Tendenz steigend. Für uns Grüne ist völlig klar: Niemand sollte in einem reichen Land in Armut leben müssen. Das ist unser Ziel, und da wollen wir hinkommen.

Unser Jamaika-Bündnis wird bundesweit ganz genau beobachtet, weil es etwas völlig Neues ist. Ich freue mich darüber, dass wir uns beim Ziel in Jamaika einig sind. Wir wollen im Zukunftslabor mit Sozialverbänden, mit Gewerkschaften, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über den Weg zum Ziel diskutieren. Das Ergebnis werden wir, wenn es vorliegt, auf die Bundesebene tragen. Damit machen wir unser Land fit für die Zukunft und stellen uns den Herausforderungen der Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Kurzem hat es etwas ganz Ungewöhnliches gegeben, was ich vor einigen Jahren noch gar nicht für möglich gehalten hätte: Wir haben eine gemeinsame Fraktionssitzung mit CDU, Grünen und FDP durchgeführt. Es war sehr interessant, Professor Straubhaar zuzuhören und uns seine Vorstellungen eines Grundeinkommens einmal anzuhören. Das zeigt sehr deutlich: Wir meinen es ernst mit Jamaika. Wir wollen bisherige Denkbarrieren abbauen und zukunftsorientiert neue Lösungswege finden.

Ich habe mit dem Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, schon einmal über diese Ideen gesprochen und in einer gemeinsamen Veranstaltung diese Ideen gesammelt. Auch diese werden in den Prozess einfließen.

Eines ist mir persönlich noch einmal ganz besonders wichtig: Wir versprechen nicht, dass morgen alle Menschen in Schleswig-Holstein ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. Wir versprechen, dass wir offen sind für die beste Lösung. Wir versprechen, dass wir uns auf den Weg machen, und wir versprechen ganz klar, dass wir mit Jamaika nach neuen Antworten auf die soziale Frage suchen.

(Beifall Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit machen wir uns bundesweit zum Spitzenreiter und setzen uns an die Spitze einer Bewegung - eine Bewegung, die auch in Finnland schon ordentlich Schwung aufgenommen hat. Dort findet bereits ein Modellversuch statt. Wie ich gehört habe, gibt es in der Stadt Flensburg Aktivitäten, und es besteht Interesse daran, zur Modellregion zu werden.

Unsere Antworten aus dem Zukunftslabor gehen an die Bundesebene. Ich sage ganz deutlich: Wenn es auf der Bundesebene Jamaika geben sollte, würde ich mich freuen, wenn auch dort Diskussionen über den neuen sozialen Staat, über die neue Beantwortung der sozialen Frage geführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW: Für uns ist es selbstverständlich, dass Gewerkschaften und Sozialverbände mit dazugehören. Wir stimmen dem Antrag gern zu und freuen uns über die weitere Diskussion im Zukunftslabor. Ich freue mich jetzt, dass wir den Startschuss für das Zukunftslabor geben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Zukunft ist in der Gegenwart angelegt.“ - So hat es Ernst Bloch formuliert. Was kann uns dieses Zitat für unsere heutige Debatte über gesellschaftliche Veränderung, soziale Entwicklung und sozialen Zusammenhalt aufgeben? - Soziale Sicherheit zu diskutieren, ist mehr, als nur neue soziale Absicherungsmodelle zu erarbeiten. Es ist vor allem ein aktiver Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Förderung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, ein Recht auf Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung, gute Arbeit und faire Löhne, die dazu führen, dass man im Alter ein auskömmliches Einkommen beziehen kann - das ist die Grundlage für eine soziale und gerechte Gesellschaft. Arbeit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes, würdiges Leben. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres war fast eine Million Menschen in Deutschland langzeitarbeitslos. Das ist nicht länger hinzunehmen. Das ist ein Skandal.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ein Angebot für die circa eine Million langzeitarbeitsloser Menschen wäre ein sozialer Arbeitsmarkt, ein Arbeitsmarkt, der durch öffentliche Fördermittel geschaffen wird, der Langzeitarbeitslosen Weiterbildung und Qualifizierung bietet und der, wenn möglich, einen Übertritt in den normalen ersten Arbeitsmarkt ermöglicht. Das wäre eine soziale

(Wolfgang Baasch)

Zukunftsperspektive, der sich auch diese Jamaika-Landesregierung stellen sollte.

(Beifall SPD)

Die Aufzählung fortsetzend: Ein weiterer, aktuell nicht hinnehmbarer gesellschaftlicher Zustand ist die Kinderarmut. Armut bei Kindern und Jugendlichen ist keine Bagatelle. Kinderarmut in unserem reichen Land ist eine Schande. Darum brauchen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Neben dieser Kindergrundsicherung bedarf es familienfreundlicher und bildungsstärkender Investitionen. Alle Kinder haben ein Anrecht auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft - ein Ansatz, der natürlich auch Bestandteil der Zukunft sein muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weltweit besitzen acht Menschen so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung von 3,6 Milliarden Menschen. Diese Zahl stammt aus dem Ungleichheitsbericht von Oxfam. Ich glaube, diese erschreckenden Zahlen machen deutlich, dass wir uns, wenn wir nicht an dieser Stelle für Verteilungsgerechtigkeit sorgen, viele andere Fragen von sozialer Sicherung gar nicht mehr zu stellen brauchen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dieses ist eine Aufgabe, die uns echt herausfordert.

(Beifall SPD)

Diese Form von Ungerechtigkeit ist eine der größten Bedrohungen der Menschheit. Wir brauchen eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit, denn immer mehr Menschen können ein gutes Leben nicht mehr leben, weil ihnen die notwendigen Voraussetzungen vorenthalten werden. Wer ein selbstbestimmtes und würdiges Leben fördern will, muss sich also für gute Arbeit und faire Löhne einsetzen - ein Punkt, der im Antrag der Jamaika-Koalition leider komplett fehlt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das finde ich erstaunlich!)

Aber es fällt auch auf, dass die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP das Thema Zukunft der sozialen Sicherung sozusagen aus der politischen Debatte des Landtages outsourcen. Sie übertragen es auf Akteurinnen und Akteure

der Arbeitsmarktpolitik, der Wissenschaft und jetzt auch der Verbände.

(Christopher Vogt [FDP]: Sonst heißt es: Kein Dialog! - Jetzt ist es Outsourcen!)

- Nun hören Sie auch einmal zu, Herr Vogt. Ich habe noch zwei, drei Sätze mehr, da ist auch noch ein Auftrag für Sie dabei.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich bin gespannt wie ein Flitzebogen!)

- Wunderbar. Sie übertragen es also auf Akteurinnen und Akteure außerhalb des Hauses hier, also auf Akteure, die in der Arbeitsmarktpolitik aktiv sind, ohne die eigenen parlamentarischen Möglichkeiten der Erarbeitung von Problemlösungen oder Zukunftskonzepten im politischen Raum zu nutzen. Wo bleibt denn zum Beispiel die Möglichkeit der Einrichtung einer Enquetekommission, um die Zukunft der sozialen Sicherung hier im Landeshaus zu diskutieren?

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Beantragen Sie das doch!)

Wo bleibt denn im Text der eigene Anspruch, genau diese Punkte zu klären? - Nein, ich glaube, bei der Aufzählung Ihrer Punkte ist es Ihnen vor allem darum gegangen, das abzubilden, was Jamaika umtreibt, und nicht darum, was die wahren Probleme der Menschen in diesem Land sind.

(Beifall SPD)

Sie versuchen nur, Bürgergeld, Grundeinkommen oder die Weiterentwicklung des Versicherungssystems unter einen Hut zu bringen. Ich sage Ihnen: Wer dabei vergisst, dass es auch darum geht, eine Bürgerversicherung einzuführen, dass es darum geht, die Kindergrundsicherung stabil zu gestalten, greift zu kurz und greift nur auf sein eigenes Parteiprogramm zurück. Es darf doch nicht sein, dass die geeignetsten Instrumente nicht ausgelotet und gar nicht aufgezählt werden.

Die Vorstellung zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme von uns Sozialdemokraten finden Sie in unserem Antrag. Das sind gute Ideen, um unseren Sozialstaat für die kommenden Herausforderungen zukunftsfest, solidarisch und gerecht zu gestalten. Ich bin dafür, dass wir die Anträge dem Sozialausschuss überweisen. Vielleicht gelingt es ja, den einen oder anderen wirklich nachvollziehbaren Grund wie Kindergrundsicherung oder Bürgerversicherung mit in den Antrag und in den Plan der Jamaika-Koalition aufzunehmen. - In dem Sinne bitte ich Sie um Überweisung.

(Wolfgang Baasch)

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Folgen des demografischen Wandels, die Veränderungen im Arbeitsleben, die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und eine immer älter werdende Gesellschaft erfordern ein Handeln der Politik. Diese Entwicklung hat mittel- und langfristig unmittelbare Auswirkungen auf unseren Sozialstaat. Wir als Politikerinnen und Politiker müssen uns auf mögliche Szenarien einstellen und dürfen nicht an vergangenen Illusionen festhalten, denn wir müssen auch zukünftig die Sicherstellung des Sozialstaates garantieren. Auch um mögliche Antworten und Lösungen im Hinblick auf ein zukünftiges System zu finden und diese in einem geeigneten Rahmen diskutieren zu können, setzt die Jamaika-Koalition ein Zukunftslabor ein.

Unser gemeinsames Ziel ist es, dass sich die verschiedenen Akteure aus der Arbeitsmarktpolitik, aus der Wissenschaft und den Sozialverbänden - denn auch wir finden diesen Antrag des SSW sehr gut - auf den Weg machen, um zu prüfen, ob und wie die neuen Absicherungsmodelle, wie zum Beispiel das Bürgergeld, das bedingungslose Grundeinkommen umgesetzt oder die bestehenden Sicherungssysteme weiterentwickelt und zukunftsfest gemacht werden könnten.

(Beifall CDU und FDP)

In Anbetracht der Veränderung der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung und der Änderungen am Arbeitsmarkt auch in Bezug auf die Chancen und die eventuellen Risiken der fortschreitenden Digitalisierung in Deutschland und der Welt müssen wir als Politik ausloten, wie zukunftsfest unsere sozialen Sicherungssysteme sind. Gemeinsam wollen wir die verschiedenen Möglichkeiten miteinander beraten.

Ein Diskussionspunkt des zukünftigen Zukunftslabors wird auch das sogenannte bedingungslose Grundeinkommen sein, das sich deutlich von der heute staatlich organisierten Grundsicherung abhebt. Diese Grundsicherung, so wie wir sie praktizieren, wird nur dann gezahlt, wenn das eigene Einkommen nicht zum Leben reicht und unterhalb eines festgelegten Betrags liegt.

Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens jedoch sieht eine Zuwendung für jede Person unabhängig von seiner Einkommenshöhe und seines Beschäftigungsstatus vor. Es wird weder eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgen noch eine Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit gefordert. Gleichzeitig entfallen alle allgemeinen steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld, aber auch Rentenleistungen.

Im Zukunftslabor werden wir die verschiedenen Modelle, wie zum Beispiel das Verfahren der negativen Einkommensteuer, das Solidarische Bürgergeld, das Liberale Bürgergeld und natürlich auch das bedingungslose Grundeinkommen diskutieren. Unser Fokus als CDU liegt auf der Weiterentwicklung des bestehenden Sozialsystems.

Vorweg möchte ich einige Gedanken zum bedingungslosen Grundeinkommen formulieren. Frau Bohn hat es schon erwähnt, wir hatten eine gemeinsame Sitzung mit Herr Professor Straubhaar. Einige Punkte, die dort genannt worden sind, waren für mich sehr beunruhigend. Ich möchte diese noch einmal erläutern. Zum einen ist es die totale Entbindung des Staates von der sozialen Verantwortung, weil die deutsche Sozialordnung vom Versorgungsbeziehungswise Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild wegfallen würde. Zum anderen würde zwischen Bedürftigen und nicht Bedürftigen nicht mehr unterschieden werden. Alle ohne Ausnahme bekämen beispielsweise monatlich 1.000 € Grundeinkommen und müssten damit selbst Vorsorge für die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung leisten. Meine Damen und Herren, das gleicht aus meiner Sicht einer Zerschlagung des Sozialstaates, zumindest seiner Gefährdung.

(Beifall CDU und SPD)

Die Gewerkschaften lehnen das BGE ab, weil sie befürchten, dass Arbeitgeber von sozialer Verantwortung, die sie gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben, entbunden werden.

Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens schadet - ein weiterer Kritikpunkt - vor allem den Löhnen und Gehältern. Jeglicher Verdienst hätte den Charakter eines Dazuverdienens. Das muss man beachten. Professor Straubhaar prognostiziert dadurch einen Einkommensverlust von anfangs zirka 30 %. Nachher pendelt sich das bei einer Vollzeitbeschäftigung bei ungefähr 20 % ein. Befürchtet werden muss auch, dass das Bedingungslose Grundeinkommen als eine „Stilllegungsprämie“ angesehen werden kann. Wir müssen auch bedenken,

(Katja Rathje-Hoffmann)

welche Anreize es hinsichtlich der Migration hat. Auch darüber müssen wir nachdenken.

Besonders beunruhigend finde ich aber auch die Tatsache, dass die Entscheidung für das bedingungslose Grundeinkommen irreversibel ist. Wenn man das einmal gemacht hat, kommt man da nicht mehr heraus. Das muss man sich genau überlegen. So sagt es jedenfalls Professor Straubhaar. Aus unserer Sicht können wir das so nicht wollen!

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Hier wird meines Erachtens Armut manifestiert, zementiert und überhaupt nicht verringert. Denn was von beispielsweise 1.000 € für einen Menschen bleibt, der ohnehin ein geringes Einkommen hat, wäre nicht mehr als Grundsicherungsniveau.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt anführen. Das BGE setzt eine massive Eigenverantwortung voraus. Damit sind einige jetzt schon überfordert. Ich weiß nicht, ob das ein frontaler Weg in die Armut wäre.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit!

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ja. - Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben uns schon jetzt viele Gedanken gemacht. Wir freuen uns auf die Arbeit im Zukunftslabor. Wir werden das alles engagiert miteinander und mit Fachleuten diskutieren. Darauf freuen wir uns. - Danke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat nun für die FDP-Fraktion der Kollege Dennys Bornhöft.

(Birte Pauls [SPD]: Vielleicht solltet ihr noch einen Arbeitskreis einrichten!)

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag greift eines der spannendsten Themenfelder in unserem Koalitionsvertrag auf - spannend, weil es um wichtige Themen wie Arbeitsleben und soziale Absicherung im Wandel von Digitalisierung, Demografie und weiteren großen destruktiven Elementen geht. Vor allem die Digitalisierung darf nicht primär als Risi-

ko gesehen werden. Sie bietet aus Sicht der FDP und der Jamaika-Koalition Chancen, unser Leben mit einem Mehr an Freiheit und Selbstverantwortung zu gestalten.

(Beifall Kay Richert [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Das Berufsleben unterliegt starken Veränderungen. Berufszweige, die es seit vielen Jahrzehnten gibt, wird es gegebenenfalls in zehn Jahren in dieser Anzahl so nicht mehr geben. Ein offensichtliches Beispiel ist das autonome Fahren, was Speditionen, Lkw und den ÖPNV betrifft. Autonome Busse werden mittelfristig eher im Verkehrsbild zu sehen sein als autonom fahrende Fischkutter. Der Job des Liniensbusfahrers gerät vermutlich eher auf die Liste der bedrohten Arten als der des Berufsfischers im Land zwischen den Meeren. - Schade, dass der Fischereiminister gerade nicht da ist.

Neben den Berufsfeldern befindet sich ebenso die Altersvorsorge im Wandel. Das Modell, 40 Jahre ununterbrochen in der gleichen Branche oder im gleichen Betrieb zu arbeiten und dann pro Rentner sieben Beitragszahler zu haben, ist nicht mehr zu halten. Der Vorsorgeatlas - gestern veröffentlicht - besagt, dass meine Generation, also diejenigen, die jetzt 25 bis 30 Jahre alt sind, voraussichtlich noch 38,6 % des Bruttoeinkommens als Basis für ihren gesetzlichen Rentenversicherungsanspruch haben werden. Das ist nicht wirklich viel. Das ist zumindest das, was gestern dazu veröffentlicht wurde. Das ist keine generationengerechte, geschweige denn „enkelfitte“ Altersvorsorge.

Für Reformen gibt es von verschiedensten Denkrichtungen Modelle volkswirtschaftlicher oder auch philosophischer Natur. Der Begriff Grundeinkommen, insbesondere wenn er verkürzt oder überspitzt als bedingungsloses Grundeinkommen tituliert wird, sorgte in der überregionalen Berichterstattung bereits für großes Aufsehen. Eine bundesweite Debatte, wie soziale Sicherung in Zeiten des digitalen Wandels gestaltet sein muss, haben wir damit bereits angestoßen.

Neben der bevorstehenden Zeitenwende in der Arbeitswelt und den immer dringender werdenden Fragen der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sollte es aber auch eine Debatte über den Aufbau und Ablauf unseres Verwaltungshandelns geben. Es gibt weiter über 100 verschiedene soziale Transferleistungen in Deutschland, die von über 40 verschiedenen Stellen verwaltet, also geprüft und auch beschieden werden. Das heißt, es wird auch enorm viel Geld dafür aufgewandt, dass Geld für

(Dennys Bornhöft)

die Bürgerinnen und Bürger überhaupt zahlbar gemacht werden kann. Bei Zuschüssen zu warmen Mittagessen für Kinder kann es schon einmal vorkommen, dass die dahinter liegenden Verwaltungskosten fiskalisch die jeweilige finanzielle Unterstützung übersteigen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Das ist auf jeden Fall ein Problem. - Ich selbst habe elf Jahre in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet und kenne die Beharrungskräfte, die es hier und da gibt, um an einem seit jeher bestehenden System festhalten zu können. Dennoch muss die Debatte auch hier geöffnet werden, um zu sehen, ob man nicht mit annähernd gleichem Geldeinsatz einen größeren Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schaffen kann. Mit dem Zukunftslabor wollen wir erreichen, dass Instrumente zur Arbeitsmarktsteuerung und sozialen Absicherung im Zuge des digitalen Wandels neu gedacht und in einem breiten Dialog, unter anderem mit Arbeitsmarktexperten und Gewerkschaften, entwickelt werden. Das ist definitiv kein Outsourcen des Landtags, sondern Einbeziehung von Experten. Ich finde es sehr spannend, das als „Outsourcen“ zu bezeichnen, wenn uns ansonsten hier und da in der Politik eine Dialogkultur vorgeworfen wird, die das nicht tut. Wir bringen etwas neue Dynamik in die gesellschaftliche Debatte ein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dann kriegt man ein Fleißkärtchen, wenn man das hier verwendet!)

- Ja, danke. Ich sammle die Kärtchen gern ein. Sie können mir das gern geben. Das ist immer noch besser als ein „Schuldenstrauß“.

Aus fast allen Parteispektren gibt es hierzu verschiedene Modelle. Neben dem Bedingungslosen Grundeinkommen, welches per se auch an sehr wohlhabende Menschen eine staatliche Transferleistung auszahlen würde, gibt es auch das Liberale Bürgergeld. Dieses würde über eine negative Einkommenssteuer laufen, die zu einer sinkenden bis entfallenden Leistungsausschüttung führt, je mehr Einkommen beziehungsweise Vermögen man hat.

Solche Modelle wie Grundeinkommen sollen den Menschen mehr Freiheiten einräumen, freier von Existenzängsten zu sein; mehr Freiheiten für kreativere Arbeitsweisen. Ganz besonders verspreche ich mir hiervon auch, sobald es einmal zu einem solchen Modell kommen sollte, mehr Freiheiten und Motivation zu Unternehmensgründungen, um eigene Ideen in die Tat umzusetzen. Ich denke, dass derzeit viele Ideen, die unsere Gesellschaft voran-

bringen könnten, insbesondere beim Social Entrepreneurship, leider nur Ideen bleiben, weil die Finanzierung des Lebensunterhalts nicht immer gewährleistet werden kann. Hier könnte eine Neuausrichtung unserer Sozialsysteme ein Feuerwerk der Kreativität und des gesellschaftlichen Mehrwerts entfachen.

Ich freue mich bereits auf die Ansätze, die in breiter Beteiligung erarbeitet und diskutiert werden. Möge Berlin nicht nur wegen unserer Parteifarben auf Kiel schauen, sondern auch wegen unserer ergebnisoffenen Debattenkultur über zukünftiges Leben, Arbeiten und Älterwerden in unserem Land. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es wird spannend, denn wie auch immer ein solches Zukunftslabor aussehen wird, das CDU, Grüne und FDP mit ihrem Antrag nun auch in Schleswig-Holstein mit einer Diskussion über Bürgergeld, über Grundeinkommen und über die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme anstoßen, es ist ein wichtiger und auch ein überfälliger Schritt. Die Notwendigkeiten sprechen Sie in Ihrer Antragsbegründung klar an, und ich muss hier nicht noch einmal ausführen, wie sich unsere Arbeitswelt in den nächsten Dekaden deutlich verändern wird.

Im Unterschied zu früheren Entwicklungen, bei denen Arbeitsplätze durch Automatisierungen weggefallen sind, vollzieht sich der derzeitige Wandel aber deutlich schneller als früher. Dieser Umstand macht die Debatte zum jetzigen Zeitpunkt so notwendig. Ich möchte das Wort Debatte unterstreichen, denn es ist zum heutigen Zeitpunkt eher nebensächlich, wie man etwa zum Bedingungslosen Grundeinkommen tatsächlich steht. Wichtig ist, dass die Diskussion geführt wird, und zwar nicht nur außerparlamentarisch.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Es wird darum gehen, sich über verschiedene Alternativen und Szenarien auszutauschen und - ohne ins Detail zu gehen - schlagwortartig denkbare Alternativen zum schon angesprochenen Bedingungslosen

(Dr. Frank Brodehl)

Grundeinkommen zu finden. So ist auch ein an Bedingungen geknüpftes Grundeinkommen denkbar. So ist eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich denkbar und natürlich auch eine solche ohne vollen Lohnausgleich.

Apropos Arbeitszeit: Die „Welt“ titelt heute die Forderung nach Arbeitszeit nach Wunsch. Schließlich darf auch dieser Gedanke nicht fehlen: Es wird vielleicht gar nicht weniger Arbeit geben, weil das wirtschaftliche Wachstum neue Arbeitsplätze hervorbringen wird. Auch das ist nicht ausgeschlossen.

Wo steht eigentlich die AfD in der ganzen Frage? - Dazu nur so viel: Das Modell eines Grundeinkommens deckt sich mit unserer Vorstellung, neben der Erwerbsarbeit auch andere Arbeitsformen stärker als bisher anzuerkennen, zum Beispiel die Familienarbeit oder die ehrenamtliche Arbeit.

In der heutigen Sitzung steht aber etwas ganz anderes im Vordergrund. Uns haben zwei Fragen beschäftigt: Erstens. Wer genau sollen die Akteure - so nennen Sie das - des Zukunftslabors sein? Zweitens. Wie wird sichergestellt, dass zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt auch tatsächlich ein zukunftsfähiges Konzept vorgelegt wird? Natürlich soll es nicht nur um die Frage gehen: „Wie werden wir leben?“, sondern auch um die Frage: „Wie wollen wir leben?“ Aber am Ende müssen Konzepte und keine Utopien stehen. Deshalb wird auch die Frage der Finanzierbarkeit mit bedacht werden müssen. Diese Frage ist alles andere als nebensächlich.

Auf der Suche nach positiven Beispielen bin ich leider nicht so richtig fündig geworden. Immerhin waren die Beispiele aber doch geeignet, um zu überlegen, was wir mit unserer Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag verbinden möchten. Grundlegend für alle noch auszuwählenden Mitarbeiter des Zukunftslabors ist ein damit verbundener Appell an deren Verantwortung. Anders formuliert: Laut denken ist erwünscht, aber maßgebend sollte eine Verantwortungsethik und nicht eine Gesinnungsethik oder eine Ideologie sein. Für die Auswahl der Labormitarbeiter sollten wir uns also genügend Zeit einräumen. Hier muss sichergestellt sein, dass die Gesellschaft sich in ihrer gesamten Breite repräsentiert fühlt. Der Änderungsantrag des SSW geht genau in diese Richtung. Wenn man seine Weltsicht und seine Hoffnung im Zukunftslabor nicht repräsentiert sieht, dann wächst die Gefahr einer Einstellung nach dem Motto: Das geht mich alles sowieso nichts an.

Hieran knüpft auch unsere zweite Anregung an: Lassen Sie uns darauf achten, dass geeignete Mittel direkter Demokratie den gesamten Prozess begleiten und legitimieren.

Meine Damen und Herren, am wichtigsten ist uns in der heutigen Debatte, dass es um mehr gehen muss als um das Visionieren, und dass wir durch die Arbeit des Zukunftslabors gleichermaßen die Möglichkeit und auch die Pflicht haben, Elemente direkter Demokratie einfließen zu lassen.

Als AfD stimmen wir also dem Antrag zum Zukunftslabor zu und unterstreichen die Ergänzungen des SSW. Das Zukunftslabor verspricht, eine sehr spannende Sache zu werden.

Ich wäre sehr gern auch auf die Ergänzungen und den Alternativantrag der SPD eingegangen. Er hat mich dummerweise gerade eben erst erreicht. Vielleicht demnächst einen Tick früher!

(Birte Pauls [SPD]: Ausschuss!)

- Ganz genau, Ausschuss. - Also, meine Damen und Herren, es bleibt spannend. Wir sind froh, dass wir dabei sein können. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bevor wir zum nächsten Redebeitrag kommen, begrüßen Sie zunächst mit mir Schülerinnen und Schüler der Poul-Due-Jensen-Schule aus Wahlstedt sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Pinneberg, die soeben auf der Besuchertribüne eingetroffen sind. - Herzlichen willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Jetzt erteile ich für die Abgeordneten des SSW dem Herrn Kollegen Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Allein die Tatsache, dass in Schleswig-Holstein fast 40.000 Menschen von ihrer Rente nicht leben können und diese Rente durch Grundsicherung aufstocken müssen, hat dazu geführt, dass ich denke, dass das angekündigte „Zukunftslabor soziale Sicherung“ zu den wenigen wirklich spannenden Themen gehört, die sich die Jamaika-Koalition auf die Fahnen geschrieben hat.

Darüber, dass wir die sozialen Sicherungssysteme dringend weiterentwickeln müssen, gibt es, so glaube ich, eine große Einigkeit. Aber auch die im An-

(Flemming Meyer)

trag erwähnte Idee eines Grundeinkommens ist es aus Sicht des SSW wert, intensiv diskutiert zu werden. Deshalb können wir diese Initiative unterstützen. Wichtig ist nur, dass den Worten dann auch ein entsprechend engagierter Einsatz in Berlin folgt. Auch das wird ja im Antrag angekündigt, aber nur so wird man auch entscheidenden Einfluss auf die zukünftige Arbeitsmarktpolitik nehmen können.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völlig richtig, dass sich die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt in den vergangenen 10 bis 20 Jahren stark verändert haben. Mit der Digitalisierung und dem Fachkräftemangel sind die großen Herausforderungen genannt. Natürlich muss die Arbeitsmarktpolitik darauf reagieren, und natürlich müssen unsere Instrumente zur Steuerung des Arbeitsmarkts und die soziale Absicherung insgesamt angepasst werden. Aber wenn man zu diesem Zweck ein „Zukunftslabor soziale Sicherung“ einrichtet, dann müssen nach unserer Meinung auch die Sozialverbände mit am Tisch sitzen. Wie ich gehört habe, sind wir uns darüber auch einig. Das finde ich gut so.

Während der schwarz-gelb-grünen Koalitionsverhandlungen war ja sogar schon von einem Modellversuch zum Grundeinkommen die Rede. Nun werden doch etwas kleinere Brötchen gebacken, aber wie dem auch sei: Für den SSW ist klar, dass uns auch die Diskussion und Bewertung dieser Idee, auf die sich Jamaika nun als kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt hat, weiterbringen kann, denn es klingt zwar sehr einfach und überzeugend, dass ein Einkommen für alle in Höhe des Existenzminimums viele Probleme lösen kann, aber damit sind eben auch viele Unsicherheiten verbunden. Hier wird vermutlich schon die intensive Auseinandersetzung mit dieser Idee zu etwas mehr Klarheit führen.

Doch so spannend das Thema Grundeinkommen auch ist, es ist ein langfristiges Vorhaben, und es hilft den Menschen, die heute vor Problemen stehen, herzlich wenig. Deshalb ist für uns die Frage, wie wir die Bürgerinnen und Bürger hier und jetzt vor Armut schützen, noch weit wichtiger. Oder anders gesagt: Wir brauchen nicht nur Antworten für diejenigen, deren Arbeitsplätze durch eine fortschreitende Digitalisierung bedroht sind, sondern auch für Alleinerziehende oder für Menschen, die beispielsweise Angehörige pflegen. Aber auch Langzeitarbeitslosen oder den viel zu vielen Geringverdienern im Land können wir noch deutlich bessere Angebote machen, wenn es um ihre Wie-

dereingliederung oder um ihre soziale Sicherung geht.

Hier liegt also noch viel Arbeit vor uns. Wir müssen uns zum Beispiel gemeinsam mit den Tarifpartnern und der Wirtschaft für eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen, und wir müssen weiter daran arbeiten, die Barrieren für flexiblere Arbeitszeiten auszubauen.

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagsangebote sind wir dazu auf einem sehr guten Weg, den wir natürlich weitergehen müssen.

Außerdem sollten wir uns nicht zuletzt in Berlin dafür einsetzen, dass Einkommensverluste durch Erwerbsunterbrechungen oder Arbeitszeitverkürzungen ausgeglichen werden, vor allem natürlich dann, wenn diese Unterbrechungen durch wichtige Aufgaben wie Kindererziehung, Pflege oder Weiterbildung entstehen. Denn diese Dinge führen viel zu oft zu Nachteilen im Arbeitsleben und später bei der Rente.

Ich denke, ein sogenanntes Zukunftslabor soziale Sicherung kann durchaus dazu beitragen, Antworten auf einige Herausforderungen zu geben. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse und freue mich auch auf die Beratung über den Antrag des SSW, den ich gern in den Ausschuss überweisen möchte. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat nun der Kollege Heiner Dunckel für die SPD-Fraktion.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Bohn, ich habe das Glück oder das Problem, dass ich mich beruflich viele Jahre unter anderem mit dem Thema BGE, also mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen, beschäftigt habe. Sie sollten auch wissen, dass es eine breite Diskussion in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, insbesondere in den linken Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, gibt, die kritische Stimmen zu dem Thema BGE formuliert haben. Insofern wundert es mich schon, dass Sie relativ unkritisch einfach gesagt haben: Wir sind für das BGE. - Denn es gibt auch da sehr kritische Diskussionen. Insofern bin ich der Kollegin Rathje-Hoffmann dankbar, dass sie diese kritischen Punkte, die ja nicht nur Straubhaar, sondern auch viele andere for-

(Dr. Heiner Dunckel)

mulieren, noch einmal thematisiert hat, weil man sie in der Tat, denke ich, in besonderem Maße berücksichtigen muss.

An dieser Stelle frage ich mich natürlich ein bisschen, ob Sie wirklich in einer gemeinsamen Koalition sind oder nicht. Bei diesem Punkt kann ich das nicht so richtig feststellen.

(Beifall SPD)

Deshalb hat es mich ein bisschen beunruhigt, dass es für dieses Zukunftslabor offensichtlich schon eine Art Vorfestlegung gibt. Das ist etwas, was mich durchaus beunruhigt.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Dann wissen Sie ja mehr als wir!)

- Es hört sich einfach so an. Das muss man ja so thematisieren. - Deswegen hoffe ich sehr, dass auch die - für uns wesentlich im parlamentarischen Kontext - kritischen Stimmen in den Wissenschaften und Gewerkschaften thematisiert, zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden. Das halte ich für das Wenigste, was man erwarten kann.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile nun dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, für die Landesregierung das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das eine tun ohne das andere zu lassen: Dass wir uns selbstverständlich mit der Gegenwart beschäftigen, das erleben spätestens auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition jedes Mal im Schleswig-Holsteinischen Landtag und in den Fachausschüssen. Aber dass sich eine Koalition mit einem so breiten Spannungsbogen die Fragen der Zukunftssicherung so ins Pflichtenheft geschrieben hat, das ist, so würde ich sagen, schon etwas ganz besonderes. Wir dürfen wirklich stolz darauf sein, dass uns das in dieser Form gelungen ist.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich bei meinem ehemaligen Kollegen, dem Landesvorsitzenden Arfst Wagner von den Grünen, bedanken, der hier mit ein Impulsgeber dafür war. Es war mitnich-

ten geplant, und es wird mitnichten der Fall sein, dass es irgendeine Vorfestlegung auf irgendeine Absicherung geben wird. Denn der Charme einer solchen offenen Auseinandersetzung, zu der wir im Übrigen die Opposition genauso einladen wie die Sozialverbände und Arbeitsmarkt- und Zukunftsforscher, besteht darin, sich eben nicht in einer Art Schaufensterdebatte hier die verschiedenen Ideologien, wie es bedauerlicherweise bei einem Beitrag wieder der Fall gewesen ist, um die Ohren zu hauen, sondern wirklich zu schauen, wie sich diese Gesellschaft denn weiterentwickelt, welche Herausforderungen der Arbeitsmarkt 4.0 bringt und was die Digitalisierung für die Gesellschaft bedeutet. Ja, das ist eine fantastische Chance für viele, aber was bedeutet das im Zweifel für den Kurierfahrer? Was bedeutet das für die Bewertung von Arbeitszeiten, aber auch arbeitsfreien Zeiten in Zukunft? Wie wollen wir in Zukunft für genau diese digitale Welt, in die wir hineinwachsen, ob es uns passt oder nicht, ein passgenaues, zukunftsfähiges soziales Sicherungssystem auf den Weg bringen? Dies wollen wir miteinander offen diskutieren. Dass es hier einen wirklich destruktiven Beitrag der Sozialdemokratie gibt, kann ich beim besten Willen nicht verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Ich will mich ausdrücklich damit auseinandersetzen, dass herkömmliche Sicherungssysteme möglicherweise keine Antwort mehr auf die Herausforderungen geben, die wir in der Zukunft haben. Es geht um die gleichrangige Diskussion, ob das die Weiterentwicklung umlagefinanzierter sozialer Sicherungssysteme ist, ob es ein bedingungsloses oder ein nicht bedingungsloses Grundeinkommen wie beispielsweise in Finnland ist - das finnische Modell ist ein nicht bedingungsloses Grundeinkommen - oder ob das ein Bürgergeld, ob ein liberales oder ein anderes Bürgergeld, sein soll.

Wir wollen all diese Absicherungsvarianten inklusive der Lebenskonten, wie sie gerade in Frankreich sehr engagiert diskutiert werden, mit Praktikern, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit den Sozialverbänden, mit der Opposition, Herr Oppositionsführer, miteinander diskutieren, um die Ergebnisse dann nach Berlin zu tragen, weil wir sagen: „Wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner - jedenfalls die Koalitionspartner und, wenn ich es richtig verstanden habe, genauso der SSW - haben hier vorgearbeitet und erwarten, dass sich eine neue Bundesregierung dieser zentra-

(Minister Dr. Heiner Garg)

len Herausforderung genauso stellt, wie wir es in Schleswig-Holstein tun!

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte jedenfalls gehofft, dass man das zumindest an dieser Stelle hinbekommt, weil es um die ganz zentrale Frage geht, in welcher zukünftigen Gesellschaft wir eigentlich leben wollen, welche Rolle ehrliche soziale Teilhabe am Leben für alle Menschen in einer sich rasant verändernden Gesellschaft spielt. Es ist doch die Veränderung, die den Menschen solche Angst macht. Ich habe gedacht, dass man das jenseits von Ideologien und parteipolitischen Grenzen auch einmal im Schleswig-Holsteinischen Landtag debattieren kann. Sie haben eindrucksvoll bewiesen, dass das offensichtlich - das bedaure ich wirklich zutiefst - so nicht der Fall gewesen ist. Wir werden uns davon nicht abhalten lassen. Wir werden genau die Frage, wie wir Gesellschaft wieder mehr dazu bekommen, dass sie sich mitgenommen und auch von der Politik ernst genommen fühlt, aufnehmen und das versuchen.

Ich denke, hier gibt es den ersten richtigen Startschuss. Auf der administrativen Ebene haben wir sozusagen alles vorbereitet, sprich, eine interministerielle Arbeitsgruppe wurde gegründet. Dann werden wir uns über die entsprechenden fachlichen Fragen auch mit den Fachfrauen und Fachmännern unterhalten. - Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat nun der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands braucht vom Sozialminister dieses Landes keine Belehrungen, was soziale Sicherungssysteme angeht. Es ist auch nicht destruktiv - Sie reden von Schaufensterdebatten -, wenn hier im Parlament debattiert wird. Ich finde, in einer Situation, in der Menschen teilweise nicht mehr ordentliche Sozialbeiträge bekommen, darüber zu reden, was aus der Zukunft von Gesundheit, Pflege, Arbeit und Rente wird, verlangt deutlich mehr Seriosität als solche Vorhaltungen.

(Beifall SPD)

Es ist übrigens auch kein Versuchslabor, sondern es ist das reale Leben, über das wir hier miteinander reden. Menschen bauen übrigens - darauf hat Frau Rathje-Hoffmann hingewiesen - auf die sozialen Sicherungssysteme. Heute bezahlt eine Krankenschwester dafür Steuern, dass sie Menschen unterstützt, die nicht arbeiten können. Soll sie möglicherweise am Ende Steuern für Leute bezahlen, die nicht arbeiten wollen? - Das kann doch keine ernsthafte Lösung sein.

Wir teilen weder die karitative Sicht nach dem Motto: „Man muss denen etwas geben“, noch teilen wir die Sicht, die insbesondere Liberale vertreten, man müsse kapitalgedeckte Systeme haben, sondern wir wollen solidarische Systeme haben. So muss es sein. Das fußt auf guter, ordentlich bezahlter Arbeit.

Um die, die dann nicht zurechtkommen, muss man sich in der Tat kümmern. Aber das Bürgergeld, von dem Sie alle hier reden, bleibt, auch wenn es einen wunderschönen Namen hat, eine Sozialtransferentscheidung, die Parlamentsmehrheiten treffen, die übrigens nicht immer progressiv sein müssen. Die Hoffnung, dass am Ende alle mehr bekommen, ist, denke ich, überaus unbegründet. Am Ende ist es wahrscheinlich weniger.

Übrigens - das hat Frau Rathje-Hoffmann gesagt, ich will das noch einmal wiederholen; ich stimme ihr ja nicht immer zu, aber in diesem Punkt schon -: Wenn man das einmal gemacht hat, dann sind die sozialen Sicherungssysteme kaputt, und zwar für immer. Das kann sich kein Mensch leisten. Deswegen halte ich schon den Titel eines Labors für einen sehr schwierigen Begriff. Wir reden hier über das reale Leben von Millionen von Menschen, die davon abhängig sind, dass sie soziale und solidarische Sicherungssysteme haben.

Herr Kollege Garg, eines will ich Ihnen noch einmal sagen: Sie halten uns vor, wir seien destruktiv, lassen aber unseren Antrag zur Bürgerversicherung einfach ruhen und betreiben ihn nicht weiter,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

oder halten dem Kollegen Baasch, der vom sozialen Arbeitsmarkt gesprochen und gesagt hat - -

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Reden Sie über Dinge, von denen Sie etwas verstehen, Herr Kollege Vogt!

(Zurufe FDP)

(Dr. Ralf Stegner)

Aber dass Sie zum Beispiel nicht über den sozialen Arbeitsmarkt reden wollen und es destruktiv nennen, wenn ein Sozialdemokrat das hier vorträgt, zeigt, wo die Gefahren liegen,

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch armselig!)

wenn man das privatisiert und wenn man das outsourct. Outsourcen ist schon der richtige Begriff, wenn wir das hier im Parlament nicht miteinander diskutieren. Hier im Parlament sollen wir über soziale Sicherungssysteme reden, aber nicht in irgendwelchen Kammern,

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zumal wir bei Ihnen merken, dass Sie zum Beispiel Leute in Beiräten, wenn Sie die selbst zu bestellen haben, gezielt ausschalten und ausschließen. Arbeitnehmerinteressen spielen dann gar keine Rolle.

Langer Rede kurzer Sinn: Die sozialen Sicherungssysteme haben sicher ihre Probleme. Aber es sind Systeme, die für Generationen von Menschen von Bedeutung sind. Wenn wir diese kaputt machen, wenn wir das nicht in Seriosität miteinander diskutieren, ist das im Übrigen am Ende eine Frage der Demokratie, und die Populisten, die dort drüben sitzen, profitieren davon,

(Zurufe AfD)

wenn wir das machen. Deshalb werfen Sie uns nicht destruktive Haltung vor. Ich finde, dazu haben Sie kein Recht. Es waren nicht die Liberalen, die die sozialen Sicherungssysteme aufgestellt haben, vielmehr haben Sie sie häufig genug bekämpft.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Quatsch!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Kollegin Dr. Marret Bohn aus der grünen Fraktion.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt passiert genau das, was absehbar war: Wem hilft diese Debatte bitte gerade? Niemandem dort draußen hilft sie. Ein Teil schimpft auf den anderen: „So geht es nicht, wir haben es erfunden“, oder: „So geht es nicht, wir sind seriös, ihr nicht“. - Genau das machen wir nicht mit!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD)

Wir werden die soziale Frage neu stellen, ob es den Genossinnen und Genossen gefällt oder nicht. Ich finde es wirklich schade, und ich hätte mir gewünscht, dass wir einmal genau das, was hier passiert ist, vermeiden. Wir können im Sozialausschuss gern weiter über den Antrag der SPD reden - gar keine Frage. Aber bei dem Zukunftslabor muss Schluss damit sein, dass wir Politik retro 80er machen. Wir müssen nach vorn schauen und neue Lösungen finden. Darauf freue ich mich. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, AfD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat nun der Kollege Dr. Andreas Tietze aus der grünen Fraktion.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal auf Ihren Wortbeitrag hin gemeldet, Herr Dr. Stegner, weil mich das wirklich aufregt. Ich will auch sagen, warum. Wir haben Sie jetzt 20, 30 Jahre in Regierungen erlebt: im Land, im Bund, gemeinsam mit uns. Wenn wir jetzt darüber reden, dass wir eine Idee verfolgen - ich finde großartig, lieber Kollege Garg, was Sie hier mit dieser Ergebnisoffenheit, mit diesem Mut, etwas Neues zu beginnen, gesagt haben -, dann finde ich es absolut unangemessen, wenn der Eindruck erzeugt wird, dass dahinter keine sozialpolitische Idee steht und dass dahinter möglicherweise auch nicht die Idee steht, dass man an die Schwächsten dieser Gesellschaft denkt. Für mich kann und muss auch in der Frage immer mitgedacht werden, wie wir jetzt über die Frage einer Utopie oder einer neuen Sozialpolitik nachdenken.

Ich möchte an dieser Stelle ebenfalls sagen, lieber Herr Kollege Dr. Stegner, dass ich die Einführung der Hartz-IV-Reform mit großem Ärger und Sorge miterlebt habe. Die haben wir gemeinsam unter Rot-Grün im Bund entschieden. Schauen wir uns einmal an, was da passiert. Das ist eine Überwachungsbürokratie geworden. Das ist eine Bürokratie geworden, die Menschen ganz tief verunsichert und unfrei macht. Wenn wir uns über diese Frage unterhalten werden, wie eine neue Sozialpolitik aussieht, dann gehört es dazu, -

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Tietze!

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- dass wir dies dürfen und das auch in einer Form politisch einbringen können.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Tietze, bevor Sie sich weiter in Rage reden, möchte Ihnen Kollege Dr. Dolgner gerne eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön. Eine Zwischenfrage lasse ich zu. Dann ist es aber auch gut.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Dann hat jetzt das Wort Kollege Dr. Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Dr. Tietze, zu Ihren Ausführungen zum Thema Überwachungsbürokratie bei SGB-II-Bezug und Ihrer Wertung, wenn das Bürgergeld eine Möglichkeit sein soll, das sozusagen abzuschaffen: Da gibt es eine noch viel kürzere Möglichkeit, das abzuschaffen. Ist das jetzt schlicht und ergreifend die Aussage, dass Jamaika für die Sanktionsfreiheit beim SGB-II-Bezug steht? Die anderen Fragen muss man dafür nicht klären. Wenn Sie sich darüber aufregen - das gab es ja so vorher nicht -, wäre doch die Konsequenz, dass sich die Grünen zumindest unter Jamaika, wenn sich die Regierung in Berlin bildet, für die Abschaffung der Sanktionsregelung einsetzen. Das ist nur bedingungslos im Bereich des Sozialen. Aber das wäre doch ein erster Schritt.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lieber Herr Kollege Dr. Dolgner, wir haben auf dem Bundesparteitag - übrigens in einer sehr intensiven und nachhaltigen Diskussion - als grüne Bundespartei genau die Abschaffung dieses Sanktionsmoratoriums beschlossen. Ich will nur sagen, das Thema des Sanktionsmoratoriums war für mich, seit ich bei den Grünen tätig bin, übrigens auch bei den schleswig-holsteinischen Grünen, ein Thema,

bei dem wir uns ganz klar dafür ausgesprochen haben, diese Sanktionen abzuschaffen. Das ist für mich genau das, was ich kritisiert habe. Noch einmal: Eine Bedürfnisprüfung ohne Zwang ist das, was das Bedingungslose Grundeinkommen will. Ich habe lange gebraucht, mich mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen anzufreunden. Ich sage Ihnen, wir müssen bei dem Thema Sozialpolitik neu denken. Ich bin sehr froh, dass wir das unter Jamaika tun. Noch einmal, Herr Kollege Garg, vielen Dank für Ihre Rede.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/224 sowie den Änderungsantrag Drucksache 19/267 und den Alternativantrag mit der Drucksachennummer 19/273 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! -

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Zurufe SSW)

Stimmenthaltungen?

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wir sind jetzt mitten in der Abstimmung. Zur Geschäftsordnung, Frau Dr. Bohn?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident, zur Geschäftsordnung: Ich hatte die Redebeiträge so verstanden, dass beantragt wurde, den Antrag der SPD, der sehr kurzfristig gekommen ist, in dem aber auf den ersten Blick schon viele gute Dinge stehen, in den Ausschuss zu überweisen, und in den Redebeiträgen der Jamaika-Koalition hatten wir ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir dem Änderungsantrag des SSW zustimmen. Ich habe gedacht, dass Sie dann vielleicht unseren Antrag in der somit geänderten Fassung aufrufen. Dann könnten wir heute einen Teil beschließen und über den anderen Antrag der SPD sehr gern weiter im Ausschuss diskutieren.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: So war das!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank für den Hinweis, Frau Kollegin. Nichtsdestotrotz habe ich es so verstanden, dass die SPD-Fraktion Ausschussüberweisung für alle Anträge beantragt hat. Das hat der Kollege Baasch in seinem Redebeitrag getan. Deshalb ist es abgestimmt worden. Dieses Anliegen ist gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion und des SSW - -

(Zurufe SSW)

- Dieser Antrag auf Ausschussüberweisung aller Anträge ist gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion mit den Stimmen der CDU-Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und den Abgeordneten des SSW abgelehnt, und wir kommen somit zur Abstimmung in der Sache.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat doch bis jetzt alles richtig gemacht! - Unruhe)

- Es gibt eigentlich keine Verwirrung im Verfahren, weil ich genau das abgestimmt habe, was beantragt wurde, Frau Kollegin. Sonst können wir uns nachher noch einmal davon überzeugen, dass es so ist.

(Lars Harms [SSW] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der SPD-Antrag sollte überwiesen werden!)

- Gut, dann gibt es jetzt einen weiteren Antrag auf Ausschussüberweisung des Antrags der SPD-Fraktion. Ich habe gerade über den Antrag der SPD-Fraktion auf Ausschussüberweisung aller Anträge abgestimmt. Das ist deutlich abgelehnt worden. Jetzt kommen wir zu einem weiteren Antrag auf Ausschussüberweisung. Hier geht es um den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachennummer 19/273 und um keinen anderen Antrag. Wer dafür ist, dass dieser Antrag dem Sozialausschuss überwiesen wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig beschlossen. Das heißt, der Antrag der SPD-Fraktion mit der Drucksachennummer 19/273 ist in dem Sozialausschuss überwiesen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Dort lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW mit der Drucksachennummer 19/267 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dies bei Stimmenthaltungen der SPD-Fraktion mit Zustimmung der CDU-Fraktion, von BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und den Abgeordneten des SSW so beschlossen.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP in der durch den SSW-Antrag eben geänderten Fassung. Über den lassen wir jetzt abstimmen. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Gegenprobe! - Dann ist dies mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und den Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der SPD-Fraktion so beschlossen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/231 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile das Wort der Abgeordneten Petra Nicolaisen aus der CDU-Fraktion.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Herbst 2015 haben die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Abgeordneten des SSW festgestellt und auch bestimmt, dass Sprache und Design von Wahlbenachrichtigungen mit Blick auf die Übersichtlichkeit so überarbeitet werden, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger verständlich sind. „Demokratie lebt von Wahlbeteiligung“ - so der Wortlaut unseres Entschließungsantrages. Ein guter und wichtiger Schritt in Richtung Barrierefreiheit. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, dass Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen die Informationen zugänglich gemacht werden, die ihnen sonst aufgrund sprachlicher Barrieren verschlossen bleiben.

Für die CDU-Landtagsfraktion habe ich bereits im September 2013 einen Antrag zur Verbesserung des Wahlrechts für Menschen mit Behinderung auf kommunaler, Landes- und europäischer Ebene auf

(Petra Nicolaisen)

den Weg gebracht. Was ist zwischenzeitlich passiert?

Alle 2,3 Millionen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner erhielten zur Landtagswahl 2017 eine Wahlbenachrichtigung in sogenannter Leichter Sprache. Bedauerlicherweise wurde nicht darauf hingewiesen, dass sie bewusst in Leichter Sprache formuliert wurde. Es gab mehrere hundert Reaktionen - positive, aber auch viele negative Reaktionen -, die gezeigt haben, dass die Leichte Sprache in amtlichen Dokumenten nur bedingt geeignet ist. Die Herangehensweise wird in wichtigen Anliegen des barrierefreien Zugangs zu Wahlinformationen nicht immer gerecht. Es kam zu vielen Irritationen.

Im Ansatz ist das mit Sicherheit alles gut gemeint, aber Leichte Sprache ist eben nicht leicht umsetzbar. Rechtssicherheit und Handhabbarkeit müssen ebenfalls gewährleistet sein. Daher heute der Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW zur Streichung der jeweiligen Durchführungsbestimmungen im Gemeinde- und Kreiswahlgesetz und im Landeswahlgesetz, und - wichtig - angeführt wird ein neuer Absatz mit dem Hinweis, dass barrierefreie Informationen, und zwar in Leichter Sprache, in Gebärdensprache oder in anderen Sprachen, in geeigneter Form als Onlineangebot zur Verfügung gestellt werden. Denn: Ziel muss es weiterhin sein, nach wie vor die Barrierefreiheit in geeigneter Art und Weise in Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung und dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung herzustellen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig appelliere ich jetzt aber auch an eine zügige Umsetzung, da ähnliche Erfahrungen im Rahmen der im nächsten Jahr stattfindenden Kommunalwahlen zu erwarten sind. Gleiches gilt für die Wahl der hauptamtlichen Bürgermeister. Die Kommunen haben die Wahlen und Abstimmungen nämlich eigenverantwortlich durchzuführen.

Ich freue mich, dass wir heute fraktionsübergreifend weiterhin für eine Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen kämpfen - unter Berücksichtigung der Widrigkeiten, die uns zugetragen worden sind und die innerhalb der Verwaltungen aufgetreten sind. Demokratie lebt eben von Wahlbeteiligung, und alle Menschen sollen Politik

verstehen und alle an Wahlen auch teilnehmen können. Das ist nach wie vor unser Ziel.

Ich freue mich auf eine weitere gute Beratung im Innen- und Rechtsausschuss. Dort wird die Anhörung entsprechend auf den Weg gegeben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war ein wenig verwundert, dass einige Kolleginnen und Kollegen diesen Tagesordnungspunkt heute gern ohne Aussprache abgehakt hätten. Denn wir reden hier nicht über eine kleine Verwaltungsformalität, sondern über ein Thema, das uns seit mittlerweile über drei Jahren umtreibt. Es geht darum, wie wir mehr Menschen an unserer Demokratie beteiligen können. Wir haben uns im Jahr 2014 mit allen Landtagsparteien gemeinsam auf den Weg gemacht, der sinkenden Wahlbeteiligung etwas entgegenzusetzen. Da saßen die Fraktions- und die Parteivorsitzenden zusammen.

Ein Jahr später haben wir im Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und SPD unseren gemeinsamen Antrag „Demokratie lebt auch von Wahlbeteiligung“ verabschiedet. Ich erinnere gern noch einmal daran, weil wir auch parteiübergreifend beschlossen haben, dass Informationen zur Wahl auch in den wichtigsten Migrantensprachen bereitgestellt werden: Gemeinsam haben wir auch beschlossen, die Wahlunterlagen künftig barrierefrei zu gestalten. Beides haben wir im Landeswahlgesetz verankert.

Jetzt die ebenso rasche wie - zumindest für uns - überraschende Kehrtwende der neuen Regierungskoalition. Sie legen uns einen Gesetzentwurf vor, um das alles wieder zu kippen. Die Kritik in der Öffentlichkeit und Presse an den neuen Wahlbenachrichtigungen war laut und in Teilen, das will ich nicht bestreiten, auch berechtigt. Man hätte das handwerklich besser machen können. Aber es gibt überhaupt keine vernünftige Begründung, warum jetzt das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Es braucht keine einzige Änderung im Landeswahlgesetz, um eine bessere Lösung bei den Wahlbenachrichtigungen zu erhalten. Das ist nicht erforderlich.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD)

Stattdessen würde es reichen, den Innenminister und seine Experten daran zu setzen, die Erfahrungen der Landtagswahl auszuwerten und es beim nächsten Mal besser zu machen. So viel Vertrauen in die eigenen Leute sollte man doch mindestens haben. Denn das Gesetz schreibt uns überhaupt nicht vor, wie das auszusehen hat.

Die jetzige Regelung sagt nichts anderes, als dass das Innenministerium „Regelungen ... über die Gestaltung der Wahlbenachrichtigung, des Wahlscheinantrages, der Unterlagen für die Briefwahl und der Bekanntmachungen in Leichter Sprache sowie der wichtigsten Informationen zur Wahl auch in anderen Sprachen“ trifft. Um das noch einmal deutlich zu sagen: Der erste Entwurf, den Sie uns vorgelegt haben, würde das nicht nur abschaffen, sondern die Wahlinformationen in den wichtigsten Migrantensprachen gleich noch dazu. Deshalb gab es daran Kritik.

Jetzt legen Sie uns im Schnellverfahren etwas vor, weil Sie gemerkt haben, dass es irgendwie nicht das Richtige ist, was Sie machen, voll mit unbestimmten Rechtsbegriffen, mit denen man überhaupt nicht umgehen kann, mit Beispielen und vielem anderen mehr. Es wurde mit heißer Nadel genäht und macht überhaupt nichts besser.

Regelrecht entsetzt bin ich darüber, dass heute Morgen im Innen- und Rechtsausschuss im Vorgriff ein vereinfachtes Verfahren mit den Anhörungen und Stellungnahmen beschlossen worden ist, die in den Herbstferien erfolgen sollten. Und dass die AfD natürlich mitstimmt, wenn es gegen Migrantensprachen geht, das ist ja klar. Das ist wirklich ein Verfahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, was mit dieser Gemeinsamkeit, die wir auf den Weg gebracht haben, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Beifall SPD)

Warum muss das Gesetz geändert werden? Dafür gibt es keinen vernünftigen Grund. Denn die fragwürdige Praxis hat mit dem Gesetz gar nichts zu tun. Wenn Sie das wirklich wollen, was hier eben beschrieben worden ist - im Selbstlob ist die Koalition ja wirklich großartig, was sie alles neu und toll macht -, warum kümmern wir uns dann nicht um eine bessere Praxis? Warum legen Sie einen Gesetzentwurf vor, der in der ersten Fassung inakzeptabel und in der zweiten handwerklicher Murks ist? Warum ziehen Sie das nicht zurück und kümmern sich lieber um die Auslegung des Gesetzes mit einer vernünftigen Praxis? Das wäre sinnvoll, wenn

wir dem Ziel immer noch folgen wollen, dass wir wünschen, dass mehr Menschen zur Wahl gehen.

(Jörg Nobis [AfD]: Es sind doch mehr Menschen gegangen!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn es eine Lehre aus den Wahlergebnissen gibt, dann ist es die, dass wir uns Mühe geben müssen, mehr Menschen dazu zu bringen, sich an der Demokratie zu beteiligen.

(Jörg Nobis [AfD]: Wer hat denn die 5 % mehr gebracht? Das waren wir doch!)

Warum muss das jetzt schnell durchgehauen werden? Wir bekommen einen Gesetzentwurf in einer Minutenfrist vorgelegt.

(Beifall SPD)

Lesen Sie es sich einmal durch. Da steht zum Beispiel: Der Innenminister kann und so weiter. Jeder Mensch, der in der Verwaltung gearbeitet hat, weiß, dass mit solchen unbestimmten Rechtsbegriffen nicht gearbeitet werden kann. Das taugt nichts. Nennen Sie uns einen einzigen Grund, ich habe noch keinen gehört -, warum das Gesetz geändert werden muss.

Es gäbe nur dann einen Grund, und zwar, wenn man nicht mehr möchte, dass das mit den Zielen, die wir miteinander vereinbart haben, weiter betrieben werden soll. Andere Gründe dafür gibt es nicht. Denn besser machen kann der Innenminister es auch auf der Basis des alten Gesetzes. Erzählen Sie uns nicht, das sei die einzig mögliche Form gewesen.

Ich weiß, was ich hier tue. Ich kritisiere nämlich die Fassung eines Innenministeriums, das von uns geführt worden ist. Es ist auch ein Stück Selbstkritik, dass das in der Praxis nicht so war, wie wir uns das vorgestellt haben. Aber zu sagen, man müsse das jetzt so machen, wie hier steht, ist falsch. Fragen Sie Ihren Innenminister - er ist ja auch Verfassungsminister, übrigens auch jemand, der Kommunalwahlen sehr gut kennt -, ob er nicht auf der Basis des alten Gesetzes sehr wohl eine Praxis entwickeln könnte, die die Schwierigkeiten vom letzten Mal aufgreift.

Dieses Gesetz taugt nichts und wird unsere Zustimmung nicht finden, weil es bezogen auf die Ziele wirklich fragwürdig ist. Kehren Sie zu dem zurück, was alle Parteien miteinander vereinbart haben!

Liebe Frau Kollegin von Kalben, Sie schütteln den Kopf. - Wir haben übrigens noch etwas vereinbart, nämlich dass wir Fragen, die das Wahlrecht betref-

(Dr. Ralf Stegner)

fen, gemeinsam voranbringen. Da legt man nicht mal eben in der Mittagspause einen neuen Entwurf vor und fragt: „Wollt ihr den nicht unterschreiben?“

(Beifall SPD)

Ein bisschen seriöser sollte man bei Wahlgesetzen schon arbeiten. Das ist jedenfalls der Anspruch der Sozialdemokratie.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die grüne Fraktion hat der Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war im Juni 2016, da haben wir hier das große Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften verabschiedet, zum Beispiel Verkürzungen bei den Sesshaftigkeitserfordernissen für aktives und passives Wahlrecht, Erleichterungen bei der Briefwahl und bei der Unterschriftensammlung für Volksinitiativen.

Auch beim Wahlrecht behinderter Menschen gab es bedeutsame Änderungen. Die Streichung des pauschalen Ausschlusses von Menschen mit Behinderung, die eine Betreuung in allen Angelegenheiten haben, war ein Meilenstein, für den wir bundesweit und europaweit gelobt worden sind.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch die Ermöglichung von farbigen Parteilogos auf den Wahlzetteln war eine sinnvolle Maßnahme, Barrieren im Wahlverfahren abzubauen.

Die heute zur Debatte stehende Änderung im Landeswahlgesetz und im Gemeinde- und Kreiswahlgesetz, nach der die Gestaltung der wichtigsten Wahlunterlagen in Leichter Sprache zu erfolgen hat - das ist eine Festlegung, die problematisch ist -, fand allerdings bei der ersten Praxisanwendung im Rahmen der letzten Landtagswahl eine zwiespältige und überwiegend ablehnende Resonanz.

Der Grund? - Alle wahlberechtigten Menschen - mit Handicap oder nicht - erhielten nach dem Gesetz einheitliche Wahlunterlagen in Leichter Sprache, wobei das Warum und Weshalb des für viele Menschen ungewöhnlichen, neuen Formats nicht auf den Unterlagen selbst erklärt wurde.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Könnte man ja machen!)

- Nein, das ist das Problem. Das streng formalisierte Wahlverfahren erlaubt keine unterschiedliche Gestaltung der Wahlunterlagen und auch keine umfangreichen Zusatz Erläuterungen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Peters, es ist eine interessante Rechtsauffassung, die sich von unseren damaligen Besprechungen stark unterscheidet. Auf die Frage, ob man das in zwei Fassungen, in normaler Sprache und in Leichter Sprache, zuschickt, ist gesagt worden, das sei zu viel Aufwand. Wenn Sie in das Landeswahlgesetz reinschauen - nicht in die Landeswahlordnung, das ist eine Frage des Verordnungsgebers -, stellen Sie fest, dass dort die Möglichkeit gegeben wird, diese Gegenstände zu regeln. Der Gesetzgeber hat mitnichten gesagt - das ergibt sich überhaupt nicht aus dem Gesetzeswortlaut -, dass das von A bis Z alles in Leichter Sprache sein muss. Wenn das so wäre, hätte das alte Ministerium hier einen Rechtsbruch begangen. Denn auch die alte Benachrichtigung - was ja kritisiert worden ist - ist nicht durchgehend in Leichter Sprache formuliert. Dass Sie hier in Abrede stellen, dass man keinen Erläuterungssatz hätte machen können - die folgenden Sätze sind in Leichter Sprache, damit auch Menschen mit Behinderung und Leseschwäche das verstehen können, wir bitten den Rest um Verständnis -, man das nach alter Rechtslage nicht hätte aufführen können, hätte man den zweiten Teil der Wahlbenachrichtigung, der auch nicht in Leichter Sprache geschrieben ist, auch nicht machen dürfen.

- Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie uns Tilo von Riegen im Innen- und Rechtsausschuss auf die Bedenken hin erklärt hat, warum es nicht geht. Ich habe ihm das damals abgenommen, weil er der Experte ist.

Die Regelung in der bisherigen Nummer 19 ist ganz klar:

„... die Gestaltung der Wahlbenachrichtigung, des Wahlscheinantrages, der Unterla-

(Burkhard Peters)

gen für die Briefwahl und der Bekanntmachungen in Leichter Sprache ...“

Das ist eine Festlegung auf diese Dokumente und auf nichts anderes. Erzählen Sie mir nicht, dass das alles nicht notwendig wäre. Es ist notwendig, etwas zu machen, wenn man daran will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Dann war die alte Regelung ungültig!)

Ich will nicht verhehlen, dass mich der Aufschrei aus der kommunalen Familie und in vielen Leserbriefen, man fühle sich bei den neuen Unterlagen für blöd verkauft, ziemlich geärgert hat.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe die daraus sprechende Haltung als unsensibel und teilweise borniert empfunden. Offenbar hatten wir 2016 aber die Bereitschaft in der Gesellschaft, auch im Bereich des Wahlrechts alle mitnehmen zu wollen, Barrieren abzubauen und dabei für die Mehrheit neue, ungewöhnliche Wege zu gehen, überschätzt.

Meine Damen und Herren, während des Landtagswahlkampfes hatte ich in meinem Wahlkreis das große Vergnügen, an Podiumsdiskussionen der Kandidatinnen und Kandidaten in sehr großen Einrichtungen der Lebenshilfe teilzunehmen. Wir Kandidatinnen und Kandidaten - Frau Wagner-Bockey war dabei - mussten uns viel Mühe geben, die Antworten auf Fragen aus dem Publikum zu den Zielen unserer Parteien in einfacher Sprache rüberzubringen. Das war alles andere als einfach, aber sehr nützlich. Mir wurde dabei zum Beispiel klar, dass man etwas erst wirklich tief verstanden hat, wenn man es in einfachen Worten darstellen kann.

Die Kandidatinnen und Kandidaten von den Grünen und von der SPD wurden in diesen Veranstaltungen übrigens viel gelobt, weil wir die Einzigen waren, die auch Versionen ihrer Programme in Leichter Sprache vorweisen konnten.

(Lars Harms [SSW]: Wir auch! - Zurufe)

- Ihr auch? - Ihr seid aber bei uns im Kreis nicht so aufgetreten. - Schon in den Nachbesprechungen mit den Veranstaltern dieser Podiumsdiskussionen - also den Trägern der Lebenshilfe-Einrichtungen - wurde mir allerdings angedeutet, dass wir als Gesetzgeber mit der Regelung zu den Wahlunterlagen in Leichter Sprache noch keine optimale Regelung gefunden haben. Es fiel auch das Wort „Bären-dienst“ für die Sache der Menschen mit Handicap.

Deswegen begrüße ich sehr, dass wir uns mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf auf den Weg machen wollen zu einer sachgemäßerer und insgesamt besseren Lösung. Es geht keineswegs darum, in Zukunft auf die Anwendung der Leichten Sprache bei den Informationen zur Wahl zu verzichten, auch nicht bei den wichtigsten Migrantensprachen. Wer das hineininterpretiert, ist auf dem Holzweg.

Die heute vorgelegte Verordnungsermächtigung im Gesetz macht den Weg frei für eine insgesamt bessere Lösung der schon bei der kommenden Kommunalwahl 2018 anstehenden Bedürfnisse bei der Information der Wählerinnen und Wähler.

Wir werden im Rahmen der Anhörung auch ein besonderes Augenmerk auf die Vorschläge der Behindertenverbände legen, und mir ist vor allem wichtig, dass Professor Dr. Hase, unser Landesbehindertenbeauftragter, in diesen Prozess eindeutig und federführend eingebunden wird. Er hat uns heute signalisiert, dass der Gesetzentwurf, den wir jetzt vorgelegt haben, durchaus in seinem Sinne ist und ein richtiger Ansatz für diese wichtige Frage ist. Ich bin froh, dass wir da endlich zum Ergebnis kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, bevor Sie zum Schluss kommen, könnten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stegner gestatten.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Kollege Peters, im Gegensatz zu mir sind Sie ja Jurist, deswegen können Sie mir bestimmt erklären, ob es üblich ist, dass in Gesetzen solche Formulierungen, solche unbestimmten Rechtsbegriffe wie „in geeigneter Form zum Beispiel als Online-Angebot“ enthalten sind.

Wenn das so viel besser ist, warum haben Sie dann dieselbe Begründung für die Gesetzesänderung verwendet, die Sie in der Mittagspause vorgelegt haben, die für den ursprünglichen Gesetzestext verwendet worden ist? An der Begründung ist keine Silbe geändert worden. Ich würde gern wissen, worin die Verbesserung liegt. Ist das jetzt eine Verordnungsermächtigung? Auch das kann man Absatz 2 nicht genau entnehmen. Was ist das

(Burkhard Peters)

eigentlich, warum ist das so unbestimmt, und warum hat es die gleiche Begründung?

- Ich könnte Ihnen jetzt einen sehr langen Vortrag über Verordnungsermächtigungen und die sogenannte Wesentlichkeitstheorie halten. Es ist bei Verordnungsermächtigungen so, dass der jeweiligen Behörde bei der Ausführung ein gewisser Spielraum gelassen werden muss. Sonst könnte man es ja gleich im Gesetz regeln.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Es ist aber auch so, dass das ausreichend konkretisiert ist, auch im Zusammenhang mit der Begründung. Das ist völlig ausreichend. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt die Kollegin Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Haus gab es eigentlich immer den großen Konsens, dass die Teilhabe aller Menschen von großer Bedeutung ist. Ich werte es einfach einmal als Reflex von Herrn Dr. Stegner, der der Opposition geschuldet ist, dass er sich jetzt hier an dieser Stelle in einer Art und Weise zeigt, die ich sehr bedaure.

(Zuruf SPD: Was?)

Wir haben wegen der großen Einigkeit die Inklusion auch als Staatsziel in unserer Verfassung verankert. Gleichberechtigte Teilhabe und Selbstbestimmung ist das, was uns die Verfassung seitdem als Ziel für Menschen mit Behinderung vorgibt. Das wollen wir erreichen und auch weiter vorantreiben.

(Beate Raudies [SPD]: Ihr wollt das verschlechtern!)

Ich denke, dass wir die gute Praxis, an dieser Stelle fraktionsübergreifend zu guten Lösungen zu kommen, auch fortsetzen können.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, zu guten!)

Der jetzt hier vorliegende Gesetzentwurf dient einer Korrektur der vorhandenen in der Tat gut gedacht und gut gemeinten, aber schlecht ausgeführten Regelung.

Wenn Sie, Herr Dr. Stegner, nur einen einzigen Grund genannt haben möchten, was an diesem Ge-

setz jetzt gut ist und zustimmungswürdig sein sollte - auch von Ihrer Seite -, dann ist es genau dieser neue Absatz 2, der mehr erreicht, als das, was bisher in den §§ 58 und 59 Gemeinde- und Landeshwahlordnung steht. Es geht um ein umfassendes barrierefreies Informieren. Barrierefreiheit ist mehr als „nur“ Leichte Sprache. Das hatten wir in dem alten Gesetzentwurf nicht.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, Herr Dr. Stegner, meine persönliche Barrierefreiheit besteht darin, keine Fragen von Ihnen zuzulassen.

Meine Damen und Herren, Auslöser dieser Gesetzesänderung waren die Wahlbenachrichtigungen, die bei der letzten Landtagswahl versendet wurden, die für alle in Leichter Sprache verfasst wurden und leider Reaktionen in der Bevölkerung hervorgerufen haben, die von den Zeitungen mit „verschreckt“ oder „verwirrt“ betitelt wurden. Sie haben dazu geführt, dass Leichte Sprache und Menschen, die dieser bedürfen, verhöhnt wurden. Das war nicht das Ziel, das wir hatten, als wir gesagt haben, wir möchten die Leichte Sprache aufnehmen.

Ich möchte auch noch einmal aus einer Stellungnahme der Lebenshilfe zu der damaligen Zeit zitieren, die gesagt hat: Leichte Sprache heißt nicht leicht verständlich, sondern es geht ausschließlich um Lesekompetenz. An der Stelle möchte ich auch eine Nachricht in Erinnerung rufen, die ich von einer Schülerin bekommen habe. Sie hat gesagt: Ich habe lesen und schreiben gelernt, und das möchte ich anwenden. Ich bekomme hier das Gefühl, dass man mich nicht ernst nimmt. - Das kann es auch nicht sein. Wenn wir erreichen wollen, dass sich mehr Menschen für Politik interessieren, mehr von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen, dann müssen wir alle Personengruppen gleichermaßen beachten, berücksichtigen und dürfen niemanden diskriminieren. Das ist leider in der letzten Legislaturperiode passiert. Das war keine böse Absicht - das sei an dieser Stelle ganz klar formuliert.

Deshalb haben wir jetzt - ich gebe zu, dass das mit diesen verschiedenen Vorlagen der Gesetzentwürfe, die Sie erreicht haben, ein wenig holprig gelaufen ist - einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser, der jetzt in der Form, in der wir ihn verstanden haben wollten, vorliegt, ist Ihnen heute erst zur Kenntnis gelangt. Dafür kann ich mich persönlich nur entschuldigen. Das soll nicht Standard sein. Aber es liegt - wie ich finde - jetzt ein guter Entwurf vor.

(Anita Klahn)

Ich würde mich sehr freuen, wenn auch meine Kollegen auf der linken Seite des Hauses dem spätestens im Ausschuss zustimmen könnten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Mein ursprüngliches Redemanuskript kann ich quasi umdrehen und relativ frei sprechen. Der geänderte Antrag findet voll und ganz unsere Zustimmung. Ich möchte Sie bitten, den Antrag deswegen nicht gleich wieder zurückzuziehen, nur weil er unsere Zustimmung, die Zustimmung der AfD, findet. Manchmal sind wir da ganz dicht bei Ihnen, auch wenn Sie das vielleicht nicht mögen. Nehmen Sie das bitte ganz einfach so hin.

Menschen haben natürlich das Recht auf Teilhabe an Informationen, die auch von rechtlicher Bedeutung sind. Das Wahlrecht gehört zweifelsohne mit dazu. Selbstverständlich haben Menschen mit Einschränkungen das Recht, auch sachgerecht informiert zu werden, damit sie voll und ganz an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung teilnehmen können. Das ist uneingeschränkt so.

Die Art der Einschränkung, sei es die Herkunft oder tatsächlich eine kognitive Einschränkung, ist dabei vollkommen nebensächlich. Wir sind insgesamt als Staat und Gesellschaft verpflichtet, alle Menschen mitzunehmen. Das tun wir dann auf diesem Weg auch.

Gut gemeint - den Satz hörten wir vorhin - ist bekanntermaßen das Gegenteil von gut. Genau das ist das, was jetzt zurückliegend bei der Landtagswahl passiert ist. Es hat nicht wirklich funktioniert. Und wenn Dinge nicht funktionieren, dürfen sie nicht Gesetzesrang haben. So einfach ist das eigentlich festzustellen. Deshalb geht der Antrag in die richtige Richtung.

Dieser Passus ist tatsächlich zu streichen, aber eben nicht ersatzlos. Insofern kommt die Änderung genau zur richtigen Zeit. Das war tatsächlich ein bisschen holprig, ein bisschen hoppla hopp. Aber um das inhaltlich als Entwurf weiter zu bearbeiten, haben wir den Ausschuss. Deshalb werden natür-

lich auch wir der Überweisung in den Ausschuss zustimmen und selbstverständlich und gern daran mitarbeiten.

Die Beschlussfassung heute früh im Innen- und Rechtsausschuss - mit meinem Anteil für die AfD-Fraktion -, Herr Dr. Stegner, hat mitnichten etwas mit Ressentiments gegenüber Personen mit Migrationshintergrund zu tun. Diese Unterstellung von Ihnen ist nichts weniger als eine Frechheit. Wir haben ganz einfach an dem Prozedere mitarbeiten wollen, einen aus unserer Sicht guten Antrag zu unterstützen.

(Beifall AfD)

Noch etwas zum Thema Wahlbeteiligung: Natürlich muss es Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft sein, die Wahlbeteiligung anzuheben und auch wieder mehr Menschen an die Wahlurnen zu bringen. Mit Verlaub, seit die AfD an Wahlen teilnimmt, steigt in allen Teilen der Bundesrepublik die Wahlbeteiligung deutlich an.

(Beifall AfD)

Wir können auch bei den Statistiken zur Wählerwanderung sehr wohl belegen, dass wir Neuwähler und Erstwähler anziehen. Auch das ist ein Anteil, den wir uns gern auf unsere Fahne schreiben können.

Die AfD freut sich darauf, diesen Antrag im Innen- und Rechtsausschuss mit diskutieren zu können. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich jetzt dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können sich sicherlich alle noch daran erinnern: Vor der Wahl haben wir alle gemeinsam beschlossen, dass wir tatsächlich auch Leichte Sprache in den Wahlunterlagen nutzen wollten. Das hat sich entsprechend auch in dem Gesetz niedergeschlagen. Was mich am Anfang - das muss ich ehrlich sagen - ein bisschen gewundert hatte, ist, dass wir dann von der Koalition einen Gesetzentwurf übermittelt bekommen haben, ohne dass wir einmal miteinander gesprochen haben. In der normalen Welt war es immer so, dass wir demokratischen Parteien

(Lars Harms)

(Jörg Nobis [AfD]: Oh!)

uns, wenn es um wahlrechtliche Angelegenheiten geht, vorher einmal getroffen haben, damit die Opposition an solchen Werken auch entsprechend mitarbeiten kann. Deshalb war der Ursprungsentwurf, wo die Leichte Sprache gestrichen wurde, natürlich etwas, wo ich dachte: Mein Gott, das gibt eine heiße Debatte.

Denn es kann eigentlich nicht sein, dass wir den Leuten da ein Recht wegnehmen. Aber mir wurde sehr schnell von der Kollegin Bohn mitgeteilt, dass es sich da anscheinend um ein Versehen handelt und man gern auch mit den Oppositionsfraktionen zusammenarbeiten und eine Formulierung finden möchte, die nicht nur unsere Zustimmung findet, sondern vor allem auch die Zustimmung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Darauf haben wir alle sehr viel Wert gelegt.

Eine solche Formulierung liegt jetzt vor. Deshalb haben wir vom SSW ganz klar gesagt: Gut, wenn das jetzt so ist, wenn der Behindertenbeauftragte einverstanden ist, wenn man auf uns und auch auf die Sozialdemokraten zugegangen ist, um diesen Gesetzentwurf gemeinsam zu fassen, dann sind wir auch bereit, da mitzumachen. Zumal das, was wir jetzt vorliegen haben - das muss ich auch sagen -, gegenüber dem letzten Gesetzentwurf eine Verbesserung ist. Das will ich Ihnen auch gern erklären. In der Vergangenheit war es so, dass wir die Leichte Sprache nutzen konnten. Das war schon gut. In diesem Gesetzentwurf steht jetzt drin, dass es umfassende barrierefreie Informationen geben soll. Das heißt, wir reden hier beispielsweise auch über Technik. Wir reden über völlig andere Dinge. Es ist nicht nur die Leichte Sprache, sondern Sehbehinderte und Hörbehinderte sollen auch eine Möglichkeit bekommen, wahrzunehmen, was auf dieser Wahlbenachrichtigung und in diesen Unterlagen steht. Ich glaube, das ist gegenüber der bisherigen Rechtslage schon ein Fortschritt und eigentlich Grund genug, diesem Gesetzentwurf auch zuzustimmen.

Nun kommt natürlich auch immer noch die kleine SSW-Brille dazu: Da sind auch noch „die anderen Sprachen“ genannt. Die anderen Sprachen sind zweierlei Sprachen. Das ist ganz wichtig: Wir haben die Regional- und Minderheitensprachen. Das hat also auch eine minderheiten- und sprachpolitische Komponente für unser Land selber. Diese können jetzt auch offiziell genutzt werden. Zumindest kann man das jetzt beispielsweise online einstellen und diese Unterlagen auch auf Niederdeutsch, Dä-

nisch und Friesisch lesen. Das ist schon einmal etwas, was wir natürlich begrüßen.

Darüber hinaus schaffen wir es jetzt, dass auch Migrantensprachen genutzt werden können. Denn deutsche Schriftsprache ist immer noch etwas schwieriger. Auch jemand, der zwar neu zu uns gekommen ist, der aber schon lange bei uns gelebt und einen deutschen Pass hat, kann nicht unbedingt perfekt Juristendeutsch lesen. Das kann auch manch ein Biodeutscher nicht. Deswegen ist es gut, dass wir die Möglichkeit eröffnen, dass Menschen, die beispielsweise aus der Türkei, aus den USA oder aus Südamerika kommen, eben diese Benachrichtigungen in ihre Sprachen möglicherweise übersetzt bekommen.

Wir müssen uns jetzt nur noch einmal einen Kopf machen, wie man das auf der Wahlbenachrichtigung deutlich macht, dass diese Angebote bestehen, damit die Leute diese Angebote auch entsprechend wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, dass sich der Gesetzeswortlaut nach meiner Auffassung in dieser Frage, welche Sprache ich nutze, tatsächlich extrem verbessert hat. Deswegen glaube ich - das hoffe ich zumindest -, dass wir zu relativ kurzen Beratungen im Ausschuss kommen werden. Wie gesagt: Das Verfahren ist ein bisschen ruckelig und holprig. Das muss ich auch sagen. Aber wenn wir dazu kommen, dass wir noch vor der Kommunalwahl eine solche Regelung bekommen, dann öffnen wir die Türen, dass noch mehr Menschen ihr Wahlrecht besser wahrnehmen können. Ich glaube, das sollte unser aller Ziel sein. Deswegen wollen wir hier auch konstruktiv mitarbeiten. Ich würde mich freuen, wenn dieser Gesetzentwurf nachher auch Wirklichkeit wird. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Kai Dolgner von der SPD-Fraktion.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gemeinde- und Kreiswahlgesetz ist nur eine Verordnungsermächtigung vorgesehen: Der Innenminister kann Vorschriften erlassen. Das ist da der Punkt 17 - neben den anderen Punkten -, in dem die Leichte Sprache geregelt ist. Das heißt - da man jetzt den Zeitdruck wegen der kommenden Kom-

(Dr. Kai Dolgner)

munalwahl aufbaut -, es ist zumindest frag- und hinterfragungswürdig, ob aus dem Wortlaut des Gesetzestextes beziehungsweise der Einführung der ganzen Punkte im § 59 wirklich eine absolute Verpflichtung erwächst.

Unabhängig davon: Frau Kollegin Klahn, wenn Sie hier in der Pressemitteilung schon die Lebenshilfe in Anspruch nehmen, hätten Sie vielleicht auch den ersten Satz oder die Überschrift dazu zitieren können. Wovon man keine Ahnung hat, davon sollte man besser schweigen; denn die Lebenshilfe hat sich gerade gegen diese mediale Berichterstattung gewandt, der Sie hier nachgeben - darum geht es doch im Endeffekt -, und gefordert, dass man das nicht tut. Ich finde es besonders spannend, dass ausgerechnet Sie, Frau Klahn - die das immer noch nicht ganz mitbekommt -, die Lebenshilfe zitieren, die sich Anfang April 2017 in ihrer Pressemitteilung dagegen gewandt hat, was sehr eindeutig ist, jetzt auf die Medienverulking zur Leichten Sprache einzugehen, die teilweise stattgefunden hat. Sie hat auch sehr gut erklärt, was Leichte Sprache ist. Ich bin mir nicht sicher, ob die Lebenshilfe wirklich dem Volk - -

Mir reicht es übrigens nicht aus, dass mir jetzt gesagt wird, der Beauftragte für Menschen mit Behinderung finde das alles ganz klasse und knorke. Das ist kein parlamentarisches Verfahren.

Jetzt komme ich zu meinem Hauptkritikpunkt, zu dem, was heute Morgen im Ausschuss gelaufen ist und was Sie standardmäßiges Verfahren genannt haben, an das Sie sich gern gehalten hätten. Schade, dass Sie nicht im Ausschuss waren. Das standardmäßige Verfahren war mitnichten, dass man nur schon vorher einmal die Anhörung beschließt, sondern dass man den Termin für die Benennung der Anzuhörenden auf die Mitte der Herbstferien legt. Die Anzuhörenden haben dann noch eine ganze Woche und einen Tag Zeit - also acht Tage -, um eine Stellungnahme zu schreiben. Man legt auf den 2. November 2017, der nicht mehr allzu lange hin ist - dazwischen liegen noch die Herbstferien und der Reformationstag -, das Fristende für die Abgabe einer Stellungnahme.

Ich habe auch argumentiert, dass es nicht nur um Menschen mit Behinderung geht, sondern natürlich auch um Menschen, die funktionale Analphabeten sind. Das sind viel mehr. Ich muss ganz ehrlich sagen - unabhängig von den inhaltlichen Wertungen und ob das, was Sie mit heißer Nadel genäht haben, das Richtige ist -: Sie sehen selbst, dass Sie noch schwanken. Sie sehen ja selbst, dass Sie nicht ganz genau wissen, was Sie da beantragt haben, außer

dass Ihre Begründung die Gleiche geblieben ist: wegen der Medienberichterstattung und der Kosten. Die Medienberichterstattung konnten wir vorher nicht unbedingt abschätzen, aber wir wussten, dass es Kosten auslösen würde. Es hängt halt ein Preisschild daran. Dennoch ist es auch ein Teil Ihrer Begründung, dass Ihnen das zu teuer ist. Das steht in Ihrer Begründung drin.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Und die Begründung haben Sie doch bitte in der Koalition abgesprochen, und die haben Sie auch nicht geändert. Das sind die beiden Hauptpunkte. Das andere ist die weiße Salbe. Wenn Sie etwas anderes nachweisen wollten, würden Sie ein ordentliches Verfahren durchführen. Ich bin mal gespannt. Ich habe schon einmal gesagt: Ich werde Sie daran erinnern - und das werde ich jetzt hier tun - bezüglich der Verfahren. Wenn wir mal eine mündliche Anhörung nach einer langen schriftlichen Anhörung nicht gestattet haben, haben FDP und CDU gleich Zeter und Mordio geschrien. Wenn wir mal eine Verkürzung im Innen- und Rechtsausschuss vorgenommen haben, dann haben wir das gemeinsam gemacht, dann habe ich vorher gefragt, und man hat fast immer darauf verzichtet. So eine kurze Frist, wie Sie sie jetzt gesetzt haben, haben wir nicht ein einziges Mal beschlossen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich komme zum letzten Satz. - Wir haben keine so kurze Frist beschlossen, gar nicht,

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

auch nicht bei verkürzten Verfahren. Das ist einmalig. Wenn Sie uns nicht dabei haben wollen, können Sie natürlich gern Ihre Mehrheit ausspielen, aber dann haben Sie uns schlicht und ergreifend nicht dabei, weil Sie es einfach durchziehen wollen, damit nicht lang in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird, dass Sie hier vor einer Berichterstattung einknicken, die die Lebenshilfe kritisiert hat.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, ich möchte Sie doch höflich bitten! - Vielen Dank.

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat nun der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil die Frau Kollegin Klahn vorhin eine Nachfrage nicht zugelassen hat und ihr Vorhalt gegen die Sozialdemokratie wirklich unverfroren war. - Sie haben gesagt, wir würden uns aus der Gemeinsamkeit herausziehen. - Entschuldigung, wir haben einen Gesetzentwurf bekommen, aus dem dieser Artikel entfernt war. Dagegen haben wir uns gewandt, weil wir uns zu dem bekannt haben, was wir gemeinschaftlich vereinbart haben. Das ist das Gegenteil. Ich bitte doch darum, hier die deutsche Sprache nicht durch Orwells Neusprech zu ersetzen, wo man das Gegenteil dessen behauptet, was hier gesagt worden ist. Bitte tun Sie das auch in der neuen Koalition nicht!

Die Sozialdemokratie steht zu dem Ziel, Menschen mit Behinderung besser zu beteiligen und es für sie bei Wahlen zu erleichtern. Das ist der eine Punkt.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Der zweite Punkt ist: Wir reden viel über die Einrichtung von Laboren. Ob eine Kommunalwahl das richtige Labor dafür ist, um einen Gesetzentwurf zu erproben, der in der Mittagspause geändert wurde, dazu würde ich meine Zweifel anmelden. Ich glaube, Wahlgesetze sollten besonders sorgfältig gemacht werden. Ich würde doch sehr darum bitten. Jetzt solche Sätze zu sagen, man müsse hier a prima vista zustimmen, wenn man das gerade in der Mittagspause bekommen hat, das finde ich mit Blick auf unsere Fragen doch ein bisschen fragwürdig. Ich würde mich sehr wundern, wenn der Herr Innenminister diese Auffassung teilte, dass wir Wahlgesetze künftig im Schnelldurchgang in der Mittagspause entwickeln.

Das Dritte. Wir sind bereit, uns das in Ruhe anzusehen, weil wir an dem Ziel festhalten möchten. Aber ich habe von Ihnen immer noch keinen Grund dafür gehört, warum das, was Sie einfordern, nicht mit dem alten Gesetz gemacht werden konnte. Dazu sind Sie uns die Begründung immer noch schuldig. Sie sagen, das sei eine bessere Sache. Warum hat man das nicht gemacht? Und warum setzt man sich nicht an die Arbeit? - Das sind die Fragen, die beantwortet werden müssen.

Wir werden uns an der Ausschussberatung beteiligen. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie noch einmal in sich gehen würden. Dass Sie präventiv eine Anhörung beschließen, wie der Kollege Dolgner eben festgestellt hat, und das Gesetz in der Fassung noch gar nicht vorlag, und die Beteiligung gerade der

Menschen beschränken wollen auf wirklich unfassbar kurze Form, das riecht doch förmlich danach, dass Sie darüber nicht ernsthaft diskutieren wollen. Das bitte hat jedenfalls mit Dialogkultur nichts zu tun. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir: eine ordentliche Beratung, eine seriöse Form, andere zu beteiligen. Wenn dann das Ergebnis ein Besseres ist, stimmt die Sozialdemokratie am Ende auch zu. Aber die Bedingungen müssen schon erfüllt sein. Hauruck-Verfahren ohne Beteiligung derjenigen, die betroffen sind, gibt es mit der SPD jedenfalls nicht.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile nun für die Landesregierung dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Herrn Hans-Joachim Grote, das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Landtagswahl wurde - das haben wir alle schon gehört - flächendeckend die Leichte Sprache eingeführt. Dass dieser Versuch zumindest in dieser Form die Erwartungen nicht erfüllt hat, haben wir in allen Redebeiträgen hier gehört. Die Gestaltung von Wahlunterlagen in Leichter Sprache war die Idee, um auf diese Art und Weise auch eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Auch dieses Ziel ist von allen Fraktionen hier im Raum einvernehmlich genannt worden.

Jeder, der wahlberechtigt ist, sollte unkompliziert an Wahlen teilnehmen können. Der Vorstoß der Landtagsentschließung zielte daher genau in die richtige Richtung. Ihr Ansinnen - gemeinschaftlich getragen - war auch der richtige Weg. Die obligatorische Versendung der Wahlbenachrichtigung in Leichter Sprache hat allerdings viel Unverständnis auf den verschiedensten Ebenen hervorgerufen und teilweise zu starken und auch überhöhten Reaktionen geführt. Man war nicht bereit zu akzeptieren, was das Ziel war, sondern man hat sich bisweilen auch über dieses lustig gemacht. Sich Lustigmachen über demokratische Vorgänge und demokratische Wahlen, ist sicherlich nicht richtig.

Hauptbetroffen waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeindevahlbehörden. Die Presseberichterstattung war mehr als unfreundlich. Letztendlich war die Akzeptanz bei den Wählerinnen und Wählern damit in Misskredit gebracht worden. Die Frage ist nun, wie wir damit umgehen.

(Minister Hans-Joachim Grote)

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist Leichte Sprache nur bedingt geeignet, um als alleiniger Text - darum geht es momentan - teilweise komplizierte Sachverhalte juristisch rechtssicher darzustellen, denn oberste Priorität bei der Erstellung der Unterlagen war es, diese wahlrechtlich einwandfrei und unangreifbar zu verfassen. Der Umfang, den Texte in Leichter Sprache aufgrund von Text- und Bildgestaltung nun einmal haben, war aus wahlorganisatorischer Sicht dagegen kaum vertretbar. Die Frage nach der Rechtssicherheit dessen, was wir verschickt haben, hätte sicherlich in einem Rechtsstreit durchaus bezweifelt werden können.

Letztlich war der daraus resultierende Kompromiss ungeeignet - das ist das, was wir alle festgestellt haben -, den Anforderungen der Leichten Sprache zu genügen. Das Ziel, Informationen zur Wahl verständlich zu vermitteln und damit breite Bevölkerungsschichten zu erreichen, bleibt unverändert richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann und sollte aber auf anderen Wegen als bisher erfolgen. Ich halte es zum Beispiel für sinnvoll, das Internetangebot rund um das Thema Wahlen auszubauen. Dieses Angebot möchte ich in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung und dem Landesbeauftragten für politische Bildung - beide sind vorhin schon genannt worden - erstellen lassen.

Für eine solche Herangehensweise gibt es inzwischen mehrere gute Beispiele. Denken Sie an die Broschüre mit Wahlinformationen in Leichter Sprache des Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Landes Hessen, oder denken Sie an die Informationen zum Olympia-Bürgerentscheid in Hamburg. Das Internetangebot böte den Vorteil, dass die unterschiedlichen Wahlarten ausführlich beleuchtet werden könnten, ohne dass es letztlich auf juristische Feinheiten ankommt. Diese juristischen Feinheiten brauchen wir bei den förmlichen Benachrichtigungen, den förmlichen Einladungen. Vielmehr könnten wir hier besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen eingehen, die ein solches Angebot nutzen wollen. So könnten als Mehrwert zusätzliche Angebote für den barrierefreien Zugang zu Informationen realisiert werden. Beispielsweise wäre die Einstellung von Wahlinformationen auch in Gebärdensprache denkbar. Dieser Weg wird vermutlich deutlich mehr Akzeptanz bei den Wahlberechtigten finden als die Ausgestaltung einer Wahlbenachrichtigungskarte.

Meine Damen und Herren, das Wahlrecht und die Möglichkeiten, dieses möglichst unkompliziert wahrzunehmen, sind konstitutiv für unser demokratisches Vorgehen. Die bereits genannte Entschließung macht deutlich, wie bewusst sich dieses Haus der Bedeutung von Wahlen ist.

Es wäre mir eine große Freude, wenn wir gemeinsam weiter dafür werben, dass möglichst viele Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Ich glaube, dass es letztlich das ist, was alle hier im Raum wollen. Es wäre wünschenswert, wenn der skizzierte Weg, den ich hier aufgezeigt habe, gewählt wird und wir uns nicht über die rein formale Seite unterhalten. Finden Sie bitte einen gemeinsamen Weg, um eine Lösung auf den Weg zu bringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 19/231 (neu) dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wasserabgabengesetzes - Verwendung des Aufkommens aus der Wasserabgabe gemäß § 6 LWAG

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/239

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Abgeordneten Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein für die AfD-Fraktion das Wort.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD möchte mit dem vorliegenden Gesetzentwurf erreichen, dass das Wasserabgabengebühren, der sogenannte Wasserpfeffig, vollständig für eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung eingesetzt wird und nicht einfach im Staatshaushalt versickert. Das Wasserabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein regelt in § 6 Absatz 3 in Bezug auf das Abgabenaufkommen und dessen Zweckbindung Folgendes:

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)

„Das nach Abzug des Verwaltungsaufwandes verbleibende Abgabenaufkommen einschließlich der abgaberechtlichen Nebenleistungen, insbesondere der Zinsen, Säumniszuschläge, Zwangsgelder oder Rückflüsse von Zuwendungen aus diesem Abgabenaufkommen, wird zu 70 von Hundert zweckgebunden zugunsten einer nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung im Sinne des § 6 WHG verwendet. Über die Verwendung entscheidet die oberste Wasserbehörde.“

Hintergrund dieses Antrages sind folgende zwei Stränge. Die oberste Wasserbehörde ist das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung. Wir wollen sichergestellt wissen, dass besagtes Abgabenaufkommen so, wie es im bisherigen Gesetz steht, tatsächlich nachweislich und zweckgebunden zurück in den Gewässerschutz fließt und nicht in einer Haushaltssparte versickert. Unter diesen Voraussetzungen, also der tatsächlichen und nachweislichen Zweckbindung, soll das Wasserabgabentgeld zudem vollständig in die Gewässerbewirtschaftung fließen. Ziel muss es sein, die wachsenden Aufgaben und damit steigenden Kosten für den Gewässer- und Küstenschutz in Schleswig-Holstein finanziell auf eine breite Basis zu stellen.

Der Wasserpfennig soll zur Regulierung und Belohnung für ökologisches Verhalten im Nahbereich eingesetzt werden. Hier ist anzumerken, dass in Siedlungs- und Gewerbegebieten kein Trinkwasser mehr gewonnen werden kann, weil es zu belastet ist. Nur unter landwirtschaftlichen Flächen kann halbwegs sauberes Trinkwasser gewonnen werden.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na!)

Man könnte hier zum Beispiel an Vereinbarungen mit Landwirten denken, die dafür, dass sie auf Düngung und chemische Pflanzenschutzmittel verzichten, besonders aus dem Wasserpfennigtopf gefördert werden. Das wäre ein gelungenes Beispiel dafür, wie sich Stadt und Land ergänzen.

Eine Erhöhung des Abgabenaufkommens stärkt die wasserwirtschaftliche Infrastruktur unseres Landes und ist Garant für eine wirklich nachhaltige Umweltpolitik für Schleswig-Holstein.

Wir beantragen die Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich habe ein Stück weit inhaltlich Sympathie für Ihren Antrag, Frau von Sayn-Wittgenstein. Das muss ich zugeben. Diese Sympathie bezieht sich auf das Datum der Änderung des Oberflächenwasserabgabegesetzes und des Grundwasserabgabegesetzes und deren Zusammenführung im Jahr 2013 mit Umsetzung zum 1. Januar 2014. Ich will Ihnen auch erklären, warum. Damals haben wir ähnlich gedacht wie Sie: Das Aufkommen steigt, die Erhöhung wird umgesetzt, und es geht um etliche Millionen Euro, die am Ende nicht zweckentfremdet im allgemeinen Haushalt landen sollten, sondern tatsächlich dem Gewässerschutz und all dem, was im weitesten Sinne damit zusammenhängt, zur Verfügung stehen sollte. So weit, so gut. Das ist der Inhalt.

Jetzt kommen wir zur Auflösung, warum wir Ihren Antrag letztlich ablehnen werden, warum ich heute anders denke als im Jahr 2013. Wir befinden uns im Jahr 2017. Brokdorf - Sie kennen das; einer der letzten großen Oberflächenwasserabnehmer und damit Gebührenzahler in diesen Haushalt - wird in absehbarer Zeit den Betrieb einstellen und damit als jemand, der als Gebührenzahler jährlich Millionen Euro einzahlt, wegfallen. Die spannende Frage ist, wie wir mit diesem Einnahmeverlust umgehen. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus dem Koalitionsvertrag:

„Längere Laufzeiten des Kernkraftwerks Brokdorf ... lehnen wir ab. Fehlende Einnahmen ... werden durch den Allgemeinhaushalt kompensiert.“

Das steht im Koalitionsvertrag der Jamaika-Koalition. Nun ist die Frage, wie man mit diesem Ausgleich aus dem allgemeinen Haushalt umgehen kann. Da wir nicht wissen, wann Brokdorf vom Netz geht, und wir klar abgemacht haben, dass keine Reststrommengen von anderen Meilern auf Brokdorf übertragen werden können, leben wir mit einer gewissen Unsicherheit. Diese Unsicherheit können wir im Moment nicht klären. Deswegen werden wir abwarten, wie es sich um Brokdorf in Zukunft entwickelt.

Deswegen ist unsere Empfehlung, und das beantragen wir, das Ganze im Finanzausschuss zu diskutie-

(Heiner Rickers)

ren, zu beraten und zu beschließen, und genau diesen Antrag stelle ich hier aus Sicht der CDU-Fraktion. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorgelegte Gesetzentwurf der AfD-Fraktion führt zu nicht unerheblichen Mittelverschiebungen im Landeshaushalt, insbesondere im Einzelplan 13. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Einnahmen nicht mehr entsprechend dem Gesamtdeckungsprinzip zur Verfügung gestellt werden, sondern einer vollständigen Zweckbindung unterliegen sollen.

Unabhängig von Sinn und Zweck dieser Änderungen stellt sich also die Frage, wie der Wegfall der Deckungsmittel, nach meinem jetzigen Stand immerhin rund 15 Millionen €, im Einzelplan 13 ausgeglichen werden soll. Dazu fehlt im vorliegenden Gesetzentwurf leider jeder Hinweis. Bei der Entscheidung darf dieser Aspekt aber nicht außer Acht gelassen werden.

Wir sprechen uns daher dafür aus, die Entscheidung über diesen Gesetzentwurf im Zusammenhang mit der Verabschiedung zum Haushalt 2018 zu treffen, weil nur dann die realistische Bewertung der finanziellen Folgen möglich ist. Wir schließen uns dem Antrag auf Überweisung an den Finanzausschuss an. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Wasserabgabengesetz schafft eine einheitliche Grundlage zur Erhebung der Abgaben für die Gewässerbenutzung, und zwar seit 2014 gemeinsam für die Gewässer aus Grund- und Oberflächenwasser. Wir haben damals mit der Gesetzesnovelle eine moderate Erhöhung der Abgabensätze beschlossen, und wir haben beschlossen, dass die Zweckbindung von 50 auf 70 % verändert wird.

Die verbleibenden 30 % fließen dem allgemeinen Haushalt zu.

Die zweckgebundenen Mittel werden für eine ganze Reihe an unterschiedlichen Maßnahmen verwendet, von denen ich einige nennen möchte. Das sind biologischer Flächenschutz, Vertragsnaturschutz, forstliche Förderung, Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers, aber auch Unterhaltung von Deichen und Schöpfwerken und Maßnahmen zur Umsetzung der Hochwasserrichtlinie und so weiter. All dies können Sie im Haushalt transparent nachlesen.

Gewässerschutz, biologischer Flächenschutz und Hochwasserschutz sind und bleiben wichtige Zukunftsaufgaben. Sie werden vermutlich in der Tat sogar noch wichtiger, und wir haben dafür zu sorgen, dass ihre Finanzierung sichergestellt wird. In diese Bereiche fließen aber auch, anders als das eben gesagt wurde, Mittel aus dem allgemeinen, nicht zweckgebundenen Haushalt. Es fließen Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe dahin, und es fließen auch EU-Mittel dahin.

Die zukünftige Finanzierung dieser Aufgaben hängt also nicht am Prozentsatz der Zweckbindung im Landeswassergesetz, sondern daran, wie dieses Haus, das ja, Frau Kollegin Raudies hat darauf hingewiesen, die Hoheit über den Landeshaushalt hat, in der Priorität und in der Abwägung mit anderen wichtigen Aufgaben gewichtet, und zwar im Rahmen der insgesamt dem Land zur Verfügung stehenden Mittel. Eine Erhöhung hätte lediglich zur Folge, dass der Anteil der zweckgebundenen Mittel für den Bereich größer, der Anteil der aus dem allgemeinen Haushalt kommenden Mittel kleiner wäre. Das ist ein bisschen nach dem Motto: linke Tasche, rechte Tasche, das muss man zugeben.

Weil dies ein Gesetzentwurf ist, würden wir selbstverständlich einer Überweisung an den Finanzausschuss zustimmen und dies unterstützen. Was das Ganze im Innen- und Rechtsausschuss soll, ist mir nicht ganz klar. Vielleicht können Sie sich dazu noch einmal verhalten.

Ich beantrage, wie die anderen Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, dass wir diesen Gesetzentwurf im Finanzausschuss weiter beraten. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mehrere Vorredner sind bereits auf wichtige Punkte eingegangen. Deshalb lassen Sie mich jetzt nur noch einige kurze Bemerkungen machen.

Zunächst freue ich mich außerordentlich, dass die AfD ihren Horizont erweitert und ihr Herz für den Gewässer- und Küstenschutz entdeckt hat. Aber „Herz über Kopf“ ist vielleicht in der Musikszene angesagt, in der Politik geht das doch ein bisschen weit. Deshalb lassen Sie mich nur ganz kurz darauf hinweisen, dass Maßnahmen im Sinne des klassischen Küstenschutzes, wie in Ihrem Antrag fälschlicherweise suggeriert wird, nicht durch die Wasserabgaben finanziert werden. Wenn Sie schon auf den Küstenschutz zu sprechen kommen, dann sage ich: Hierfür werden wir zukünftig weitere Mittel im Rahmen von IMPULS einsetzen. Ich glaube, darüber haben wir gerade während des letzten Plenums hinreichend diskutiert.

Darüber hinaus unterschlagen Sie wichtige Angaben in Ihrem Antrag. Sie behaupten zum Beispiel, dass das Entgelt für den Endverbraucher pauschal auf 12 ct/m³ taxiert ist, und das ist so nicht richtig. In der Anlage zu § 2 Absatz 2 des Wasserabgabengesetzes zu gerade dieser Höhe der Wasserabgabe sehen Sie eine genaue Auflistung von unterschiedlichen Abgabesätzen. Hier einfach nur den Höchstsatz herauszusuchen, finde ich ein bisschen unseriös, muss ich Ihnen sagen.

Die bevorstehenden Einnahmeausfälle durch die Stilllegung des Kernkraftwerks Brokdorfs 2021, die vielleicht noch für eine höhere Zweckbindung hätten sprechen können, haben wir bereits auch schon, wie es gesagt wurde, im Koalitionsvertrag hinreichend geregelt. Die Einnahmen werden hinreichend durch allgemeine Haushaltsmittel gedeckt werden. Im Übrigen, und hier musste ich ein bisschen schmunzeln, hat die FDP-Landtagsfraktion durch den Abgeordneten Kumbartzky im Jahr 2012 eine Änderung des damaligen Oberflächenwasserabgabengesetzes, damals war es das OWAG, beantragt. Damals waren lediglich 50 % der Einnahmen zweckgebunden. Wir haben damals eine Heraufstufung auf 70 % gefordert. 2012 gab es dafür noch keine Mehrheit, allerdings wurde diese erfreulicherweise zum Haushaltsjahr 2014 übernommen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat das gemacht?)

Aus dem OWAG wurde das Landeswasserabgabengesetz, und die Verteilung wurde von 50 auf 70 % geändert.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Genau diese 70 %, die heute bestehen, halten wir jetzt auch für hinreichend, ausreichend und sinnvoll. Es sind genügend Mittel für besondere Maßnahmen wie zum Beispiel den biologischen Flächenschutz und für den Schutz und die Bewirtschaftung des Grundwassers sowie zur Altlastensanierung vorhanden. Die bestehende Verteilung ist für uns aus heutiger Sicht deshalb auch angemessen, und wir freuen uns im Übrigen immer noch über die Anpassung im Jahr 2014. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin, bevor wir zum nächsten Redner kommen, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Vertreterinnen und Vertreter der Landjugend Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich erteile nun für die Abgeordneten des SSW Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! An die Beratungen zum Wasserabgabengesetz in der aktuellen Fassung erinnere ich mich noch sehr gut, weil wir 2013 das neue Wasserabgabengesetz im Rahmen der Haushaltsberatungen verabschiedet haben. Das Verfahren wurde vor vier Jahren sehr scharf kritisiert, weil eine Debatte zum Wasserabgabengesetz angesichts der vielen anderen Haushaltsfragen zu kurz kam. Der Weg, den wir in Schleswig-Holstein eingeschlagen haben, war und ist aber wohl unumstritten, nämlich die Zusammenlegung von Regelungen zur Oberflächenwasserentnahme und zur Grundwasserentnahme in eine neue, klare gesetzlichen Regelung.

Der sogenannte Wassercents, den inzwischen fast alle Bundesländer erheben, ist ein wichtiger Baustein im Gewässerschutz und damit gelebter Naturschutz. Gerade die letzten Tage haben gezeigt, wie groß die Aufgaben sind. Der Deich- und Sielverband Dithmarschen meldete letzte Woche, dass die Flächen kein Wasser mehr aufnehmen könnten. Die hohen

(Flemming Meyer)

Niederschläge und der Ausfall einer Sielpumpe hatten in Wedel einen mehrtägigen Einsatz der Feuerwehren zur Folge. Im Land der zwei Meere sind Entwässerung wie auch Küstenschutz Daueraufgaben, die große Projekte erfordern und darum auskömmlich finanziert sein müssen. Diese Aufgaben kann man nicht auf die lange Bank schieben, sondern sie müssen ohne Verzögerung gelöst werden.

Starkregen und Dauerregen sind inzwischen keine Ausnahme mehr, sondern führen unsere Strukturen fast regelmäßig an die Belastungsgrenze. Auch das ist eine Auswirkung der globalen Erderwärmung.

Es ist also nicht richtig, dass der sogenannte Wasserentnahmestandard verhältnismäßig hoch sei, wie die Antragsteller in der Begründung schreiben, sondern er ist den Verhältnissen angemessen. Außerdem muss man beachten, dass die Länderregelungen für die Wasserentnahmeentgelte sehr unterschiedlich sind. Das betrifft nicht nur die Abgabensätze, sondern teilweise auch die Berechnungsgrundlagen. Man sollte nicht etwas schlechtreden, was nicht schlecht ist. Die Abwasserabgaben in Schleswig-Holstein sind gerechtfertigt. Wo es viele Probleme gibt, da müssen die Mittel auch entsprechend höher sein, den Verhältnissen entsprechend.

Wasserabgaben sind, wie der Name schon sagt, Abgaben, die die Privathaushalte und auch die Unternehmen zu zahlen haben. Gerade aus den Reihen des Mittelstandes wird die Kritik an den Abgaben oftmals mit sehr scharfen Worten geführt. Die Betriebe müssen mit den Kosten kalkulieren und sind damit gegenüber einem Mitbewerber aus einem Bundesland mit niedrigeren Abgaben klar im Nachteil. Dieses Argument ist vielleicht nicht von der Hand zu weisen. Aber angesichts des erheblichen Problemdrucks im Bereich des Gewässerschutzes ist es untergeordnet.

Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, diese Abgabe zu zahlen, wenn sie besser informiert werden. Das gilt auch für die Mittelständler. Ich möchte darum noch einmal den Vorschlag des Verbandes Kommunalen Unternehmer, VKU, ins Spiel bringen, den dieser schon vor Jahren gemacht hat. Der Verband schlug 2010 vor, die Maßnahmen des Gewässerschutzes, die mit der Abgabe finanziert werden, transparenter darzustellen. Hierbei sehe ich eindeutige Parallelen zum Gesetzgebungsprozess 2013. Inhaltliche Kritik gab es kaum, dafür Kritik an dem äußerst zügigen Verfahren ohne ausgiebige Beratung und Anhörungsverfahren im Ausschuss. Der VKU fordert eine Verbesserung der Transparenz der Mittelverwendung. Ich denke, wir sollten in Schleswig-Holstein tat-

sächlich eine Berichtspflicht verankern, die einen Einblick in die tatsächliche Mittelverwendung ermöglicht. Damit würde man auch die zwischen den Zeilen klar zu entnehmende Kritik und das Misstrauen entkräften. Das halte ich für sehr zielführend. - Jo tak.

(Beifall SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile nun dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck, für die Landesregierung das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Nach der Debatte, die eigentlich schon fast alle Argumente für und wider gebracht hat, nur noch ein paar Anmerkungen vonseiten der Regierung und mir: Zwar ist es richtig, dass die Wasserentgelte in Schleswig-Holstein relativ hoch sind. Aber die Wasserpreise für die Verbraucher sind fast die günstigsten im bundesweiten Vergleich. Während der Anstieg in den anderen Ländern vergleichsweise hoch war, waren unsere Anstiege sehr gering. Insofern also Entwarnung an der Front.

Zweitens. Man kann begründen, dass ein Teil der Wasserentnahmegelder in den allgemeinen Haushalt geht. Denn Wasser ist ein Allgemeingut. Also können die Gelder auch in den allgemeinen Haushalt gehen. Man kann aber auch genauso gut begründen, dass der Anteil wegen der Zweckbindung höher ist, wie es Frau Krämer gesagt hat. 2013 wurde das Landeswassergesetz mit Wirkung ab 2014 novelliert. Damals wurde der Anteil von 50 % auf 70 % hochgesetzt. Man kann das also tun. Derzeit sind die Gelder für die Leistungen, die wir daraus finanzieren, allerdings auskömmlich. Richtig ist, dass uns, wenn Brokdorf wegfällt, eine Menge Geld im Haushalt fehlt, aber auch im allgemeinen Haushalt. Die Aussagen im Koalitionsvertrag sind auch zitiert worden.

Richtig ist auch, dass die Aufgaben des Küstenschutzes im Moment nicht unter die Zweckbindung fallen und dass weitere Aufgaben wie der demografische Wandel oder weitere Aufgaben im Zusammenhang mit naturschonender Gewässerunterhaltung, also ökologische Aufgaben, und der Klimawandel möglicherweise gigantische Ausgaben erforderlich machen. Dann bringt es möglicherweise auch nichts mehr, 100 % statt 70 % zu bekommen.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Vonseiten des Ministeriums werden wir es so machen: Wir haben ja Fahrpläne letztlich definiert, durch das Klimaschutzgesetz die Anpassungsstrategien vorzuschreiben. Wir würden dann auf den Gesetzgeber, also den Landtag, zukommen, wenn wir Bedarfe haben. Ich sehe den Ausschussberatungen mit Spannung entgegen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es wurde beantragt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 19/239 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, dass die Tagung für heute unterbrochen wird. Ich wünsche allen angenehme Beratungen. Wir sehen uns hier morgen früh um 10 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:45 Uhr